

Justizprüfungsamt?
Ja — nein
Falls ja: P — R — B — N
Unterschrift:

Mitteilungen nach Arn. Mi. Stra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Ermittlungssache

gegen

Verteidiger:

RA

Vollmacht:

Bl.

wegen

Fristen:		

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

— 19 abzuliefernde Forschungssache —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein

Js

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3492

R55/21

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

Berlin, den 19

..... Justiz — ober — inspektor

Kostenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Bl.

am 19

Justiz — ober — inspektor

[illegible]

Der Reichstatthalter
(Oberlandesgerichtspräsident)

Danzig, den 10. Juli

Karrenwall Nr. 8.
Fernruf: Nr. 269 53.

3130 a NfD. 20/42.

Einschreiben!

Bei Eingaben wird Angabe vorstehender
Geschäftsnummer erbeten.

Vertraulich!

An den

Herrn Reichsminister der Justiz

-z.Hd. Herrn Staatssekretär Dr. Dr. Schlegelberger -

B e r l i n W 8
Wilhelmstraße 65.

Betr: Lagebericht Mai/Juni 1942.

Anlagen: 2 Durchschläge.

I. Beamtenfragen:

Die inneren Verhältnisse der Gerichtsbehörden sind auch im Berichtszeitraum zufriedenstellend gewesen. Die Arbeit ist mit den vorhandenen Kräften, die in den letzten Monaten nur unwesentlich durch Einberufungen vermindert worden sind, nach wie vor glatt zu schaffen. Guter Wille und Arbeitsfreudigkeit sind überall festzustellen.

Geklagt wird darüber, daß die Justiz bei Vergebung von Kriegsverdienstkreuzen anderen Verwaltungen gegenüber offenbar benachteiligt wird. Zahlreiche Beamte und Angestellte, die seit mehr als 2 Jahren im eingegliederten Gebiet tätig sind und dabei unter zunächst sehr schwierigen Verhältnissen das Beste geleistet haben, befinden sich noch nicht im Besitz der verdienten Auszeichnung. Hier und da wird daraus die Folgerung gezogen, daß die Arbeit der Justiz nicht die ihr gebührende Anerkennung findet.

Daß bei den im neuen Justizetat vorgesehenen Stellenverbesserungen die eingegliederten Ostgebiete zum Teil übergegangen worden sind (Oberamtmannstellen, Oberbotenmeisterstellen) wird nicht verstanden und kann nicht verstanden werden, gleichgültig welche Gründe auch gewaltet haben. Der Widerspruch zu den immer wieder von maßgebender Stelle gegebenen Zusicherungen, daß in erster Linie der im Ostland tätige Deutsche Förderung erfahren würde, ist zu offensichtlich.

Sorge

123

Sorge bereitet das nur sehr langsame Fortschreiten der planmäßigen Besetzung der Stellen des gehobenen und mittleren Dienstes. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß mit dem System der freiwilligen Meldungen nicht auszukommen ist. Ein großer Teil der abgeordneten Kräfte, welche fast durchweg willig und gut arbeiten, ist trotz Fehlens zwingender Gründe mit einer Versetzung in den Oberlandesgerichtsbezirk Danzig nicht einverstanden. Die Frage, wie es ihnen im Reichsgau Danzig-Westpreußen gefalle, wird von abgeordneten Beamten häufig dahin beantwortet: Dienstlich gut, aber bleiben möchte ich hier trotzdem nicht. Der Grund dieser ablehnenden Haltung ist zum guten Teil bei den Ehefrauen zu suchen, die sich schwerer als die Männer in die in mancher Beziehung noch primitiven Verhältnisse des neuen deutschen Ostens schicken können-. Die Erkenntnis, daß die Aufbauarbeit im Osten Ehrenpflicht eines jeden Deutschen ist, hat sich leider noch nicht überall durchgesetzt. Die freiwilligen Meldungen zur vorübergehenden Dienstleistung dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, da die Tätigkeit im eingegliederten Gebiet während des Krieges gegenüber derjenigen im Altreich mannigfache Vorteile bietet: höhere Dienstbezüge, geringere Fliegergefahr, z.T. bessere Verpflegung. Es wird notwendig sein, von der bisherigen Gepflogenheit der Einholung des Einverständnisses des zu versetzenden Beamten abzugehen, wenn die Justiz nicht gegenüber anderen Verwaltungen, die in großem Maße unfreiwillige Versetzungen durchgeführt haben, gänzlich ins Hintertreffen geraten soll. Nachteile sind vor allem auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu besorgen. Die frühzeitig versetzten Beamten haben im allgemeinen Wohnungen erhalten, die später versetzten haben schon mit sehr großen Schwierigkeiten ^{zu} kämpfen, während diejenigen, die etwa erst nach Beendigung des Krieges in den Reichsgau kommen, für lange Zeit leer ausgehen werden. Im übrigen entspricht es auch den Intentionen des Reichsstatthalters, daß im Reichsgau sobald als möglich ein bodenständiges Beamten-tum geschaffen wird.

II. Arbeit der

5/15

II. Arbeit der Gerichte:

Die laufenden Besprechungen, welche ich mit den Landgerichtspräsidenten und den Vorsitzenden der Sondergerichte, die Landgerichtspräsidenten mit ihren Aufsichtsrichtern abhalten, haben zu einer erfreulichen Angleichung der Rechtsprechung geführt, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Strafrechtspflege. Erschwert wird die Lenkung der Justiz ~~WIT~~ durch die zum Teil sehr schlechten Verkehrsverhältnisse und die sehr mangelhafte Benzinzuteilung. Der Hinweis auf die kriegswichtigen Aufgaben der Strafrechtspflege fruchtet in dieser Beziehung nichts.

Die Urteile der Strafgerichte - zumal der Sondergerichte - sind gleichmäßig scharf, vor allem bei Verstößen gegen die Kriegswirtschaftsgesetze. Klagen über zu milde Entscheidungen sind in dem Berichtszeitraum nicht laut geworden. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft ist überall glatt und verständnisvoll. Ebenso reibungslos ist das Verhältnis zu allen Stellen des Staates und der Partei. Bei den starken Gegensätzen, welche zwischen dem Reichsstatthalter und der Polizei bestehen, stehen Verwaltung und Rechtsprechung zwar vor schwierigen Aufgaben, die aber noch immer gemeistert werden konnten. Hervorzuheben ist die positive Einstellung des Reichsstatthalters zu allen Fragen der Justiz.

III. Deutsche Volksliste:

Die Arbeiten an der Deutschen Volksliste nähern sich in einzelnen Teilen des Bezirks dem Abschlusse. Voraussichtlich wird die Eindeutschung in dem kaschubischen Teil des Reichsgaues annähernd 90 % und mehr betragen, während sie in den vorwiegend von Polen bewohnten Gebieten - vor allem in den Kreisen Leipe und Rippin - zum Teil erheblich dahinter zurückbleiben wird. Im Landgerichtsbezirk Bromberg werden eine Reihe der bei den Gerichten tätigen polnischen Hilfskräfte voraussichtlich keine Aufnahme in die Deutsche Volksliste finden und daher entlassen werden müssen. Es hat Befremden erregt, daß die Volkslistenaktion von einzelnen Zweigstellen bis in die Strafanstalten hineingetragen wurden, um die dort einsitzenden polnischen Schutzangehörigen zu erfassen. So sind in Graudenz, Thorn und Konitz an eine große Reihe einsitzender Gefangener

Fragebogen

4211

Fragebogen gesandt worden, in einem Falle ist sogar ein Volkstumsausweis im Gefängnis ausgehändigt worden. In Fr. Stargard hat die gesamte Kommission der Zweigstelle der Deutschen Volksliste unter Vorsitz des Landrats einmal eine Sitzung im Gefängnis abgehalten. Der Reichsstatthalter hat dieses Verfahren nicht gebilligt.

IV. An besonderen Vorkommnissen ist zu berichten:

1) Ende Mai entwich ein gefangener Pole aus dem Gewahrsam der Gestapo in Bromberg. Bei seiner Wiederergriffung brachte er dem ihn festnehmenden Beamten erhebliche Stichverletzungen bei, sodaß dieser ihn in der Abwehr erschoss. Zur Vergeltung für diese Tat wurden 10 Polen durch die Gestapo gehängt, darunter außer Angehörigen des Täters 5 der in der vor dem Bromberger Sondergericht verhandelten Strafsache Drzewiecki (Todesmarsch nach Warschau) Freigesprochenen. Der Leiter der Staatspolizeileitstelle Bromberg erklärte auf Befragen ausdrücklich, daß die Erhängung der 5 Freigesprochenen nicht etwa eine Mißbilligung des Sondergerichtsurteils zum Ausdruck bringen solle, sondern weisungsgemäß auf Grund von Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes vorgenommen sei und in keinerlei Zusammenhang mit dem Urteil des Sondergerichts stehe.

2) In der Berichtszeit sind etwa 200 - 300 Familien aus den Kreisen Konitz und Tuchel ausgewiesen worden. Die Grundstücke mußten freigemacht werden, um für aus Bessarabien ausgesiedelte Deutsche Platz zu schaffen. Es ist dabei vorgekommen, daß zahlreiche Familien der Gruppe 3 der Deutschen Volksliste aus dem Besitz ihrer Grundstücke gesetzt wurden. Das hat zu einer erheblichen Beunruhigung der Bevölkerung geführt, die sich dahin äußert, daß eine gewisse Gleichgültigkeit in der Bestellung des Landes eingetreten ist.

Wohl

Ad

192 ✓

✓ 103

22/450

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
IV C 2 Allg.Nr.41 334.

Berlin, den 27. August 1941.

Vertraulich !

An

- a) die Staatspolizei(leit)stellen,
- b) die Kommandeure der SichPoludSD,
- c) die Referate des Amtes IV des RSHA,
- d) das Amt V

Nachrichtlich

- an e) die Inspektoren der SichPoludSD,
- f) die Befehlshaber " "
- g) IV GSt. zur Erlaßsammlung (2 Abdrucke),
- h) Gruppe I B (12 Abdrucke).

Betrifft: Grundsätzliche Anordnung des Reichsführers-^{II}
und Chefs der Deutschen Polizei über Fest-
nahme staatsfeindlicher Elemente nach Beginn
des Feldzuges gegen die Sowjetunion.

Auf die Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse hat der Reichsführer-^{II} und Chef der Deutschen Polizei in Einzelfällen längere Schutzhaft und Überführung in ein Konzentrationslager angeordnet. Von der jeweiligen Entscheidung wurde den in Frage kommenden Stellen bisher zwecks entsprechender weiterer Veranlassung Kenntnis gegeben.

Der Reichsführer-^{II} und Chef der Deutschen Polizei hat nunmehr angesichts der Häufung staatsfeindlicher Betätigungen und Äußerungen nach Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion die grundsätzliche Entscheidung getroffen, daß "sämtliche hetzerischen Pfaffen, deutschfeindliche Tschechen und Polen, sowie Kommunisten und Ähnliches Gesindel grundsätzlich auf längere Zeit einem Konzentrationslager zugeführt werden sollen."

Damit diese Anordnung nicht nur auf die im üblichen Verfahren eingereichten Schutzhaftanträge beschränkt bleibt, sondern schon vor Einreichung von Anträgen berücksichtigt werden kann, gebe ich von dieser Anordnung Kenntnis.

Soweit die Einleitung eines Strafverfahrens in Betracht kommt, ist Antrag auf Rückstufung zu stellen. Die Staats-

IV E 5

anwaltschaften bitte ich dabei zu ersuchen, in Fällen von Gnadenerlassen, Strafaussetzungen usw. die Staatspolizei zu beteiligen.

Dieser Erlaß ist vertraulich zu behandeln und darf weder den Häftlingen noch irgendwelchen anderen Personen bekanntgegeben werden.

Der Erlaß ist für die Orts- und Kreispolizeibehörden nicht bestimmt.

In Vertretung:
gez. M u l l e r.

Beglaubigt:
P. Leber
Kanzleiangestellte.

B1.

Der Oberlandesgerichtspräsident

Königsberg (Pr), den
Schloßplatz 1. Postamt 1
Fernsprecher: Sammelnummer 34245

26. November 1942

313 SB - 1f - 26.11.

(Diese Geschäftsnummer ist bei
allen Eingaben anzugeben.)

Einschreiben ! Persönlich !

An

Herrn Reichsminister der Justiz Dr. Thierack

in Berlin W 8.

Wilhelmstr. 65.

Betr.: Allgemeine Lage in den Bezirken.

RdVfgen vom 9. 12. 1935 - I a 11012 und

vom 29. 10. 1942 - 3130 - I a 2 1746 -.

Anl.: 2 Durchschläge des Berichts.

- I. 1. Die grundlegenden Erklärungen des Ministeriums über die beabsichtigten Maßnahmen haben nicht nur in Richterkreisen, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit lebhaftestes Interesse gefunden. Die Notwendigkeit einer Führung und Lenkung der Rechtsprechung wird von den Richtern, wie ich bei mehrfachen Beratungen mit den Präsidenten und auch bei einer in einem auswärtigen Landgerichtsort durchgeführten Richterbesprechung festgestellt habe, dankbar anerkannt. Ebenso wurde begrüßt die Feststellung, dass eine freie, weisungsungebundene Tätigkeit des Richters bleiben soll und wird. Die Verlautbarungen haben die seit langem in der Richterschaft bestehende starke Beunruhigung beseitigt und eine tiefe Befriedigung darüber ausgelöst, dass nunmehr neue Wege beschritten werden und die Justiz die ihr gebührende Stellung erhalten wird.
- 2.. Die Steuerung der Rechtspflege wird nicht unerheblich erschwert durch die Zusammensetzung des der Justizverwaltung

tung

251

tung verbliebenen Personals. Der grösste Teil der tüchtigen und jüngeren Kräfte befindet sich im Wehrdienst. Den älteren Richtern gelingt es vielfach nur schwer, sich von überlieferten Ansichten zu trennen, wenn auch anerkannt werden muss, dass sie mit bestem Willen bemüht sind, den neuen Verhältnissen Verständnis entgegenzubringen.

Interessieren dürften folgende Zahlen aus meinem Bezirk:

Zahl der Richterplanstellen: 469 ,

Zahl der zur Zeit tätigen Richter
(ohne Entschuldigungsämter) : 246 ,

davon sind :

a) über 65 Jahre alt : 28 ,

b) unter 65 , aber über 60 Jahre alt : 33 .

Danach hat jeder vierte Richter das 60.

Lebensjahr bereits überschritten ;

c) beauftragte Richter : 25 .

Bei diesen handelt es sich nicht um besonders tüchtige, für den Richterberuf vorzugsweise geeignete Anwälte, sondern um Kräfte, die aus der Not der Zeit heraus zur Auffüllung der entstandenen Lücken herangezogen werden mussten und vielfach gerade nur Durchschnittliches leisten.

Der Abbau überalteter und sonst ungeeigneter Kräfte ist zwar eingeleitet ; die Durchführung dieser Maßnahme stößt aber wegen der Ersatzfrage auf Schwierigkeiten. Diese sind in meinem Bezirk deshalb besonders empfindlich, weil ich Richter in die neu hinzugekommenen Gebiete Zichenau, Sudauen(Suwalki) und Bialystok abgeben musste.

II. { Das Ergebnis der Erörterungen über die strafrechtliche Behandlung der Polen am 13. 11. ist von den Richtern freudig und dankbar begrüsst.

Denn

Denn gerade wir, in den östlichen Grenzgaue und den eingegliederten Ostgebieten, haben mit Sorge die Entwicklung der Verhältnisse und Befugnisse der Polizei verfolgt.

Die SS ist die erste Gliederung, der es gelang, für ihre Angehörigen eine eigene Strafjustiz zu erhalten. Der Kreis der ihr zugewiesenen Personen wurde immer wieder, besonders im Kriege erweitert.

Auch nach dem in dem eingegliederten Gebiet Zichenau das deutsche Strafrecht eingeführt war (1.6.40), urteilten SS Standgerichte in Sachen, die zweifellos zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehörten. Wie wenig befriedigend dieses Nebeneinander war, mag folgendes Beispiel bezeugen: Zwei polnische Jungen aus demselben Dorf im Alter von 16 Jahren hatten je eine Wildschlinge gestellt. Der eine wurde dem Sondergericht zugeführt und erhielt -- meiner Erinnerung nach -- sechs Monate Gefängnis, der andere wurde als Asozialer vom SS Standgericht zum Tode verurteilt. Nicht selten kam es vor, dass Polizeistellen Gerichtsakten, die ihnen von der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung zugegangen waren, nicht zurückschickten und erst auf mehrfache Erinnerung mitteilten, sie hätten die Akten weisungsgemäss an das zuständige SS Standgericht weitergereicht. }

Nur mit grosser Mühe und Geduld ist es gelungen, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Durch Verordnung vom 15.8.1942 hat der Oberpräsident Bestimmungen über die Errichtung von Standgerichten in Südostpreussen erlassen. Die Entscheidung darüber, ob eine Straftat vom Standgericht abgeurteilt werden soll, hat ^{er} sich persönlich vorbehalten. Er wird „ diese Entscheidung zunächst nur in solchen Fällen treffen, in denen die Straftaten der Angehörigen der polni-

schen

6511

schen Widerstandsbewegung die allgemeine Sicherheit besonders berühren". Abschliessend betont er: "Grundsätzlich werden Straftaten nach wie vor von den Strafgerichten der allgemeinen Gerichtsbarkeit abzuurteilen sein". Seit dem August 1942 ist in meinem Bezirk ein SS Standgericht erst einmal tätig geworden.

Aber nicht nur in den eingegliederten Gebieten, auch in dem Altgau hat die Polizei Straftaten, die zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehörten, in eigenem Verfahren erledigt. Polnische Zivilarbeiter, die ins Altreich geschickt waren, wurden z. B. wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen öffentlich gehängt (auf Grund der Polenstrafrechtsverordnung hätten auch die ordentlichen Gerichte sie zum Tode verurteilen können). Die deutschen Frauen wurden -- bis der Führer dieses verbot -- vielfach öffentlich gebrandmarkt, indem man ihnen die Haare abschnitt, sie durch die Strassen führte und dergl. >

Mit Bericht vom 11.11. 1942 - IX 21 - habe ich eine Bekanntmachung des Reichsführers SS vom 20. 2. 1942 überreicht, die offenbar ohne Zustimmung der Justizverwaltung erlassen ist. In ihr wird angeordnet, dass bei den „Arbeitskräften aus dem Osten“ bestimmte Straftaten durch staatspolizeiliche Massnahmen gehandelt und Strafverfahren aus diesen Gründen nicht einzuleiten sind. Bezüglich der Arbeitskräfte aus dem altsowjetrussischen Gebiet wird in der Bekanntmachung weiter bestimmt: „Bei sonstigen strafbaren Handlungen sind die Vorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft der zuständigen Staatspolizeileitstelle zur Entscheidung über die weiter zu treffenden Massnahmen zuzuleiten“.

Wegen

Wegen der Einzelheiten bitte ich, auf meinen erwähnten Bericht vom 11.11. 1942 Bezug nehmen zu dürfen.

Früher war die Polizei Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft, deren Weisung sie in bestimmtem Umfang folgen musste. Seit längerer Zeit schon, besonders aber, seitdem die Justizkrisis im Frühjahr ds.Js. offen zutage getreten war, wollten die Gerichte nicht verstummen -- in interessierten Kreisen sprach man es offen aus --, man würde die Staatsanwaltschaft dem Reichsjustizministerium entziehen und der Polizei eingliedern.

Ein dankbares Aufatmen ging durch die Rechtswahrer, als die Vollmachten des Herrn Reichsministers der Justiz und seine Absichten bekannt wurden. Aus dem gleichen Grunde wurde jetzt das Ergebnis der Erörterungen vom 13. November 1942 als Erfolg freudig begrüsst. >

III.

Im Bezirk Bialystok ist seit dem 1. 11. 1942 in gewissem Umfang das deutsche Recht eingeführt. Dieser Bezirk nimmt eine Sonderstellung ein; er ist nicht in das Reichsgebiet eingliedert, gehört aber auch nicht zu einem Reichskommissariat. Durch Erlass des Führers vom 15. 8. 1941 ist er aus dem Kriegsgebiet ausgeschieden und der deutschen Verwaltung unterstellt worden; diese führt der Oberpräsident der Provinz Ostpreussen als Chef der Zivilverwaltung; er untersteht in dieser Eigenschaft unmittelbar dem Führer.

Nach seiner Verordnung vom 30. 9. 1942 findet das deutsche Strafrecht und das deutsche Strafverfahrensrecht auf Straftaten von deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen Anwendung. Das bürger-

liche

162

liche Recht ist in der für den Regierungsbezirk Zichenau jeweils massgebenden Gestalt anzuwenden.

Für Polen und Juden und andere Angehörige nichtdeutschen Volkstums gilt auf dem Gebiete des Strafrechts die Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung vom 19. 12. 1941 in der Fassung der Verordnung vom 12. 4. 1942. Nach dieser werden schwere Ausschreitungen durch Polizeistandgerichte abgeurteilt. Soweit nicht die Zuständigkeit der Standgerichte gegeben ist, entscheiden die vom Chef der Zivilverwaltung bestimmten polizeilichen Dienststellen (Kreis - kommissare, Amtskommissare und der Polizeipräsident in Bialystok) ; sie können auf Unterbringung in einem Straflager, Geldstrafe oder Freispruch erkennen.

IV.

Durch die Verordnung vom 30. 6. 1941 (RGBl. I S. 354) ist das Verfahren bei Versteigerungen von Grundstücken neu geregelt worden. In Art. I § 3 der genannten Verordnung ist eine Rangordnung eingeführt, nach der in fünf Gruppen bei Vorliegen von mehreren Höchstgeboten der Zuschlag in bestimmter Reihenfolge zu erteilen ist. Sind innerhalb einer dieser fünf Gruppen mehrere Bieter vorhanden, so entscheidet zwischen ihnen das Los ; das Gleiche gilt, wenn die Bieter keiner der genannten Gruppen angehören und ebenfalls dasselbe Gebot abgeben (§ 5 Abs. 5).

Diese Regelung führt nicht selten zu erheblichen Härten. Ganz abgesehen davon, dass die Entscheidung durch das Los in einer Gerichtsverhandlung als unwürdig bezeichnet werden muss, führt auch die starre Rangordnung des Gesetzes dazu, dass der Richter keine Möglichkeit hat, in Fällen, in denen eine andere Entscheidung aus Billigkeitsgründen dringend geboten wäre, Abhilfe zu schaffen. Als Beispiel

sei

sei der Fall angeführt, dass ein Bauer ein Stück Land, das er zur Abrundung seines Grundstücks, insbesondere als Zufahrtsweg dringend gebraucht, nicht erhält, weil das Los zu Gunsten eines anderen entschieden hat, der das gleiche Gebot abgeben hat, vielleicht nur, um sein Geld dinglich sicher anzulegen. In der Bevölkerung ist diese Entscheidung nicht verstanden, weil man nicht begreifen kann, dass der Richter an die Bestimmung des Gesetzes gebunden ist. Es wäre zu begrüssen, wenn durch eine zusätzliche Bestimmung dem Richter die Möglichkeit gegeben würde, nicht den blinden Zufall walten zu lassen, sondern in besonders gelagerten Fällen aus Billigkeitserwägungen eine volksnahe Entscheidung über den Zuschlag zu treffen.

V.

Als Kriegerscheinung macht sich ein erhebliches Ansteigen der Ehescheidungsklagen bemerkbar. In der Mehrzahl handelt es sich um junge Ehen, die geschieden werden müssen; meist liegt die Schuld auf Seiten der Ehefrauen, die sich, während die Ehemänner im Felde stehen, mit anderen Männern eingelassen haben.

VI.

Aus der Bevölkerung hört man vielfach Klagen über das Benehmen der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter auf den Strassen. Die Ausländer benutzen häufig in Gruppen die Bürgersteige und treten nicht zur Seite, wenn ihnen deutsche Volksgenossen entgegenkommen. Es werden Vergleiche gezogen mit der Behandlung der Deutschen während der Rheinlandbesetzung.

VII.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen zur Zeit die Geschehnisse in Nordafrika. Der Ernst der Situation

wird

191

wird von der Bevölkerung keineswegs verkannt ; es ist
aber erfreulich, feststellen zu können, mit welcher Ruhe
und Zuversicht die weiteren Ereignisse abgewartet werden.
Ostpreussens harte Bevölkerung, die als Grenzland gewohnt
ist, Gefahren im Auge zu sehen, verhält sich von Kriegs-
anfang an vorbildlich.

H. Meyer

201

Koblenz 1222/3375

BTg-195-

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht**

Königsberg (Pr), den 11. Oktober
Schloß - Postamt 1
Fernruf 34245, 33257

19 40

Gesch.-Nr. 1. VII 106

(Diese Gesch.-Nr. ist bei allen Eingaben anzugeben)

Einschreiben ! Vertraulich !

An

2. Okt. 1935. W. Linn

den Herrn Reichsminister der Justiz

Dr. G ü r t n e r

in B e r l i n W 8

Wilhelmstraße 65.

Betrifft: Lageberichte.

Ad. Vfg. vom 25.11.35 - III a 19613/35-.

Anlagen: 2 Durchschläge.

Die Stimmung der Bevölkerung ist nach wie vor, zuversichtlich und fest. Ausdrücke von Unmut oder Ungeduld sind nicht zu hören. Man versteht durchaus, daß ein Krieg mit dem Weltreich England nicht im Augenblick erledigt werden kann und daß eine etwaige Landung in England sorgfältig vorbereitet werden muß. Das Vertrauen zum Führer und der Heeresleitung ist unerschüttert und unbegrenzt. Man weiß, daß eine langsame und planvolle Vorbereitung des nächsten entscheidenden Schlages Blutverluste spart und daß in den leitenden Stellen hart gearbeitet wird, um den Enderfolg sicherzustellen.

Bewunderung wird insbesondere der deutschen Luftwaffe für ihre einzig dastehenden heldenhaften Einsatz gezollt.

Allgemein sieht man, wie der Oberstaatsanwalt in A l l e n s t e i n berichtet, die Luftangriffe gleichzeitig als Vorbereitung für den kurz bevorstehenden Hauptangriff auf England an. Man erzählt, deutsche Divisionen übten an der Kanalküste eifrigst das Ein- und Aussteigen in kleinen Booten sowie Fallschirmspringen. Ferner wird das Gerücht verbreitet, sämtliche größeren Motorboote sowie die Fischkutter seien schon vor Wochen von der Wehrmacht beschlagnahmt und zur französischen Kanalküste gebracht worden, um als Transportfahrzeuge gegen England eingesetzt zu werden. Man rechnet allgemein damit, daß eine

Landung

Handwritten signature or initials, possibly "LJ" or "LJG", written in dark ink.

Landung deutscher Truppen in England in Kürze erfolgen werde. Als Angriffsdatum wurde wiederholt der 14. und 15. September genannt. Nunmehr soll der Angriff wegen der schlechten Wetterlage verschoben sein. Derartige Gerüchte scheinen von Offizieren und Soldaten auszugehen. Bei solchen Gesprächen hört man immer wieder die Ansicht, das englische Heer würde wenige Tage nach der Landung unserer Truppen geschlagen sein. Die sorgfältigen Vorbereitungen für einen Angriff seien an sich für einen Sieg unserer Truppen nicht erforderlich, sie geschähen aber auf Befehl des Führers, der dadurch die deutschen Verluste so niedrig wie möglich halten wolle.

Auch in den letzten zwei Monaten hat nach einem Bericht des Oberstaatsanwalts in L y c k die Verlegung größerer Truppeneinheiten nach Südostpreußen angehalten. Da die zur Verfügung stehenden Bürgerquartiere zur Aufnahme der Truppen bei Weitem nicht ausreichen, sind allenthalben außerhalb der Stadt L y c k größere Baracken errichtet worden, die zur Aufnahme der Mannschaften dienen sollen, während die Unterbringung der Offiziere und Wehrmachtsbeamten in Privatquartieren erfolgen soll. Wie verlautet, ist in allernächster Zeit auch damit zu rechnen, daß die in Südostpreußen ständig stationierten Ersatzformationen, sowie das in Lyck befindliche Wehrkreisremontedepot nach Böhmen abtransportiert werden. Die dadurch freiwerdenden Kasernen sollen mit aktiven Regimentern belegt werden. Alle diese Maßnahmen geben in der breiten Öffentlichkeit nach wie vor zu Vermutungen Anlaß, daß sie mit der Haltung unseres östlichen Nachbarn in Verbindung zu bringen seien. Zu den Verhältnissen an der deutsch-russischen Grenze ist zu sagen, daß der Russe es peinlichst vermeidet, in irgendwelche Berührung mit der deutschen Grenzbevölkerung zu gelangen. Soweit ehemals polnische Dörfer bis an die deutsche Reichsgrenze heranreichten, sind sie von den Russen größtenteils evakuiert, die Gebäude abgebrochen, oder sogar niedergebrannt worden. Auf diese Weise ist jenseits der Grenze ein vielfach kilometerweit in russisches Gebiet hineinragendes Niemandsland geschaffen worden, das keinerlei Annäherung an die deutsche

sche

2

sche Grenzbevölkerung ermöglicht. In diesem evakuierten Gebiet sind von den Russen der Grenze entlang in bestimmten Abständen hohe Beobachtungstürme errichtet, die mit einem Posten besetzt sind und auch untereinander telefonische Verbindung haben sollen. Diese Beobachtungstürme ermöglichen es dem Posten, nicht nur etwaige Vorgänge in Grenznähe zu beobachten, sondern darüber hinaus weit in deutsches Gebiet zu schauen. Mit auf den Bestand dieser Beobachtungstürme ist es wohl zurückzuführen, daß russische Grenzbeamte, sofern sie sich überhaupt einmal in der Nähe der Grenze zeigen, beim Herannahen deutscher Grenzbeamter sich augenfällig landeinwärts entfernen und eine Begegnung an der Grenze zu meiden suchen. Alle diese Umstände führen dazu, daß von der einheimischen Bevölkerung den Russen, die im übrigen jenseits der evakuierten Zone nach Mitteilung von deutschen Grenzbeamten mit erheblichem Eifer an dem Bau einer Westwallinie arbeiten sollen, mit erheblichem Mißtrauen begegnet wird.

Der Oberstaatsanwalt in M e m e l gibt einen interessanten Auszug einer am 7. August 1940 erfolgten Vernehmung, der Aufschluß über die Praxis der Sowjetrussen an der Grenze bietet. Er lautet:

"Bajohren, den 7. August 1940

V e r h a n d e l t !

pp.

2. Zur Sache: Weil ich die Absicht hatte, nach Riga zurückzukehren, bin ich von Bajohren nach Nimmersatt zu Fuß gegangen. In Nimmersatt habe ich in der Nacht zum 17.7.1940 in der Jugendherberge übernachtet. Am 17.7.1940 gegen 9 Uhr habe ich am Strandauf der dtsch. litauische Grenze überschritten. Dort wurde ich sofort von drei russischen Grenzwachteamten angehalten und festgenommen. Dieselben führten mich zu einer Villa nach Polangen. Dort wurde ich von einem höheren russischen Beamten in Uniform, der auf dem linken Arm einen roten Stern trug, eingehend vernommen.

Frage: Welche Fragen sollte dieser russische Beamte ?

Antwort: Ich wurde genau über meine Person in Form eines Lebenslaufes befragt. Wo ich in Riga und wo ich

in

59

in Deutschland gearbeitet habe. Genaue Auskunft mußte ich erteilen über den Stand und Wohnort meiner Familienangehörigen, Freunde und Bekannte. Weiter wurde ich befragt, warum und weshalb ich nach Litauen gekommen bin und warum und weshalb ich nach Riga zurück will. Eingehend wurde ich befragt, was ich von der Gestapo weiß und welche Aufträge ich von der Gestapo erhalten habe, um die in Litauen und Riga zu erledigen. Weiter wurde ich über die Stärke der Truppen in Königsberg, Memel, Bajohren und Nimmersatt unter Angaben der Achselstücke befragt. Weiter, ob ich nicht weiß, was für Befestigungsanlagen sich in Memel, Bajohren und Nimmersatt befinden und ob ich welche dort gesehen habe. Ob ich nicht weiß, wo sich in Königsberg die Waffenlager befinden.

Frage: Welche Antwort bzw. Auskunft haben Sie auf die vorgenannten Fragen erteilt?

Antwort: Ich habe wahrheitsgemäß den ganzen Lebenslauf geschildert. Habe auch die Namen und Adressen meiner Angehörigen angegeben. Zu der Frage, warum ich nach Riga zurück will, habe ich erklärt, daß ich zu meiner Zivilfrau - Antonie K a h l in R i g a , am Rigaeschen Strand, Majohrenhof, Alexanderstraße Nr. 51, zurückwill. Außerdem habe ich Heimweh. Auf die an mich scharf gerichteten Fragen, was ich von der Gestapo weiß und was für Aufträge ich erhalten habe, habe ich nur erklärt, daß ich nichts von der Gestapo weiß und in keinem Verhältnis zu derselben gestanden habe, um Aufträge zu erhalten. Ebenso wenig konnte ich über das Militär berichten. Ich habe wohl gesagt, daß man in den Straßen von Königsberg und Memel sehr viel Militär sieht. Die Nummer der Achselstücke konnte ich nicht angeben. Befestigungen irgend welcher Art habe ich auch nicht gesehen, weil ich nicht dafür nicht interessiere.

Die

28

Die Vernehmung dauerte ungefähr eine Stunde und wurde ich anschließend zu dem Schloß des ~~Bra~~fen Tischkewicius - Polangen gebracht, wo ich im ersten Stock des Schlosses von einem höheren russischen Offizier (nach seiner Bezeichnung wohl Oberleutnant) nochmals eingehend vernommen wurde. Der Offizier stellte dieselben Fragen wie die bei meiner ersten Vernehmung. Betonen möchte ich, daß auch dieser Offizier unter allen Umständen versuchte zu erfahren, ob ich für die Gestapo arbeite und was ich über die Stärke der deutschen Wehrmacht weiß. Nach meiner Vernehmung wurde ich in den Keller des Schlosses gebracht, wo ich über zwei Tage in Haft sitzen mußte.

Der Keller, in dem ich untergebracht wurde, muß nach meiner Ansicht ein Vorraum für die Schloßküche gewesen sein. Während dieser Haftzeit hörte ich aus dem oberen Stock den ganzen Tag starke Geräusche, die nach meiner Ansicht von einer im Hause befindlichen Druckerei herkommen müssen. Bei meinen Abführungen zum Abort sah ich auf dem Hof lange weisse, rosa und gelbe Papierschnitzel. Am 19.7.1940 wurde ich in den Abendstunden mit einem Lastkraftwagen ganz alleine unter Bewachung von Polangen nach Kretzinga gebracht. Dort wurde ich in den Keller des ehemaligen Klosters untergebracht. Ich wurde dort in einem Raum untergebracht, wo sich bereits schon ca. 40 Personen befanden. Diese Personen waren meistens polnische Zivilgefangene und litauische Arbeiter, die genau so wie ich, bei dem Versuch über die grüne Grenze nach Litauen zu kommen, festgenommen worden sind. Außerdem war noch ein deutschsprechender Mann aus der C.S.R. Der Tscheche hieß Strobel oder Strubel. Am 21. oder 22.7.1940 wurde ich noch zweimal zu verschiedenen Zeiten immer von anderen Offizieren eingehend vernommen. Es wurden wieder dieselben Fragen gestellt wie bei meiner ersten Vernehmung. Nach dem Abschluß meiner Vernehmung mußte ich 16 rosa Bogen in der Größe eines normalen Schreibbogens unterschreiben. Die erste Seite des Bogens wurde mir nicht gezeigt. Auf meine Frage, was ich denn jetzt unterschreiben soll, wurde mir erklärt, daß ich meine Arrest- und Vernehmungsbestimmungen zu unterschreiben habe. Am 7.8.1940 wurde ich mit noch drei weiteren

W
J

weiteren Häftlingen der deutschen Grenzpolizei übergeben. Bemerken möchte ich noch, daß heute schon über 70 Personen in meiner Zelle in Haft waren. Alle Personen waren bei dem Versuch, die deutsch-litauische Grenze nach Litauen zu überschreiten, festgenommen worden. Nachts konnte ich hören, daß Gefangenentransporte mit Lastkraftwagen fortgeschafft wurden. Wie ich dort hörte, kommen die ganzen Festgenommenen nach dem russischen Zwangsarbeitslager M i n s k.

PP. Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.
gez. Artur Reissner.
Geschlossen:
gez. Conrad,
Kriminalassistent."

Inzwischen ist, nachdem die Litauische Freihafengesellschaft sich aufgelöst hat und auf ihren Antrag hin ihre Löschung im Vereinsregister erfolgte, seit dem 20.8.1940 die Grenze bei Memel geschlossen worden. Die Russen lassen niemanden mehr herüber oder heraus. In Bajohren haben sie Türmchen erbaut, von denen aus die einfahrenden Züge von oben durch Wachtposten beobachtet werden, während gleichzeitig Posten aus einem Graben unter den Zug sehen und innen Posten die Abteile durchsuchen.

Ein russischer Kommissar hielt nach dem Bericht des Oberstaatsanwalts in M e m e l unlängst bei der Rücklieferung von Deutschen, die versehentlich die Grenze überschritten hatten, eine kleine Ansprache, in welcher er den Kommunismus als " nicht so schlimm" propagierte. Er machte das nicht ungeschickt etwa in folgender Weise:

" Lieber Deutsche ! Ich bin nun schon einige Zeit bei Euch an der Grenze und habe Euch in dieser Zeit ein bißchen kennen gelernt. Ich habe dabei die Meinung, die ich nur infolge unserer Propaganda von Euch gemacht habe, berichtigen müssen. Ich war der Meinung, Ihr seid Menschen, die nur mit der

Pistole

12

Pistole in der Hand herumlaufen und sich nicht recht wohl fühlen, wenn sie nicht alle 1/4 Stunde ein paar Schüsse abgeben können. Ich habe eingesehen, daß dem nicht so ist. Ich nehme an, daß auch Ihr infolge Eurer Propaganda eine falsche Meinung von uns bekommen haben werdet und möchte hoffen, daß auch Ihr sie berichtigen werdet.

Wenn sich Stalin und Hitler zusammengefunden haben, so wird das schon bestimmt das Richtige gewesen sein.

Große Sorgen und Beunruhigung bereitet in der Provinz sowohl bei allen Behörden wie auch in der Bevölkerung die Frage der Kohlenversorgung. Sie ist bisher völlig unzureichend, wenn man von Reichsbahn und Wehrmacht absieht.

Eine Mißstimmung macht sich insbesondere darüber bemerkbar, daß die im Verhältnis zu den weitaus meisten Gebieten des Reiches für Ostpreussen wesentlich ungünstigeren klimatischen und Kälteverhältnisse, die ein früheres Einsetzen, eine längere Dauer und eine intensivere Durchführung der Heizung in allen Haushalten bedingen, nicht einen entsprechenden Ausgleich bei der Zuteilung von Heizmaterial gegenüber den insoweit günstiger gestellten anderen Teilen des Reiches gefunden haben. Auch in der Beamenschaft der Justiz ist die Besorgnis unverkennbar, daß durch eine Wiederholung der völlig ungenügenden Erheizung der Dienstgebäude im Winter 1939/40 Schädigungen der Gesundheit unvermeidbar werden.

Der Oberstaatsanwalt in L y c k hat mir z.B. berichtet:

Zur Zeit läßt sich sagen, daß die Kohlenversorgung der Bevölkerung auch noch nicht annähernd in einigermaßen zufriedenstellender Weise geregelt ist. Da in sehr vielen Haushaltungen Einquartierung untergebracht ist, tritt die Sorge auf, wie für diese die Beheizung durchgeführt werden soll. Die Wehrmacht hat erklärt, daß sie keine Kohlenvorräte habe und daß die Beschaffung von Kohlen zur Beheizung der Quartierräume Sache der örtlichen Stadtverwaltung sei. Die Stadtverwaltung will zwar zusätzliche Kohlenbezugscheine für die Quartierwirte herausgeben. Diese Maßnahme dürfte jedoch ohne praktischen Hintergrund bleiben, weil Kohlen

ohne=

2

ohnehin nicht in genügender Weise vorhanden sind.

Für das Landgerichtsgebäude ist ein Teil Koks geliefert, so daß wenigstens die Beheizung für die ersten Monate sichergestellt scheint. Das Strafgerichtsgebäude hat noch keinen Brennstoffvorrat geliefert erhalten. Bei dem seit den letzten Tagen des August fast durchweg besonders kalten und regnerischen Wetter konnte der Dienst von den Beamten und Angestellten vielfach nur im Mantel und unter Einnahme heißen Kaffees versehen werden. Umsomehr mußte die Tatsache überraschen und Unzufriedenheit erregen, daß die Kreissparkasse in L y o k bereits vor mehreren Wochen geheizt hatte. Auf meinen Hinweis bei dem Kreiswirtschaftsamt, daß diese Maßnahme in der Bevölkerung Anstoß erregen mußte und auch bei Behörden, die, wie beispielsweise die Staatsanwaltschaft, bisher bei der Zuteilung von Brennmaterial nicht gerade wohlwollend berücksichtigt worden seien, zu der Vermutung Anlaß geben könnte, daß die Verteilung des zur Verfügung stehenden Brennstoffs nicht in gleichmäßiger Weise vorgenommen würde, hat mir das Kreiswirtschaftsamt zugesagt, daß sämtlichen Behörden und sonstigen Dienststellen die Beheizung der Büroräume vorerst untersagt und daß die Staatsanwaltschaft demnächst bei der Koksbelieferung vordringlich berücksichtigt werden soll. Ob gleichwohl eine auch nur die geringsten Ansprüche befriedigende Zuteilung erfolgen wird, wird die nächste Zeit erbringen.

Sollte das nicht der Fall sein, dann wird die Staatsanwaltschaft wieder wie bereits im vergangenen Jahre vor die Notwendigkeit gestellt werden, das Strafgerichtsgebäude zu schliessen und in das Landgerichtsgebäude überzusiedeln. Aus der Erfahrung des Vorjahres darf für diesen Fall schon jetzt bemerkt werden, daß eine Übersiedlung nur mit den notwendigsten Gegenständen und nur mit dem laufenden Aktenmaterial nicht mehr möglich ist, weil sich hieraus Unzuträglichkeiten in der ordnungsmäßigen Abwicklung des Dienstbetriebes ergeben haben.

Es



Es würde, um einen reibungslosen Dienstbetrieb zu gewährleisten, ein Umzug in größerem Umfange erforderlich sein. Die Durchführung des Umzuges wird auch die Anforderung besonderer Mittel erforderlich machen, weil hierfür Mittel nicht mehr vorhanden sind.

Ebenso ist das Gerichtsgefängnis und das Amtsgericht in Jnsterburg, in dem auch die Staatsanwaltschaft untergebracht ist, nach einem Bericht des Oberstaatsanwalts in Jnsterburg bisher ohne jeden Kohlenvorrat.

Die Schuld an diesen Zuständen liegt nicht an den örtlichen Stellen. Wie ich gehört habe, ist der Oberpräsident persönlich beim Reichskohlenkommissar vorstellig geworden.

In strafrechtlicher Hinsicht ist folgendes bemerkenswert.

Es wird noch immer über eine Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen geklagt. Auch das öffentliche Auftreten eines Teils der Jugend fordert immer noch zur Kritik heraus. Die Polizeiverordnung vom 9. März 1940 - RGBl. I S. 499 - scheint also noch nicht auszureichen. Eine Verkürzung der Ferien, eine strengere Schulzucht und eine strengere Dienstgestaltung bei der HJ. wäre wünschenswert.

Vor allem aber möchte ich vor einer etwaigen Milderung der Strafen gegenüber kriminell fehlenden Jugendlichen in der jetzigen Zeit abraten.

Der Oberstaatsanwalt in Braunsberg berichtet mir:

Die Kriminalität der Jugendlichen hat sich in nicht unerheblichem Maße gesteigert. Eine vor kurzem aufgestellte Übersicht über die Zahl der Verfehlungen von Jugendlichen in den Jahren 1933/34 und 1939/40 ergab eine Steigerung um etwa 100 %; vor allem fällt hierbei auf, daß sich die Verfehlungen von nicht strafmündigen Personen häufen. Ein Grund hierfür dürfte wohl auch in einem gewissen Nachlassen der Schulaufsicht zu suchen sein, das einmal durch den Lehrermangel und weiterhin durch die außergewöhnlich lange & Dauer der Ferien bedingt ist.

Der Oberstaatsanwalt in Bartenstein teilt mit:

Das Verhalten der hiesigen Jugend im Alter von 15 - 18 Jahren entspricht nicht dem Ernst der Zeit.

Sie



Sie bummelt bis zum späten Abend rudelweise herum und benimmt sich laut und auffällig. In dieser Hinsicht müßten noch besondere, strenge polizeiliche Vorschriften erlassen werden.

Auch der Oberstaatsanwalt in Jnsterburg berichtet über eine auffallende Zunahme der Jugendstrafsachen.

Nach dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Lyck ist die Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen und der fahrlässigen Brandstiftung in seinem Bezirk auffallend. Nach wie vor werden Brände in besonders hohem Maße durch Kinder verursacht. Dauernde Aufklärung durch Rundfunk, Presse und auf dem Lande durch die örtlichen Parteidienststellen scheint hier dringend notwendig. In jedem Sommer wird die Erfahrung gemacht, daß verhältnismäßig viele Brände durch Blitzschlag entstehen. Hier würde eine verstärkte Propaganda und eventuell Beihilfen durch die Feuerversicherungen für die Anbringung geeigneter Blitzschutzanlagen die Vernichtung wertvoller Erntevorräte verhindern helfen.

Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit im Lycker Bezirk ist dem Strafverfahren gegen Mindt gewidmet worden. Mindt war vor einiger Zeit von der Strafkammer in Lyck zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Ihm war zur Last gelegt, in den ersten Tagen des September 1939 sein eigenes Gehöft in Brand gesetzt zu haben, während er selbst behauptet hatte, das Gehöft sei bei einem Poleneinfall eingeschert worden. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft war das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht in Allenstein verwiesen worden. Vor kurzem hat die Strafkammer in Allenstein, die in mehrtägiger Sitzung in Lyck verhandelte und auch einen Lokaltermin am Tatort abhielt, Mindt zum Tode verurteilt. Dieser Strafsache wird augenscheinlich auch von anderen Behörden besonderes Interesse entgegengebracht. Vor einigen Tagen teilte der örtliche Leiter des S.D. dem Oberstaatsanwalt mit, daß seine vorgesetzte Dienststelle ihn um Bericht ersucht habe, worauf die verschiedenartige Beurteilung des Sachverhalts durch die beiden Gerichte zurückzuführen sei.

Der Oberstaatsanwalt in Zichenau hat mir über bedeutungsvolle Vorkommnisse in seinem Bezirk folgendes berichtet:

In

Handwritten signature or initials, possibly "LH" or "LH" with a large loop.

In letzter Zeit sind in den Kreisen Makow und Pultusk vereinzelt Flugblätter hochverräterischen Inhalts aufgetaucht, die anscheinend aus dem Generalgouvernement stammen. Sobald die Ermittlungen bei der Geheimen Staatspolizei zum Abschluß gebracht sind, werde ich Sonderberichte erstatten, soweit nicht Aburteilungen aus § 85 des RStGB. in eigener Zuständigkeit erfolgen können.

Ende August oder Anfang September 1940 sind, wie ich vertraulich aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren habe, in Makow 20 Polen und in Schirps 40 Polen erschossen worden. Ausgeführt sollen diese Erschießungen von der Geheimen Staatspolizei in Zichenau sein. Der Termin, an dem die Erschießungen stattgefunden haben, ist am Vortage in Makow und Schirps durch Ausruf öffentlich bekanntgegeben worden mit der Aufforderung an die Bevölkerung, sich diese Erschießungen anzusehen. Die örtlichen Behörden in Makow und Schirps sollen mit Ausnahme der Justizbehörden Einladungen zu diesen Erschießungen erhalten haben. Als Grund für diese Maßnahmen wurde mir von der Stelle, die mich in Kenntnis setzte, unter anderem auch angegeben, sie habe erfolgen müssen, um die polnische Bevölkerung, die teilweise aufsässig zu werden drohe, in Angst und Schrecken zu versetzen. Nach welchen Gesichtspunkten und aus welchen Schichten der polnischen Bevölkerung die Erschossenen ausgesucht worden sind, habe ich nicht in Erfahrung bringen können.

Ich habe mich mit dem Leiter der Geheimen Staatspolizei in Zichenau - Regierungsrat Pulmer - fernmündlich in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, mir Auskunft darüber zu geben, welche Stelle diese Maßnahmen angeordnet habe, aus welchen Gründen sie erfolgt seien und auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage. Ich hatte den Eindruck, daß ihm meine Anfrage recht unangenehm war. Zunächst hat er mich einige Zeit hingehalten, um sich offenbar Rat bei anderen Stellen einzuholen. Er wollte mich alsdann damit abtun, daß er mich fragte, ob die mir gemachte Mitteilung auch aus zuverlässiger Quelle stamme. Als ich dies bejahte, erklärte er mir, er könne mir leider keine Auskunft geben, da er über staatspolizeiliche Maßnahmen - was sich schon aus der Bezeichnung „Geheime Staatspolizei“ ergebe - keiner anderen Be-

Handwritten scribbles or marks, possibly initials or a signature, located in the lower-left quadrant of the page.

hätte als nur seiner vorgesetzten Dienststelle Auskunft erteilen könne. Nur das eine könne er mir erklären, daß für ein Aufwässigerwerden der polnischen Bevölkerung nicht die geringsten Anhaltspunkte vorhanden seien.

Danach ~~es~~ scheinen die Erschießungen sogenannte Vergeltungsmaßnahmen zu sein für einen Überfall durch einen unbekannt gebliebenen Polen auf einen Gendarmeriebeamten im Kreise Schirps, der am 8.7.1940 stattgefunden hat und über den berichtet ist und für einen weiteren Angriff auf einen anderen Gendarmeriebeamten im Kreise Makow, der am 12.7.1940 in folgender Weise sich zugetragen hat:

Ein Schmuggler wurde von zwei Gendarmeriebeamten festgenommen, gefesselt und in einen Keller gesteckt, der aus der Wohnstube durch einen Deckel verschlossen wurde. Da einer der beiden Gendarmeriebeamten dienstlich noch anderweitig zu tun hatte, blieb einer zur Bewachung des eingesperrten Schmugglers allein zurück. Er setzte sich bewaffnet mit einem Karabiner an einen auf den Kellerdeckel gestellten Tisch. Ihm gegenüber saß die Ehefrau des Wohnungsinhabers mit einem Kinde. Auf dem Tisch stand ~~Es~~ Geschirr. Plötzlich hob sich der Kellerdeckel, der Tisch mit dem Geschirr und der an ihm sitzende Gendarmeriebeamte sowie die ~~Polin~~ mit dem Kinde flogen ins Zimmer, der Schmuggler entstieg dem Keller und es kam zu einem Handgemenge zwischen ihm und dem Gendarmeriebeamten, bei dem dieser schwer verletzt wurde. Der Schmuggler wurde von dem inzwischen hinzugekommenen zweiten Gendarmeriebeamten lebhaft beschossen, konnte aber entkommen, da er sich im Laufe der Verfolgung auf ein Pferd stürzen konnte, das er plötzlich auf der Straße ergriff.

Diese Erschießungen haben überall im Bezirk großes Aufsehen erregt und sollen sich in Formen abgespielt haben, die nicht gerade würdig zu nennen sind. So soll in Schirps in dem Augenblick auf die Polen geschossen worden sein, in dem sie vom Lastwagen getrieben wurden. Es mußten daher fast überall Fangschüsse gegeben werden.

Aller Voraussicht nach wird es nicht bei diesem einzigen Fall bleiben. Ich halte mich daher für verpflichtet, auf ihn aufmerksam zu machen zu müssen, da ich eine gesetzliche Grundlage hierfür nicht finden kann.

Handwritten signature or mark, possibly reading "L" or "J", located in the center of the page.

Jm Königsberger Dienstbereich ist ein Ermittlungsverfahren entstanden, das die im September 1939 erfolgte Ermordung eines von Polen abgeschossenen deutschen Fliegeroffiziers durch 2 polnische, jüdische Soldaten zum Gegenstand hat. Beide Täter, die sich in einem Gefangenenlager in Ostpreußen befanden, sind durch einen anderen Kriegsgefangenen bestimmt wiedererkannt worden. In dieser Sache wird dem Herrn Reichsminister der Justiz unter Entwurf der beabsichtigten Anklage durch den Oberstaatsanwalt in Königsberg besonders berichtet werden (vgl. RV. vom 7.10.1940 - 9250/1 - III a³ 670/40).

Jn Vertretung.

L. Agnew

W

von

adt

3-

oner

15

**Der
Oberlandesgerichtspräsident**

3132 a - 10 - 18

Breslau, den
Ritterplatz 15
Fernruf 527 41

11. September 1940.

Einschreiben ! Persönlich !
=====

An

den Herrn Reichsminister der Justiz

Dr. Franz G ü r t n e r

B e r l i n W 8

2. Sub. L. 13.9.

Betrifft: Allgemeine Lage in den Bezirken.

RV. vom 9. Dezember 1935 - I a 11012 -

3 Anlagen.

Die letzten Monate boten für einen Lagebericht angesichts der grossen weltgeschichtlichen Ereignisse keinen angemessenen Stoff und Anlass. Auch heute glaube ich, es mir versagen zu können, einen eigentlichen Lagebericht zu erstatten. Der Hauptton der Arbeit liegt auf der gerichtlichen Eingliederung der Ostgebiete. Da ich hierüber aber laufend und dauernd im einzelnen berichte, bedarf es weiterer Ausführungen im Lagebericht darüber nicht. Auch über die Stimmung der Gefolgschaft der Gerichte brauche ich nicht zu berichten. Sie ist unverändert gut und zuversichtlich. Ich möchte aber diesen allgemeinen Berichtsauftrag zum Anlass nehmen, um auf eine Angelegenheit hinzuweisen, die für die Rechtspflege besonders in Schlesien von grosser Bedeutung ist.

Es handelt sich um Strafvollzug ohne vorangegangene gerichtliche Verfahren. In dem in Schlesien eingegliederten Ostgebiet, dem Regierungsbezirk Kattowitz und Teilen des Regierungsbezirks Oppeln, sind schon in zahlreichen Fällen, allerdings nur Polen, durch Polizeiorgane ohne Beteiligung der Justizbehörden hingerichtet worden. Es befanden sich darunter auch Gefangene in gerichtlicher Haft, die kurzerhand - leider ohne dass seitens der Gefängnisbehörde Widerspruch

er-

82

Standrechtlich erschossen

Ausmerzung gefährlicher Schwerverbrecher

Am 8. August wurden in Rottowitz und Sosnowitz folgende Personen standrechtlich erschossen: 1. Kurek Karl, 33 Jahre alt, aus Teichen, 20 mal wegen Einbruchs bestraft, gewalttätiger Einbrecher; 2. Wolfowicz Wiktor, 39 Jahre alt, Wabrisch-Drau, 34 mal wegen Raub und Diebstahl bestraft; 3. Belzer Karl, 38 Jahre alt, aus Jablunkau, 9 mal bestraft, gewalttätiger Dieb; 4. Pietrus Sieptan, 33 Jahre alt, Strzeczawa, 20 mal bestraft, Einbrecher und Räuber; 5. Barisch Karl, 45 Jahre alt, Ultron, 10 mal vorbestrafter gefährlicher Landstreicher und Dieb; 6. Mazura Franz, 42 Jahre alt, Oberloma, 13 mal vorbestrafter gewalttätiger Einbrecher; 7. Bajont Karl, 31 Jahre alt, aus Saganitz, 10 mal vorbestrafter gefährlicher Wildschütz; 8. Krawczak Bernhard, 40 Jahre alt, Sipine, 25 mal vorbestrafter Räuber und Dieb; 9. Weiss Gerhard, 24 Jahre alt, Baurahütte, Jude, gefährlicher Fehler und Einbrecher; 10. Reinhard Otto, 37 Jahre alt, aus Rottowitz, 17 mal bestraft, gewalttätiger Landstreicher; 11. Stempin Josef, 31 Jahre alt, aus Ostsch, 7 mal vorbestrafter gefährlicher Einbrecher; 12. Komolli Johann, 26 Jahre alt, aus Remblich, gefährlicher Landstreicher und Räuber; 13. Sojnicz Franz, 39 Jahre alt, Bultowa, Berufsverbrecher, wegen Raubes mehrfach vorbestrafter; 14. Kanczyk Thomas, 43 Jahre alt, Siedles, gefährlicher Einbrecher und Betrugsverbrecher; 15. Kreczniczek Franz, 43 Jahre alt, Bendzin, gewalttätiger Einbrecher mit Schußwaffe; 16. Niedowied Edward, 21 Jahre alt, Bendzin, Betrugsverbrecher, Räuber und Einbrecher; 17. Gyllinski Josef, 32 Jahre alt, Sosnowitz, Betrugsverbrecher, Einbrecher, Fehler; 18. Siba Armin, 25 Jahre alt, Dainbroma, gefährlicher Einbrecher und Räuber; 19. Wrobel Stanislaus, 27 Jahre alt, gefährlicher Einbrecher; 20. Sielawons Jan, 38 Jahre alt, Bultowa, Schmalverbrecher und Fehler.

Bei den Erschossenen handelt es sich ausweislich ihrer Strafakten ohne Ausnahme um schwer vorbestrafter Personen, die fast ihr ganzes Leben Strastaten über Straftaten überster Art begangen und viele friedliebende Bürger schwer an Leben, Gesundheit und Eigentum gefährdet haben. Sie haben geglaubt, ihr unter der politischen Regierung genossenes Räuber- und Verbrechertum auch unter der deutschen Herrschaft fortsetzen zu können. Sie mißten daher nach den strengen Aufstellungen von Recht, Satz und Ordnung, die Kennzeichen des nationalsozialistischen Staates sind und die allein nur den friedlichen Aufbau gewährleisten, taugen, weil sie sich auf Grund ihrer verbrecherischen Vergangenheit selbst aus der Gemeinschaft der aufbauenden Kräfte ausgeschalteten haben. Die rücksichtslose Ausmerzung dieser Volkschädlinge ist für die ruhige und friedliebende, an dem Aufbau und der Befriedigung der neu erworbenen Gebiete mitarbeitenden Bevölkerung ein Beweis für die nationalsozialistische Staat und seine Organe rücksichtslos und harteinstelliger Einstellung mit allen Mitteln zu begreifen weiß. Die Erschossenen stellen auch ein Zeichen für die unruhigen Elemente sein, daß in Zukunft jeder ihrer Schandakten, insbesondere Angriffe auf Polizeibeamte, die ihren schweren Dienst im Interesse der Volksgemeinschaft versehen, mit aller Schärfe und auf der Stelle bezahmt werden.

Der Polizeipräsident
ges. Meg.

erhoben wurde - aus dem Gerichtsgefängnis herausgeholt wurden (vgl. den gemeinschaftlichen Bericht vom 23. August 1940 - 12 E - 1 zu 51 - betr. Erschießung von Untersuchungsgefangenen durch die Polizei). Im allgemeinen geschah dies wohl im Anschluss an gegen deutsche Polizeibeamte durch unbekannte polnische Täter begangene Gewalttätigkeiten. Wie der beiliegende Auszug aus dem Oberschlesischen Kurier vom 10. August 1940 ergibt, scheinen aber auch ohne solchen Anlaß Erschießungen vorgenommen zu werden. Soweit derartiger "Strafvollzug" im Kriegsgebiet, im besetzten Gebiet oder etwa sonst im Reich ausgeübt wird, ist es nicht meines Amtes, dazu Stellung zu nehmen. Jedoch glaube ich, soweit derartiger Strafvollzug in dem in Schlesien eingegliederten Ostgebiet Platz greift, berichterstattend darauf hinweisen zu müssen. Es muss in Richterkreisen, wie auch unter den deutschen Volksgenossen Beunruhigung hervorrufen, wenn in dem eingegliederten Ostgebiet Schlesiens in der Strafrechtspflege verfahren wird, als ob dort weder Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörden, noch Gerichte existierten und als ob dort die Strafgesetze und Verfahrensverordnung nicht eingeführt wären. Man wird hiergegen anführen, dass die besonderen Verhältnisse in Ostoberschlesien solche Maßnahmen erforderlich machten. Ich glaube nicht daran und verspreche mir von solchen Maßnahmen nicht einmal den offenbar erwarteten abschreckenden Erfolg. In jedem Falle aber sind solche Maßnahmen in einem Gebiet, das zum Reichsgebiet gehört und in das die ordentlichen Strafgesetze ^{des R.G.} ~~des G.V.G.~~ eingeführt und in dem die ordentlichen Gerichts- und Strafverfolgungsbehörden eingerichtet sind, unzulässig und eine schwere Zumutung für die Organe der Rechtspflege und für das Rechtsempfinden des Volkes..

F. Müller

88

15. 11. 1941

Der GeneralstaatsanwaltVertraulichEinschreiben. Eilboten.

An den

Herrn Reichsminister der Justiz

z.H. von Herrn Staatssekretär Dr. Freisler

in

Berlin W 8Wilhelmstr. 65

Posen, den 20. April 1941.

Mühlentstraße 1a

Fernsprecher: 2432, 2434, 1010

Telefonleitung 1014, 1015

Betrifft: Sühnemaßnahmen für Gewalttaten polnischer
Verbrecher.Ehrlicher Auftrag durch Herrn Ministerial-
direktor Dr. Crohne.

Anlage: 1 Durchschlag.

Unter Bezugnahme auf meinen Vortrag bei Herrn
Ministerialdirektor Dr. Crohne am 18.4.1941 berichte ich:

Am 17.d.M. erhielt ich nachstehendes an mich oder
meinen Vertreter im Amt gerichtetes vertrauliches Schrei-
ben des Leiters der Staatspolizeileitstelle Posen, H-
Sturmchef Bischoff:

"Auf Grund einer Entscheidung des Führers können für
jeden polnischen Gewaltakt nach vorher von hier aus
einzuholender Genehmigung 20 Polen (Berufsverbrecher
und männliche Angehörige aus dem Lebenskreis des
Täters) zur Sühne und Abschreckung erschossen werden.

Da nicht sämtliche Gewaltakte immer zur Kenntnis
meiner Dienststelle gelangen, bitte ich mich über ge-
eignet erscheinende Fälle - unter eingehender Schil-
derung des Sachverhalts - zwecks Beantragung der be-
absichtigten Maßnahmen zu unterrichten."

Nachdem ich noch gestern mit H-Sturmchef Bischoff
sein Schreiben im einzelnen erörtert habe, beur-
teile ich die Angelegenheit wie folgt:

Es handelt sich um einen Führererlaß an den Reichs-
führer H und Chef der Deutschen Polizei, dessen Inhalt
lediglich dem entspricht, was in dem ersten Absatz des an
mich gerichteten Schreibens wiedergegeben ist. Ich muß
bei meiner Beurteilung der Sachlage davon ausgehen, daß
in dem Auftreten der Polen im Reichsgau Wartheland zu-
nehmend Frechheiten, Übergriffe und Widersätzlichkeiten
festgestellt, darüber hinaus - wie mir H-Sturmchef Bischoff
mitteilt - Sabotageakte, Umstürzbewegungen er-
mittelt, auch Gewaltakte, Morde und Überfälle auf Beamte
der Polizei und anderer Behörden vorgekommen sind. Des-

halb

4606-III a 4748/41



halb kann ich jedes zur Erhaltung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung in meinem Bezirk sowie zur Festigung des Ansehens aller deutschen Behörden und Parteidienststellen und im Hinblick auf die Notwendigkeit einer klaren Volkstumpolitik geeignete auch rücksichtslose, schonungslose und auch harte Vorgehen gegenüber den Polen aus meiner Verantwortung heraus nur begrüßen.

Die Belange der Justiz werden durch die in Verfolg der Entscheidung des Führers von der Staatspolizei zu treffenden Maßnahmen meines Erachtens unmittelbar in keiner Weise berührt. Denn der von der Justiz verfolgte Rechtsbrecher soll nach wie vor dem Gerichtsverfahren nicht entzogen werden, vielmehr bis zur Vollstreckung des gegen ihn ergangenen Urteils in der Händen der Justiz bleiben.

Auch im zweiten Teile des Schreibens des Leiters der Staatspolizeileitstelle vermag ich die Gefahr einer Beeinträchtigung der Strafrechtspflege durch die Justiz nicht zu erblicken. Die Staatspolizei erhält bereits ständig Mitteilung von sämtlichen Urteilen mit Gründen gegen Polen, in denen es sich um die Sühne von Gewalttaten handelt, auch wenn sie die Ermittlungen nicht selbst geführt hat. Soweit dies nicht ausnahmslos geschehen ist, kann es sich nur um ein Versehen handeln. Insoweit hätte ich schon bei Kenntnis das Erforderliche veranlaßt. Im Ergebnis wird also von der Staatspolizei nicht mehr erbeten, als ihr ohnehin zusteht.

Abschließend ist danach festzustellen, daß die Staatspolizei ohne jede Erweiterung der bisherigen Rechte in der Zusammenarbeit mit der Justiz und ohne besondere Inanspruchnahme der Justizbehörden in der Lage ist, dem Führererlaß Genüge zu tun.

In der Praxis werden sich die Maßnahmen der Polizei voraussichtlich so gestalten, daß die Polizei zunächst aus eigener Kenntnis heraus für diejenigen Polen die Genehmigung zur Erschießung einholen wird, die sie dafür für geeignet hält, und zwar unabhängig davon, ob sich diese auf freiem Fuße, im Gewahrsam der Polizei oder auch in einer Vollzugsanstalt der Justiz befinden. Daß nach der Genehmigung der Erschießung

5

Erschießung durch den Führer bzw. den Reichsführer # die Herausgabe der in Frage kommenden Gefangenen nicht abgelehnt werden wird, glaube ich aus dem Grunde annehmen zu sollen, weil es der Gerechtigkeit entspricht, bei einer Erschießung zur Sühne und Abschreckung zunächst an schwere Übeltäter zu denken, die sich im Zweifelsfalle überwiegend in dem Vollzugsanstalten befinden dürften. Im Falle der Nichtherausgabe dieser Verbrecher würden sonst weniger belastete Polen erschossen werden, während schwerer belastete nur deshalb, weil sie die Justiz in Verwahrung hat, am Leben bleiben würden.

Diese Erwägungen führen meines Erachtens letztthin zu der Frage, ob die Justizverwaltung sich nicht zweckmäßig in die Durchführung der Entscheidung des Führers einschalten und die in ihren Anstalten einsitzenden in Betracht kommenden Berufsverbrecher und zwar gleichgültig ob Untersuchungshäftlinge oder Strafgefangene, gegebenenfalls auch männliche Angehörige aus dem Lebenskreis des Täters, für die Sühne- und Abschreckungsmaßnahme jeweils zur Verfügung stellen sollte.

Ich bitte, meine Anregungen bei einer etwaigen Entscheidung zu berücksichtigen und mich gegebenenfalls zu ermächtigen, dem Leiter der Staatspolizeileitstelle entsprechend meiner Stellungnahme auf sein Schreiben zu antworten.

Ich darf noch bemerken, daß ich unter "Gewaltakt" nur solche Straftaten verstehe, die nach den geltenden Bestimmungen mit Todesstrafe zu ahnden sind.

Frankel

h

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht**

Kgl. k. 17

 Königsberg (Pr), den 12. Oktober 1942.
 Schloß - Postamt 1
 Fernruf 34245, 33257

Gefch.-Nr. 1 - VII 106.

(Diese Gefch.-Nr. ist bei allen Eingaben anzugeben)

Einschreiben!

An

den Herrn Reichsminister der Justiz

Dr. Thierack

in Berlin W 8,
Wilhelmstr. 65.
Betrifft: Lageberichte.

RV. vom 25.11.1935 - III a 196 13/35 - .

Anlagen: 2 Berichtsdurchschläge.

Die militärischen Ereignisse an allen Fronten stehen nach wie vor im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Hierbei wird die Bevölkerung vor allem durch den gigantischen Kampf im Osten stark beeindruckt. Nachdem es bis jetzt nicht gelungen ist, die militärische Kraft der Sowjetunion entscheidend zu brechen, rechnet man allgemein mit einer langen Dauer des Krieges. Wenn auch die Bevölkerung durch die Briefe ihrer Angehörigen an der Front, durch die Berichte der Kriegsberichterstatter, durch die Presseveröffentlichungen und die Wochenschaun über die Schwere der Kämpfe im Osten durchaus unterrichtet war, so hatte man doch, vor allem nach den überragenden Erfolgen im Frühjahr dieses Jahres, einen derartig harten und verbissenen Widerstand der Sowjets nicht mehr erwartet. Nach den ungeheuren Materialverlusten der Sowjets im vergangenen Jahr und in den letzten Monaten hatte man gehofft, daß sich bei ihnen allmählich eine Erschöpfung in dieser Hinsicht bemerkbar machen würde. Zu dieser Hoffnung glaubte man eine gewisse Berechtigung zu haben, da^{ja} die wichtigsten Industriegebiete der Sowjetunion von unseren Truppen besetzt werden konnten. Um so mehr war man überrascht, daß die Sowjets noch immer gewaltige Mengen an Flugzeugen, Panzerkampfwagen und Geschützen in den Kampf zu werfen vermögen. Diese Tatsache gab vielfach zu Erörterungen Anlaß, ob es der Sowjetunion etwa gelungen sei, im Ural oder in anderen, fernabgelegenen Gebieten eine leistungsfähige Kriegsindustrie aufzubauen, die es ihr möglicherweise erlaube, den Krieg noch eine längere Zeit hindurch durchzustehen.

Im

154

Im übrigen sieht man dem kommenden Winter mit Ruhe und Zuversicht entgegen. Zwar ist man überzeugt, daß die Überwindung auch dieses Winters nicht leicht sein wird, andererseits hat man aber die Gewißheit, daß man an maßgebender Stelle die notwendigen Lehren aus dem letzten russischen Winter gezogen und alle erforderlichen Vorbereitungen zu seiner Bezwingung getroffen hat. Befürchtungen, daß in diesem Winter eine ähnlich kritische Lage wie im vergangenen eintreten könnte, werden daher nicht geäußert.

Lediglich die auf die Dauer starken Verluste der vorwiegend im Nordabschnitt der Ostfront eingesetzten ostpreußischen Truppen lassen bei der Bevölkerung eine leichte Besorgnis aufkommen. Diese gilt weniger der Frage, ob die Führung bei einer langen Dauer des Krieges noch genügend Truppen aufstellen kann, um den Endsieg sicherzustellen, als vielmehr der Überlegung, ob die deutsche Nation nach siegreicher Beendigung dieses Krieges auch volksmäßig noch so stark ist, um den Sieg entsprechend der Größe der Opfer richtig ausnutzen zu können. Die Bevölkerung ist sich dabei der Tatsache, daß der Krieg stets eine negative Auslese der Nation herbeiführt, d.h., daß die Besten des Volkes vor dem Feinde bleiben bzw. als Krüppel zurückkehren, voll bewußt. Aus dieser Erkenntnis heraus wird daher auch der Bevölkerungspolitik des Reiches weitgehendstes Verständnis entgegengebracht. Die günstige Entwicklung der Geburten während des Krieges ist meiner Überzeugung nach auf diese Erkenntnis und nicht etwa auf eine geschickte Urlaubspolitik zurückzuführen.

Im ganzen gesehen ist die Stimmung der Bevölkerung Ostpreußens daher weiterhin zuversichtlich. Die militärische Lage wird als günstig angesehen, wenn man sich auch keinen Hoffnungen auf eine baldige Beendigung des Krieges hingibt. Das Vertrauen der Bevölkerung zum Führer und zur Führung ist unerschüttert. Die letzten drei großen Reden des Führers, des Reichsmarschalls und des Reichsaußenministers von Ribbentrop haben sich stimmungsmäßig sehr günstig ausgewirkt und das Vertrauen der Bevölkerung auf den Endsieg gestärkt. Die stolze Bilanz der Siege an allen Fronten, einschl. der hervorragenden Erfolge unserer U-Boote im Kampf gegen die feindliche Versorgungsschiffahrt, haben ihren Eindruck auf die Bevölkerung nicht verfehlt. Propagandistisch am stärksten hat sich hierbei aber die in Aussicht gestellte Erhöhung der Fleisch- und Brotrationen ausgewirkt. Die Sorge um das tägliche Brot lastete besonders nach den einschneidenden Lebensmittelkürzungen

mittelkürzungen im Frühjahr d.J. schwer auf der Bevölkerung. Sie war noch umschattet von der Befürchtung auf eine schlechte Ernte und der Angst, daß die Rationen möglicherweise noch mehr gekürzt werden müßten. Wenn jemals überhaupt auch nur leise Zweifel an einem siegreichen Ausgang des Krieges aufgetaucht sind, so lagen diese allein auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft. Diese Sorgen sind der Bevölkerung nunmehr genommen, und sie ist damit von einem schweren Alpdruck, der besonders stark auf ihren Nerven lastete, befreit. So dankbar die Bevölkerung auch die in Aussicht gestellten Rationserhöhungen an sich empfindet, entscheidendes Gewicht wird von ihr vor allem aber auf die Tatsache gelegt, daß nach den von maßgebender Stelle abgegebenen Erklärungen nunmehr der Tiefpunkt der Ernährungslage überwunden ist, und daß es von nun an auf diesem Gebiet ständig besser werden wird.

Unter einer äußeren Feindeinwirkung hatte die Bevölkerung Ostpreußens in der Berichtszeit wenig zu leiden. Die Bombenangriffe der feindlichen, insbesondere der sowjetrussischen Luftwaffe haben in den letzten Wochen bedeutend nachgelassen. Wo Bomben abgeworfen wurden, waren die Zahl der Opfer und der angerichtete Sachschaden gering. Wesentliche Einwirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung durch die Bombenangriffe sind daher nicht zu verzeichnen. Mit um so größerer Anteilnahme verfolgt die Bevölkerung aber die Entwicklung des Luftkrieges im Westen unseres Vaterlandes. Die feigen Angriffe der britischen Luftwaffe auf die Zivilbevölkerung, die Zerstörung ihrer Wohnstätten und die Vernichtung von unersetzlichen Kulturdenkmälern haben auch hier größte Empörung und Erbitterung hervorgerufen. Die drastische Ankündigung des Reichsmarschalls, daß diese Bombenangriffe vergolten werden würden, war auch der hiesigen Bevölkerung ganz aus der Seele gesprochen und hat die lebhafteste Zustimmung und Befriedigung ausgelöst.

Angeichts des herannahenden Winters ist im Zusammenhang mit den Störflügen der feindlichen Luftwaffe über ostpreußischem Gebiet das Problem der Beheizung der Luftschutzkeller aufgetaucht. Nach dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Königsberg (Pr) hat sich insbesondere der Bevölkerung der Stadt Königsberg eine gewisse Unruhe darüber bemächtigt, daß die Luftschutzkeller in den kommenden Wintermonaten aus Mangel an Heizkörpern nur

155

in ganz geringem Umfange benutzbar sind. Gerade in der Provinz Ostpreußen, die unter der Härte der letzten Winter besonders schwer gelitten hat, erscheint diese Sorge verständlich. Da aber von den maßgebenden örtlichen Stellen die Bedeutung dieses Problems erkannt worden ist, kann angenommen werden, daß rechtzeitig insoweit für Abhilfe gesorgt wird.

Nach dem Bericht des gleichen Oberstaatsanwalts hat die in den letzten Wochen eingesetzte Aktion zur Verstärkung der Versorgung mit Gasmasken ebenfalls in der Bevölkerung eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Diese Besorgnis hinsichtlich eines bevorstehenden Einsatzes von Kampfstoffen durch die feindliche Luftwaffe dürfte aber von selbst abklingen, sobald die Versorgungsaktion mit Gasmasken beendet ist.

In meinen früheren Lageberichten habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß vielfach das Verhalten von Kriegerfrauen in der Öffentlichkeit zu berechtigten Beanstandungen Anlaß gegeben hat. Eine Besserung ist auch in der Zwischenzeit nicht eingetreten. Der Oberstaatsanwalt in Bartenstein hat mir über seine Wahrnehmungen in dieser Hinsicht folgendes berichtet:

„Das den Kriegerfrauen in reichem Maße gespendete öffentliche Lob bedarf, jedenfalls für den hiesigen Bezirk, starker Einschränkung. Zu groß in dieser Kategorie ist die Zahl derer, die ihrem Manne an der Front untreu sind und ein liederliches Leben führen oder durch freches und anmaßendes Wesen ihren Mitmenschen zur Last fallen, oder voll von Neid, Mißgunst und Gift denunzieren, indem sie "Gesinnung" markieren und Phrasen dreschen. Das trübe Bild dieser allzuvielen "Kriegerfrauen" umfaßt auch diejenigen, die infolge der reichlichen Unterstützung keinen Finger rühren und sich nur im Kino, im Gasthaus und beim Friseur wohlfühlen. So klagen auch jetzt wieder die Landwirte, daß die Kriegerfrauen vom Lande nicht zur Kartoffelernte kommen. Wenn diese Frauen ihre Pflicht täten, wäre es nicht nötig, die Frauen aus der Stadt, die Landarbeit nicht verstehen und darin nur Mangelhaftes leisten können, zur Arbeit auf dem Felde aufzurufen. Dasselbe Bild in der Stadt. Sie wollen keine Handarbeit leisten,

weil

weil sie infolge reichlicher Unterstützung es nicht "nötig" haben. In diesem Kreise sind Meineid und Urkundenfälschung nichts Besonderes, und die meisten folgen der Devise: „Wer am besten schwindeln kann, kommt am besten voran.“

Auch das Anwachsen der Jugendkriminalität hat weiter gehalten. Hierbei ist der Oberstaatsanwalt in Braunsberg zu folgenden Feststellungen gelangt, denen allgemeine Bedeutung beigemessen werden kann:

„In der Entwicklung der Jugendsachen ist leider eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Während die Zahl der Strafsachen im allgemeinen ja geringer geworden ist, hat sich die der Jugendsachen wesentlich erhöht. Wenn man davon ausgeht, daß das Winterhalbjahr 1933/1934 als Normalzeit angesehen wird, so gab es damals im hiesigen Bezirk 62 Strafsachen gegen Jugendliche. Im Winter 1939/40 (1.10.39 bis 1.4.40) waren 85 Sachen zu verzeichnen, d.h. eine Zunahme um etwa 35%. Vom 1.10.1940 bis 1.4.1941 gab es 103 Strafsachen, was gegenüber 1933/1934 eine Zunahme um 82% und gegenüber 1939/1940 eine solche um 21% bedeutet. Im Winterhalbjahr 1941/42 waren nun 156 Strafsachen gegen Jugendliche zu verzeichnen, d.h. also eine Steigerung gegenüber 1933/34 um 150%, gegenüber 1939/40 um 84% und gegenüber 1940/41 um 52%. Hierzu sei bemerkt, daß die Steigerung für das erste Vierteljahr des Winters 1941/42 erheblich höher war (um 200%), und daß es nach Entdeckung dieser Dinge wohl dem sofortigen Eingreifen aller von mir darüber benachrichtigten Partei- und Staatsstellen gelungen ist, das weitere Anwachsen wenigstens etwas einzudämmen. Immerhin sprechen die Zahlen für sich, und es muß leider berichtet werden, daß die Zunahme auch jetzt weiter fortschreitet. Wichtig ist hierzu, daß auch die Schwere der von Jugendlichen verübten Straftaten erheblich zugenommen hat. Neben Einbruchsdiebstählen und Sittlichkeitsverbrechen gibt es besonders viel Strafsachen wegen Arbeitsvertragsbruchs.“

Auf eine energische Bekämpfung des Schleich- und Tauschhandels ist nach wie vor das Hauptaugenmerk der Strafverfolgungsbehörden gerichtet. Das dabei verfolgte Ziel, eine gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Güter zu gewährleisten, ist nur in beschränktem

2511

beschränktem Umfange erreicht worden, wenn es auch gelang, die größten Auswüchse zu beseitigen. Die Neufassung der Verbrauchsregelungsverordnung hat die erhoffte Besserung nicht eintreten lassen. Über die hierbei gemachten Erfahrungen hat der Oberstaatsanwalt in Königsberg (Pr) mir folgendes vorgetragen:

„Entgegen der ursprünglich geäußerten Erwartung hat sich die Änderung der Verbrauchsregelungsstrafverordnung nicht als eine wirksame Waffe im Kampf gegen den Tausch- und Schleichhandel erwiesen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in ständig zunehmendem Maße Tauschhandel überall in Deutschland betrieben wird. Auf diese Weise kommen bestimmte Personenkreise, die in der Lage sind, verknappte Ware abzugeben, in den fast unbeschränkten Genuß sämtlicher anderer verknappter Gebrauchsgüter. Dagegen wird der übrigen Bevölkerung, die derartige Tauschware nicht anbieten kann, der Genuß der verknappten Ware fast völlig entzogen. Dies gilt in besonderem Maße hinsichtlich des Geflügels, das in freiem Handel selbst in der Provinz Ostpreußen überhaupt nicht mehr verkauft wird.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß derartige Vorgänge den Unwillen der breiten Masse des Volkes erregen, der sie keinesfalls verborgen bleiben. Auch bergen derartige Vorgänge gewisse Gefahren für die Sauberkeit der Staatsverwaltung in sich. Nach meinen Feststellungen hat die Auswerfung von Prämien zur Steuerung dieses Unwesens in der Provinz Ostpreußen keinen Erfolg gezeitigt. Im Schwarzhandel werden derartige Prämienzulagen lediglich bei der Preisgestaltung einkalkuliert.“

Die Verordnung zur weiteren Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13. August 1942 ist in Kreisen der Rechtswahrer allgemein begrüßt worden. Man erhofft sich von ihr eine wesentliche Arbeitsvereinfachung und -erleichterung, sowie eine bedeutende Kräfteersparnis. Die seit dem Inkrafttreten der Verordnung verstrichene Zeit ist allerdings zu kurz, um bereits über die hierbei erzielten Erfahrungen im einzelnen berichten zu können.

Über

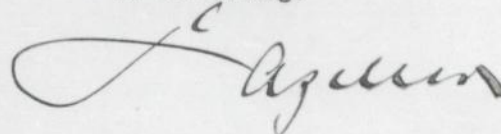
Über die Tätigkeit der in der Zwischenzeit im Regierungsbezirk Zichenau eingeführten Standgerichte hat der Oberstaatsanwalt in Zichenau folgende Ausführungen gemacht:

„Am 18.9.1942 sind im Kreise Schröttersburg 40 Polen im Auftrage der Geheimen Staatspolizei erhängt worden, davon 13 Polen auf einem öffentlichen Platz in Schröttersburg, die restlichen Polen in Hohenburg und Sporwitten. In allen Fällen erfolgte die Erhängung auf Grund eines standgerichtlichen Urteils wegen Betätigung in der Widerstandsbewegung. Unmittelbar vor der Erhängung wurde ihnen vom Leiter der hiesigen Staatspolizeistelle mit Hilfe eines Dolmetschers die Entscheidung des Standgerichts bekanntgegeben. Mehrere Verurteilte antworteten in polnischer Sprache: „Polen soll leben.“ Der Vollstreckung wohnten in Schröttersburg zahlreiche zu diesem Zwecke zusammengetriebene Polen sowie Teile der deutschen Bevölkerung bei.

Nach Mitteilung eines Gendarmerieoffiziers ist damit zu rechnen, daß demnächst weitere 200 Polen im Auftrage der hiesigen Staatspolizeistelle erhängt werden.“

Die Neubesetzung des Justizministeriums hat allen in der Bevölkerung umhergehenden Gerüchten über ein Verschwinden der Justiz als oberste Reichsbehörde bzw. ihre Unterstellung unter eine andere Reichsbehörde ein Ende bereitet. Sie ist als ein Zeichen dafür gewertet worden, daß der Höhepunkt der Justizkrise überwunden ist, und wird mithin als ein Sieg der Justiz, und damit auch des Rechts gegenüber rechtsfremden und rechtsfeindlichen Bestrebungen empfunden.

In Vertretung.



157

Der Generalstaatsanwalt.

05/148

Danzig, den

30. Mai

194 1

Neugarten Nr. 30/34.

Fernruf: Nr. 27851.

[Handwritten signature]

Geschäftsnummer: 313a - 1. 5

Bei Eingaben wird Angabe vorkommender
Geschäftsnummer erbeten.

Einschreiben!

GStA.

An

den Herrn Reichsminister der Justiz,
z.Hd.d.Herrn Staatssekretärs Dr.Schlegelberger,
in B e r l i n W 8,
Wilhelmstraße 65.

Betrifft: Lagebericht.Erlaß vom 29.4.1940 (3130-Ia⁹ 1015).

Letzter Bericht vom 31.3.1941.

Anlagen: 2 Durchschriften.

I. Im Vordergrund des Interesses steht die Einführung
der Deutschen Volksliste durch den Erlaß des Reichsministers des
Innern vom 13.3.1941 -Ie 5125/41-.

5000 Ost.

Voraussichtlich dürfen die in Abt. 1 und 2 der Deutschen
Volksliste einzutragenden Personen sich im wesentlichen mit den
bisher als Volksdeutsche anerkannten decken. Der Kreis dieser Per-
sonen wird daher nur eine verhältnismäßig geringe Vermehrung
erfahren. Ihre strafrechtliche Beurteilung ist klar. Sie fallen
unter die im § 16 Ziff. 1 der VO.vom 6.6.1940 (RGBl.I S.844) auf-
geführten Personen.

Anders verhält es sich mit den in Abt. 3 und 4 der
Deutschen Volksliste einzutragenden Personen. Nach allen mir ge-
wordenen Mitteilungen muß damit gerechnet werden, daß in diesen
beiden Abteilungen das Hauptkontingent der Bevölkerung des Reichs-
gaues Danzig-Westpreußen erfasst wird. Da diese Personen die
deutsche Staatsangehörigkeit nur durch Einbürgerungsakt erwerben
können, kann es zweifelhaft sein,

1. ob bis zu ihrer Einbürgerung die Vorschriften der §§ 8-15
der VO.v.6.6.1940 auf sie Anwendung finden,
2. ob die Rechtslage durch die erfolgte Eintragung in die
Deutsche Volksliste, mit der die Aushändigung eines Aus-
weises verbunden ist, eine Änderung erfährt.

Bei

58

Bei Beurteilung dieser Fragen dürfte zu berücksichtigen sein, daß der Kreis der in Abt. 3 und 4 der Deutschen Volksliste erfassten Personen voraussichtlich so groß sein wird, daß er gewiß auch viele unruhige und gefährliche Elemente umfaßt. Darauf läßt auch Ziffer 7 des Erlasses des Reichsministers des Innern vom 13.3.1941 schließen, wonach auch solche Personen -sofern sie deutschstämmig sind- in Abt. 4 der Deutschen Volksliste aufgenommen werden, die ausgesprochen deutschfeindlichen polnischen Organisationen oder polnischen politischen Parteien angehört oder sich sonst deutschfeindlich betätigt haben.

Es dürfte daher zu erwägen sein, ob nicht die Notwendigkeit besteht, die Vorschriften des Art.II der VO.vom 6.6.1940 auf die VO. über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4.3.1941 (RGBl.I S.118) abzustimmen. Hierbei wäre zu prüfen, ob die Angehörigen der Abt. 3 und 4 der Deutschen Volksliste nicht auch weiterhin den schärferen Strafvorschriften der §§ 8-15 der VO.vom 6.6.1940 zu unterstellen sind. Andererseits könnte in Erwägung gezogen werden, diese Strafvorschriften, soweit sie allein die Todesstrafe vorsehen, zu mildern, damit der richterlichen Entscheidung grössere Freiheit in der Beurteilung der Einzelpersönlichkeit gelassen werden kann.

Bei der Durchführung der Strafvorschriften wegen Verbrechens gegen §§ 8-15 der VO.vom 6.6.1940 ergeben sich zur Zeit grosse Schwierigkeiten, die zwangsläufig eine Verzögerung der Verfahren mit sich bringen. Die Erfassungen für die Deutsche Volksliste werden zur Zeit durchgeführt. Die Zweigstellen pp., die zur Entscheidung berufen sind, werden erst eingerichtet. Eine Entscheidung im Sinne des Erlasses des Reichsministers des Innern vom 13.3.1941 ist daher zur Zeit noch nicht zu erhalten. Sie dürfte auch nach Einrichtung der für die Entscheidung zuständigen Stellen längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Oberstaatsanwälte meines Bezirks werden daher in allen in Betracht kommenden Fällen eine gutachtliche Äußerung des Regierungspräsidenten erfordern zum Zwecke der Feststellung, ob der Beschuldigte überhaupt Aussicht auf Eintragung in eine der Abteilungen der Deutschen Volksliste hat. Ist dies nicht der Fall, so wird der Beschuldigte als Pole behandelt. Die

Regierungspräsidenten

57

Regierungspräsidenten in Danzig und Marienwerder (letzterer ist für Graudenz zuständig) haben sich zu dieser Mitwirkung bereit erklärt. Die Stellungnahme des Regierungspräsidenten in Bromberg steht noch nicht endgültig fest. Die Staatsanwaltschaft geht dabei von der Erwartung aus, daß die Sondergerichte sich mit dieser gewissermaßen negativen Auskunft des Regierungspräsidenten begnügen und nicht eine Entscheidung durch die Zweigstellen pp. als Grundlage für die Urteilsfällung verlangen.

Lautet die Äußerung des Regierungspräsidenten dahin, daß der Beschuldigte in Abt. 1 und 2 der Deutschen Volksliste aufgenommen werden wird, so wird von der Anwendung der §§ 8-15 der VO. vom 6.6.1940 Abstand genommen.

Lautet die Äußerung des Regierungspräsidenten dahin, daß der Beschuldigte Aussicht auf Eintragung in Abt. 3 und 4 der Deutschen Volksliste habe, so wird bis zur Klärung der Rechtslage zunächst mit der Anklageerhebung innegehalten. Dieses Ergebnis ist im Hinblick auf die unbedingt gebotene Beschleunigung gerade dieser Strafverfahren sehr unerfreulich, folgt aber daraus, daß die Gerichte die den Zweigstellen pp. vorbehaltene Entscheidung nicht vorweg nehmen sollen.

II. In der Berichtszeit hat sich eine Reihe bemerkenswerter Vorfälle ereignet:

1) Wie ich in meinem Bericht vom 21.4.1941 (420-1.10) mitgeteilt habe, hat die Staatspolizeistelle Danzig am 21. 4.1941 aus Anlaß einer Brandstiftung im Kreise Berent eine Exekution durch öffentliches Erhängen vorgenommen, die, wie mir inzwischen mitgeteilt worden ist, 2 Polen betroffen hat.

2) In der Nacht zum 13.5.1941 ist in Leibitsch Kreis Thorn und in der Nacht zum 14.5.1941 in Thorn je ein großes Schadensfeuer ausgebrochen, durch welches in jedem Fall große Mengen Getreide vernichtet worden sind. Hierüber habe ich am 13.5.1941 (404 E-U 1/41) und am 14.5.1941 (404 E-U 2/41) und später fortlaufend berichtet. Die angestellten Ermittlungen haben noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt.

Aus Anlaß dieser Brände sind am 19.5.1941 zwanzig Polen erschossen worden. Diese Exekution ist durch öffentlichen

Anschlag

52

Anschlag folgenden Inhalts bekannt gemacht worden:

"B e k a n n t m a c h u n g !

Wegen verübter Brandstiftung an lebenswichtigen Betrieben und Anstiftung zu Terrorakten wurden heute morgen 5 Uhr

20 P o l e n

s t a n d r e c h t l i c h e r s c h o s s e n. Diese Maßnahme mag eine Abschreckung für alle diejenigen sein, die glauben, durch derartige Verbrechen Leben und Sicherheit deutscher Volksgenossen und den Bestand deutscher Einrichtung zu gefährden.

Thorn, den 19. Mai 1941.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Bromberg."

3.) Am 19.5.1941 sind in Bromberg 10 Polen erschossen worden. Der öffentliche Anschlag hierüber hat folgenden Wortlaut:

"B e k a n n t m a c h u n g !

Wegen eines beabsichtigten und bereits bis aufs kleinste vorbereiteten Sprengstoffanschlages in Bromberg wurden heute morgen 5 Uhr

10 Täter polnischer Nationalität,
die geständig und des Verbrechens überführt sind,
standrechtlich erschossen.

Diese Maßnahme mag eine Abschreckung für alle diejenigen sein, die glauben, durch derartige Verbrechen Leben und Sicherheit deutscher Volksgenossen zu gefährden.

Bromberg, den 19. Mai 1941.

Geheime Staatspolizei,
Staatspolizeistelle Bromberg."

Der Oberstaatsanwalt in Bromberg hat am 24.5.1941 -1 A.R. 1/41- darüber berichtet.

4.) Wie mir inzwischen bekannt geworden ist, hat der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Danzig an die ihm nachgeordneten Kriminalpolizeistellen eine Verfügung betreffend Schwarzschathtungen durch Polen erlassen, in der u.a. folgendes zum Ausdruck gebracht ist:

"Verschiedene

53

"Verschiedene Kreisleiter und Landräte berichten mir über von Polen durchgeführte zahlreiche Schwarzschlachtungen, die für die Zukunft den jetzigen Viehbestand erheblich einschränken werden. Nach Ansicht der Kreisleiter sind die von den Gerichten verhängten Strafen allgemein zu milde und zeigen keinerlei nachhaltige Wirkung. Um diesem auf die Dauer unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten, ordne ich hiermit an, daß Polen, die wegen Schwarzschlachtungen bestraft wurden, in allen Fällen, in den die Strafen wegen Schwarzschlachtungen verbüßt sind und die Volkstumszugehörigkeit noch nicht einwandfrei feststeht, dem Arbeitserziehungslager Stutthof zu überweisen und über die zuständige Staatspolizeistelle der Staatspolizeileitstelle Danzig zur Einweisung auf zunächst 3 Monaten zu melden sind. Eine Einweisung in das Arbeitserziehungslager kommt nur dann in Frage, wenn der Betreffende annehmbar dem polnischen Volkstum angehört. Ich bin überzeugt, daß diese Maßnahme auf die Polen abschreckender wirkt, als eine von ihnen in absehbarer Zeit sowieso erwartete Evakuierung. Im Wiederholungsfalle hat, wenn die erste Maßnahme nicht zu dem gewünschten Erfolg führt, eine Einweisung auf 6 Monate zu erfolgen."

Von diesen Vorgängen habe ich dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten, hier, Kenntnis gegeben.

Nach meinen Beobachtungen sind zwar besonders in der ersten Zeit einige Fälle vorgekommen, in denen Schwarzschlachtungen nicht mit der genügenden Strenge verfolgt worden sind. Davon abgesehen aber werden schon seit geraumer Zeit erhebliche Freiheitsstrafen verhängt, die im allgemeinen mit 8 bis 10 Monaten Gefängnis beginnen und in den Fällen, in denen § 1 der Kriegswirtschaftsverordnung vorliegt, bis zu 8 Jahren Zuchthaus erreicht haben.

III. Die Haltung der polenstämmigen Bevölkerung ist, wie besonders aus Graudenz, Thorn und Bromberg berichtet wird, weiterhin herausfordernd. Die Polen werden u.a. auch dadurch ermuntert, daß sie zum großen Teil in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden sind und ein für ihre Begriffe gutes Einkommen erhalten, andererseits aber auch offenbar erkannt haben, daß ihre

Arbeitskraft

54

Arbeitskraft nicht entbehrt werden kann. Ihr Auftreten in den Straßen, Geschäften und auf öffentlichen Verkehrsmitteln wird insbesondere von den Reichsdeutschen geradezu als Belästigung empfunden.

In dem eingegliederten Gebiet, z.B. in Bromberg und Thorn, sind Bordelle eingerichtet worden, deren Insassen polenstämmige Mädchen sind. Diese Bordelle werden auch von Nichtpolen, z.B. Militärpersonen, aufgesucht.

IV. Bemerkenswert ist vor allem das Ansteigen der Strafsachen wegen Schwarzschlachtens, die z.B. im Bezirk Thorn in den letzten 3 Monaten sich auf über 100 Sachen im Monat belaufen. Ich habe gemeinsam mit den Oberstaatsanwälten und den anderen interessierten Stellen (Ernährungsamt, Viehwirtschaftsverband, Kriminalpolizei, Gendarmerie und Hauptzollamt) Richtlinien für die wirksame Bekämpfung festgelegt.

IV.


NPA - NT

55

der Oberlandesgerichtspräsident
und

Der Generalstaatsanwalt

VS 4 B - 1. 51 & B

1. Ausfertigung 1

Kattowitz, den 3. Dezember 1941.

Nikolaistr. 1, Eingang Wilhelmplatz
Fernruf: 34098 und 34010

1941.

mit Gefangenen

Geheim Reichssache!

Briefbuch-Nr. 229

An
den Herrn Reichsminister der Justiz
zu Händen des Herrn Oberregierungsrats Stadermann
oder Vertreter im Amt

in

Berlin

Reichsjustizministerium

-5022/1941

Bitt. Ed. 9

2. Jan. 1942

Betrifft:

Polizeiliche Exekutionen und Beschleunigung
der Strafverfahren.

Ohne Auftrag.

Anlage: 1 Berichtsuranschlag.

Vor etwa 3 Wochen sind in Tarnowitz im Zusammenhang
mit der Zerschlagung einer hochverräterischen Organisation
von 350 Mitgliedern die 6 (zum Teil volksdeutschen) Haupt-
täter von der Polizei erhängt worden, ohne daß die Justiz
davon Kenntnis hatte. Solche Exekutionen sind bereits
früher an kriminellen Tätern im Bezirk in Bielitz gleich-
falls ohne Kenntnis der zuständigen Strafverfolgungsbehör-
de erfolgt. Am 2. Dezember 1941 hat der Leiter der Staats-
polizeistelle Kattowitz, Oberregierungsrat Mildner, den
Unterzeichneten mündlich berichtet, daß er diese Exeku-
tionen mit Ermächtigung des Reichsführer der H als not-
wendige Sofortmaßnahme durch Öffentliches Erhängen am
Tatorte angeordnet habe und daß die Maßnahmen zur Ab-
schreckung auch künftig solange fortgesetzt werden müßten,
bis die verbrecherischen und aktivistischen deutschfeind-
lichen Kräfte im eingegliederten Ostgebiete zerschlagen
seien oder andere Sofortmaßnahmen, u. U. auch der Gerichte,
gleiche abschreckende Wirkung gewährleisteten. So würden
auch heute in dem Gebiete in und um Sosnowitz 6 Haupträ-
delsführer einer anderen polnischen hochverräterischen
Organisation zur Abschreckung öffentlich erhängt.

Gegen-

*Am 2.1.42 auf.
f. d. R. Kom. m. d.
f. d. R. Kom. m. d.
Richtungs. f. d. R.
d. 71.*

*f. d. R. Kom. m. d.
f. d. R. Kom. m. d.
Richtungs. f. d. R.
d. 71.*

*104
II 2 60/41*

104 9 104

99

Gegenüber diesem Verfahren haben die Unterzeichneten erhebliche Bedenken geäußert.

Abgesehen davon, daß solche Maßnahmen der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte entzogen sind und den nicht außer Kraft gesetzten Justizgesetzen widersprechen, kann hierfür justizpolitisch ein die Ausnahmebehandlung durch die Polizei allein rechtfertigender Notstand u.E. nicht anerkannt werden.

Denn soweit die Strafgerichtsbarkeit in unserem Bezirk im Rahmen der gegebenen Zuständigkeit in Betracht kommt, ist sie durchaus in der Lage, dem Gebot sofortiger strafrechtlicher Reaktion durch eine besondere Gestaltung sondergerichtlicher Tätigkeit (Einrichtung eines sog. Blitzsondergerichts) Rechnung zu tragen. Anklagerhebung und Hauptverhandlung könnten so beschleunigt werden, daß zwischen Abgabe der Sache an die Staatsanwaltschaft und Hinrichtung nicht mehr als 3 Tage liegen, falls die Gnadenpraxis vereinfacht und die Entscheidung u.U. auf fernmündlichem Wege eingeholt wird. Dies haben die Unterzeichneten gestern gegenüber dem Leiter der Staatspolizei Kattowitz zum Ausdruck gebracht.

Wir vermögen nicht zu glauben, daß polizeiliche Exekutionen krimineller, insbesondere deutscher Täter bei der Erschütterung des Rechtsgefühls vieler deutscher Volksgenossen als wirksamer angesprochen werden können. Auf die Dauer dürften sie vielmehr trotz der öffentlichen Abschreckung zu einer Verrohung der Gemüter führen, die dem beabsichtigten Zweck der Befriedung zuwiderläuft. Diese Erwägungen wollen indessen zu einer künftigen gesetzlichen Zuständigkeit eines Standgerichts für Polen und Juden nicht Stellung nehmen.

Nach einem kürzlichen Bericht ^{des Leiters} der Staatspolizeistelle in Kattowitz an den Herrn Gauleiter Bracht sind bereits im Dezember 1940 die Vorgänge bezüglich 540 des Hoch- und Landesverrats Beschuldigter aus dem Bezirk Kattowitz von der Polizei an die Anklagebehörde des Volksgerichtshofs in Berlin abgegeben worden, ohne daß bisher von dort aus eine Verurteilung erfolgt sei. Diese in den verschiedensten Zweigen interessierter Partei- und Verwaltungskreise bekannt gewordene Darstellung beeinträchtigt sowohl das Ansehen der Justiz schlechthin als auch die Vorstellung von der Schlagkraft der Justiz in den eingegliederten Ostgebieten insbesondere, weil außerhalb der Justiz die zunächstige ausschließliche Zustän-

69

digkeit des Volksgerichtshofs zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratssachen nicht genügend bekannt ist.

Wir sind nicht darüber unterrichtet, wie weit die vorbezeichnete Darstellung bezüglich der Nichterledigung zutrifft. Soweit die Behandlung der von dem Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin gemäß § 5 Abs. 2 der VO. über die Zuständigkeit der Strafgerichte pp. vom 21. Februar 1940 - RGBl. I.S. 405 - in Verbindung mit der AV. ^{des RJM} vom 7.6.1941 - Deutsche Justiz Seite 683 - an den mitunterzeichneten Generalstaatsanwalt zur Verfolgung abgegebenen Hoch- und Landesverratssachen in Betracht kommt, dürfen wir auf folgendes hinweisen:

Abgegeben sind von Juli 1941 bis heute vom Herrn Oberreichsanwalt die Verfahren bezüglich 235 Beschuldigter. Bezüglich 122 Beschuldigter ist bereits Aburteilung, Anklageerhebung, Einstellung oder Abgabe erfolgt.

Für die weitere beschleunigte Aburteilung hat der mitunterzeichnete Oberlandesgerichtspräsident durch personelle Ergänzung des Strafsenats für Hoch- und Landesverratssachen Sorge getragen. Wenn es künftig nottut, wird unter Zurückstellung weniger wichtiger Aufgaben ein zweiter Senat mit der Aburteilung von Hoch- und Landesverratssachen betraut werden können. Allen mit der Verfolgung und Aburteilung von Hoch- und Landesverrats- sowie sonstigen schweren Verbrechen betrauten Organen haben die Unterzeichneten eingeschärft, daß eine beschleunigte Bearbeitung kriegs- und staatsnotwendig ist.

Mit diesen von uns beabsichtigten und teilweise schon eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen der Schaffung eines "Blitzsondergerichts", das auch verkehrstechnisch mit allem Notwendigen ausgestattet sein müßte, und der jederzeit möglichen Einrichtung eines zweiten Senats für Hoch- und Landesverratssachen in Kattowitz bleiben dennoch nach der Erklärung des Oberregierungsrats Mildner die polizeilichen Exekutionen als Sofortmaßnahmen gegen Hoch- und Landesverräter erforderlich. Daß die deutschfeindliche, hochverräterische Tätigkeit habe in einem derartigen Maße zugenommen, daß schon Vergleiche mit der Lage 1917 und 1918 zulässig seien und die Aktivisten aus der langwierigen gerichtlichen Behandlung der Hoch- und Landesverräter Mut und Antrieb schöpften. Die Lage sei im Bezirk Kattowitz

68

... besonders schwierig, weil unter 3 Millionen
... 1 1/2 Millionen Polen, 150 000 Tschechen und
... zu deren deutschfeindlicher Haltung sich
... Weise in den letzten Monaten mehr und
... Volksdeutsche gesellten. Es müßte mit einer weite-
... Verschlechterung der Lage gerechnet werden, wenn der
... Krieg länger dauere; denn die Polen seien von dem Siege
... der Westmächte und von der Wiederauferstehung ihres
... Staates fanatisch überzeugt und wagten hemmungslos jede
Tat, die nicht die Todesstrafe nach sich zu ziehen scheine.
Die terroristische Tätigkeit der letzten Monate lasse die
Reichsdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten keines-
wegs ungefährdet erscheinen. Der geringste militärische
Rückschlag könne bei dem Anschwellen und der hohen terro-
ristischen Bereitschaft der deutschfeindlichen Organisa-
tionen eine augenblickliche Gefahr mit sich bringen. Das
seien die Gründe dafür, weshalb er, der Leiter der Staats-
polizei, Sofortmaßnahmen auch auf dem Gebiete des Hoch- und
Landesverrats für erforderlich halte. Wenn solche von
richterlicher Seite ergriffen werden könnten, scheine
auch ihm das als die beste Lösung, da die Staatspolizei
ohnehin überlastet sei und unter erheblicher Personal-
knappheit leide.

Nach diesem Vortrag können wir uns des Eindrucks nicht
verschließen, daß die Lage gerade im Hinblick auf das
Überhandnehmen hoch- und landesverräterischer (terro-
ristischer) Tätigkeit seit dem Frühjahr 1941 ernst gewor-
den ist und daß zu deren wirksamer Bekämpfung besondere
Maßnahmen ergriffen werden müssen. Wir haben den Leiter
der Staatspolizei auf unsere mangelnde Zuständigkeit
auf diesem Gebiete hingewiesen, ihn jedoch davon in Kennt-
nis gesetzt, daß wir dem Herrn Reichsminister der Justiz
die Angelegenheit berichten würden.

Angesichts der hohen justizpolitischen Bedeutung
der aufgeworfenen Fragen für den Bezirk des Oberlandes-
gerichts Kattowitz halten wir eine baldige persönliche
Erörterung in Kattowitz für geboten und zwar unter Hinzü-
ziehung des Oberregierungsrats Mildner und gegebenen-

20

falls eines Vertreters des Volksgerichtshofes und des Ober-
reichsanwalts beim Volksgerichtshof.

[Signature]

A. Heimer

f. MRK Bremer

Die im letzten Absatz genannte Befragung
ist wegen. Mangelhaftigkeit der Angaben für
nicht verwertbar. Die Angaben für die
Jahre 1936 u. 37 für die Befragung sind
Befragung ist geringfügig.

Zufolge des Beschlusses des V. 2. Senat No 1
betr. die 540 Befragten des OLG sind 24 Befragte
abgefragt [-] für die Befragung und aufklären für
lassen, falls nicht in dem Befragungsmaterial
des OLG auf diesen Fall bereits behandelt ist.

[Signature] 13/7

f. H. R. Rommel.

Die in bezug der Befragung sind
nach dem in der Befragung?

13/7

71

AA 10 SEP 1939

Der Reichsführer-~~SS~~
und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

S V 7 Nr. 3838/39-501

Bitte in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen und Datum anzugeben.

Erzucht 500 im Jahr 1939
Deutsches Reich
Landkreis 12000

Schnellbrief

AKKORD-RECHENUNG
R 22468
Juli 1939
Ant. Dänemark

Ver. 6125

Auswärtige Amt
z. Hd. von Herrn Vöhringer
rat Seite
im Berlin

Betrifft: Behandlung Reichsdeutscher Ausländer

Reichsdeutsche die Ausländer nicht mehr Ausländer
vom 16.9.1939 ab gilt, Reichsdeutsche wird vordem
die gleichzeitig in der Presse veröffentlichte
Forderung an die Staatsangehörigen Polens und
Ihre, sich zu melden.

Im Auftrag
gez. Dr. Weitz

A

*Adm. Amt
Dr. H. W.
H. W.*



Reichsamt
H. W.

H. W.

H. W.

Dem Reichspräsidenten -
und Ober der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern
S. V. 7 Nr. 3858/39 -501-

Berlin, den 16. September 1939

Dringend!

Personenkreis

an alle Staatspolizei (Teil) Stellen

Betrifft: Vernehmung über die Bekanntheit von Angehörigen

Ich erlaube, die folgende Angelegenheit schriftliche Mitteilung
regelmäßig - Informationsverfahren - bzw. dem Reichsministerium des Innern
von dem Polizeipräsidenten in Berlin - Abteilungs III - dem
Reichsprotokoll in Berlin und München - SD - München und Berlin -
über der Sicherheitspolizei - und dem Oberkommando der
Böhmern und Mähren übermitteln.

Nach einer in der Presse sehr verbreiteten Mitteilung
weiteren Bekanntheit haben sich alle über 15 Jahre alten
Staatsangehörigen Polens und des Irak im Jahre 1939
bei der nächsten Ortspolizeibehörde zu melden. Diese Angehörigen
Volksteutsche sind besonders zahlreich und von Bedeutung.

Alle zwischen dem vollendeten 15. und 65. Lebensjahr
stehenden männlichen Staatsangehörigen Polens, die sich auf
Grund der öffentlichen Aufzeichnung in Polen oder sonst wo
nicht wohnen sind, müssen die Staatspolizei, die zwischen der
polnische Staatsangehörigkeit besitzen haben, sind die polnische
zeitlichen Gewaltsam zu nehmen und in das Internationsregister
Meldung einzuweisen. Auszuweisen von der polnischen Ver-
waltung und Internierung sind:

1. Volksteutsche.
2. Staatsangehörige des Irak.
3. Die Kirchenpolizeibehörden werden einzuweisen, von der
trennung auszuweisen:
 - a) Nationalisten, die in der Reichswehrschicht, in der
von Behörden der Wehrwirtschaftsamt oder im Bereich tätig
sind, wenn sie völlig einwandfrei sind zu ihrer
gen Ausbeurteilung unerschaffen sind.
 - b) einwandfreie Ukrainer.

Die auf Grund des in die Staatspolizei gemeldeten
schweren des Ortes der Sicherheitspolizei - Abteilungs III -

vom 17. 9. 1959 getrockneten Maßstabmischungen gegen nichtallergische Reaktionen
polymere Strukturveränderungen durch chemische Einwirkungen beobachtet.

Die von der Polymerscience in Venedig durchgeführten experimentellen
Untersuchungen Ausländern, mit Ausnahme der Vollständigen,
sind einer regelmäßigen Nachprüfung zu unterwerfen. Es
ist ihnen empfohlen zu werden, dass sie bei Nachprüfung
der ihnen erteilten Auflage nicht länger Inanspruchnahme zu machen
haben."

Im Auftrag:

gez. Dr. B e s t

Am 4. 7. 1945/63 HA Fg. 1M. B19-201-

Abschrift

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4 a 3666/12g /1505/.

Berlin SW 11, den 6. November 1942.

Schnellbrief

GEHEIM!

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Bewandererzentralstelle Posen

Dienststelle Litzmannstadt

Zweigstelle Zamosc

z. Hd. SS-Obersturmbannführer Krumey o.V.i.A.

Litzmannstadt

Betrifft: Evakuierung von Polen im Distrikt Lublin /Zamosc/
zur Platzschaffung für die Ansetzung von Volksdeutschen.

Besug: Fernmündliche Besprechung am 5.11.42.

Anlg.: 1.

Als Anlage übersende ich Abschrift einer Berichtsvorlage an den Reichsführer-SS hinsichtlich der Behandlung der im Distrikt Lublin /Zamosc/ zu evakuierenden Polen mit der Bitte um Kenntnissnahme. Der Reichsführer-SS ist mit der in dieser Vorlage vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

Ich bitte nunmehr, die Aktion nach diesen Gesichtspunkten so vorzunehmen, daß am 15.11.1942 mit der Abwicklung der ersten Transporte nach Berlin und Auschwitz begonnen wird.

Wie mir das Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums mitteilte, stehen die für die Ansetzung im Distrikt Lublin vorgesehenen Volksdeutschen in Litzmannstadt bereit. Es sei Sache des Arbeitsstabes in Lublin, diese Volksdeutschen zum gegebenen Zeitpunkt beim Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums für die Ansetzung anzufordern. Ich weise bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß die bei der Evakuierung im Distrikt Lublin anfallenden polnischen Arbeitskräfte der Wartungsgruppe III zunächst ausschließlich für die Ablösung der in Berlin ansetzenden, in kriegswichtigen Arbeitseinsatz stehenden Juden verwendet werden. Anforderungen von polnischen Arbeitskräften für andere Zwecke bitte ich daher zunächst abzulehnen.

Beglaubigt:
gez. Scholz
Kanzleiangeestellte /Siegel/

Im Auftrage:
gez. Günther

Am 4. 7. 11 45/63 StA Tg. 1h.

Abschrift

1193
BTg-202

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Generalgouvernement
Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen:

26. Okt. 1942. 15.00 Uhr.

Dr. Bln. Nue. Nr. 193 780 26/10.42 14.23 - Wel.

An SS-Ostufaf. K r u m e y, - z. Zt. Lemberg.

B. An SS-Ostufaf. K r u m e y z. Zt. Krakau.

Dringend - sofort vorlegen.

Betrifft: Evakuierung von Polen aus den Distrikten Lublin-Lemberg und Radom.
Bezug: Telefon. Unterredung vom 23.10.42.-

1. Wie ich bereits dem SS-HStuf. H u e t t e, Zweigstelle Zamosc, am 23.10.42 fernmdl. mitgeteilt habe, wurde während der im Wirtschaftsverwaltungs-hauptamt stattgefundenen Besprechung Gelegenheit genommen, SS-O'Gruff, K r u e g e r und SS-Brigf. G l o b o c n i k, die beide anwesend waren, auf die erwähnten Schwierigkeiten hinsichtlich der Übernahme eines Lagers bzw. der Errichtung aufmerksam zu machen. Sowohl SS-O'Gruff, K r u e g e r als auch SS-Brigf. G l o b o c n i k sagten ihre volle Unterstützung zu.
 2. Zur dort. Kenntnismahme wird mitgeteilt, daß beim Reichsverkehrsministerium ab 2.11.42, wöchentlich 2 Transportzüge ab Zamosc nach Berlin /mit je 1000 Polen/ und wöchentlich 3 Züge ab Zamosc nach Auschwitz /mit je 1000 Polen/ beantragt wurden und auch zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte daher, die Arbeiten so einzurichten, daß die Aktion programmäßig Anfang November anlaufen kann.
 3. Die Besprechung, über die wir bereits gesprochen haben, findet am Mittwoch, den 28.10.42 - 10.00 Uhr in hies. Dienstgebäude statt. Eingeladen sind: der Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums R o e m. 3 B - Roem. 4 D 2 - und das Amt Roem. 5 - des RSHA. /Unterbringung der Kinder/. Ich bitte um Teilnahme.
- RSHA - Roem. 4 B 4 - 3666/42 Klein -G-/1505/ I.A. Gez. G u e n t h e r
SS-Stufaf.

Am 4. 7. 1945/63 STA Fy. /n.

1194
BIA-203-

The files concerning this charge are in the possession of the Polish Main National Commission for the Investigation of War Crimes in Poland. Below is a copy of the original German document showing the responsibility of the accused for mass-deportation of Polish civilian population.

"Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle Litzmannstadt
Zweigstelle Z a m o ś ć

G e h e i m !

Arbeitsanweisung für das Polensammellager
Zamość anlässlich der Aussiedlungen
im Kreise Zamość

1. Die Polen werden mittels Treck bzw. LKW dem Sammelager zugeführt.
2. Hier erfolgt die Verteilung der Polen nach folgenden Gesichtspunkten:
 - a/ Die Polen der RuS-Wertungsgruppe I und II werden zur Wiedereindeutschung über das Lager RuS-Außenstelle Litzmannstadt ins Altreich vermittelt.
 - b/ Aus den Familien und Personen der Wertungsgruppe III werden nachdem die für den Kreis Zamość notwendigen Arbeitskräfte herausgezogen worden sind, die Arbeitseinsatzfähigen ausgewählt /ohne arbeitsunfähigen Anhang/ und in Sonderzügen zum Arbeitseinsatz nach Berlin verbracht.
 - c/ Familien, die als gute und beste Wirtschaftler bezeichnet werden, sollen zur Besetzung von "Z"-Höfen zurückgestellt und gesondert werden.
 - d/ Die Arbeitseinsatzunfähigen aus der Wertungsgruppe III sämtliche Kinder bis zu 14 Jahren aus den Wertungsgruppen III und IV sowie alle Personen über 60 Jahre werden mit Sonderttransporten in sogenannte Rentenzentren verbracht.
 - e/ Familien und Personen der RuS-Wertungsgruppe IV werden als Arbeitskräfte nach "Birkenau" überstellt.
3. Die Schleusung der Polen hat in der bisher üblichen Weise zu erfolgen, d.h. sämtliche Polen werden vorerst karteimäßig erfasst. Anschließend müssen sämtliche Ausgesiedelten volkstumsmäßig überprüft werden /Deutschstämmige - Ukrainer usw./. Sämtliche Ausweise der Polen sind zu kontrollieren und mit Stempel "Ausgesiedelt am . . ." usw. zu versehen.
Dann werden die polnischen Familien und Personen mit der fertiggestellten Karteikarte den Eignungsprüfer vorgestellt, damit diese ihre Beurteilung darauf anbringen können. Die Karteikarte mit den Vermerken der Eignungsprüfer muß unter allen Umständen als Zentralkartei sorgfältigst aufbewahrt werden. Aus dieser Zentralkartei wird für jede Sondereinteilung eine eigene Kartei erstellt, d.h. es muß eine eigene Kartei für die Wiedereindeutschungsfähigen, für die zum Arbeitseinsatz in das Altreich verbrachten, für die Rentenzentren

für die getrennten Kinder, für den Arbeitseinsatz im Generalgouvernement sowie für die nach Birkenau verbrachten Polen erstellt werden. Zur klaren Unterscheidung für die einzelnen Karteien erhalten die Karteikarten der Nebenkarteien einen Stempel mit untenangeführten Buchstaben. Gleichzeitig wird auf der Zentralkartei in der betreffenden Spalte bzw. Zeile der Verbleib jeder einzelnen Person oder Familie wie folgt gekennzeichnet:

WE	-	Wiedereindeutschungsfähig
AA	-	Arbeitseinsatz Altreich
RD	-	Rentendörfer
Ki	-	Kinderaktion
AG	-	Arbeitseinsatz Generalgouvernement
KL	-	Lager Birkenau

Nachdem die Polen karteimäßig erfaßt, von RuS rassisch und dem Arbeitsamt betreffend Überprüfung der Arbeitseinsatzfähigkeit geschleust worden sind, werden in einem besonderen Raum die Polen der Wertung entsprechenden verteilt, also z.B.

2 Personen sind	AA
1	AG
3	Ki

Für jede dieser Gruppen sind deshalb entsprechend der anfallenden Anzahl gesonderte Baracken bereitzuhalten, um durch entsprechende Absperrung ein Vermischen der einmal getrennten Personen zu vermeiden.

4. Um die Polen bei der Trennung der Kinder von den Eltern usw. zu beruhigen, muß den Polen, bevor mit der Trennung begonnen wird, die anliegende Erklärung mit der notwendigen Erläuterung in polnischer Sprache bekanntgegeben werden. Evtl. sind Vervielfältigungen herzustellen. Bei der Trennung der Kinder ist besonders dafür zu sorgen, daß für Kleinkinder genügend Betten, Decken, Kinderwäsche usw. mitgegeben werden. Mutter mit Kindern bis zu 6 Monaten dürfen von dem Kleinkind nicht getrennt werden und werden in Rentendörfer verbracht.

5. Für jeden abgehenden Transport, gleichgültig in welcher Aktion, muß eine Transportliste in zweifacher Ausfertigung dem Führer der Begleitmannschaft übergeben werden mit der Weisung, sie an der Bestimmungsstation der zuständigen Stelle zu überreichen. Eine weitere Transportliste verbleibt der Zweigstelle Zamość und muß stets auffindbar abgelegt werden.

Die Transporte für den Arbeitseinsatz nach Berlin und nach Birkenau haben jeweils 1.000 Personen zu umfassen und müssen von einem Begleitkommando 1:15 bewacht werden. Diesen Polen ist für 5 Tage Transportverpflegung mitzugeben. Die Zufanforderung erfolgt wenigstens 5 Tage vorher bei dem RSHA, IV B 4, Berlin, Kurfürstenstraße 115/116 Prf. 259251.

Die zum Arbeitseinsatz in das Altreich bestimmten Personen dürfen an Zahlungsmitteln nur die zugelassene Höchstgrenze, das sind Zl. 20.00 pro Kopf, mit-

nehmen. Diese Grenze überschreitende Zahlungsmittel sollen am besten den im Generalgouvernement verbleibenden Kinder bzw. Verwandten abgetreten werden.

Die Transportmittel nach Litzmannstadt und in die Rentendörfer werden von der Generaldirektion der Ostbahn in Krakau, Reichsbahnrat Richer, Krakau, Alejko-
platz Zimmer 149 a, auf Anforderung zur Verfügung gestellt. Transportbegleitung ist in entsprechenden Stärken aufzugeben. Transportverpflegung ist entsprechend mitzugeben. Für die Belange der Polen selbst sind Transportlateste mit Waggon
altesten zu ernennen. Die Verpflegung in den Lagern erfolgt nach den für die im Generalgouvernement für Polen geltenden Gesichtspunkten, d.h. die Polen dürfen als Verpflegung nicht mehr erhalten, als ihnen von der Regierung im G.G. an Lebensmitteln zugestanden wird.

6. Die Arbeit muß täglich in einer zahlenmäßigen Aufstellung verglichen und abgeschlossen werden /Zahlblätter/, d.h. die Summe der Personen in den einzelnen Nebenkarteien und zwar WE, AA, KL, RD, Ki, Ag muß mit der Personenzahl der Zentralkartei übereinstimmen. Die Berufe - und Altersaufstellung wird in Litzmannstadt erstellt werden, wohin spätestens nach 48 Stunden je ein Doppel der Zentralkartei der Nebenkarteien sowie der täglichen Zahlblätter abzusenden sind. Die Führung eines Journales ist notwendig.

Zamós', den 21.XI.1942.

/Sgd/ Krumej
SS-Obersturmbannführer.

Ludwigshafen, Freundlich "Verschiedenes"

MS 791

Bia

18

42

-204-

Der Reichsführer-
Personlicher Stab

Verb.Nr. 39/1118/13 d. 20/30

Feld-Kommandantur, Nr. 15. 1943.

- 1.) An den Chef des F-Hauptamtes
- 2.) " " " der Sicherungspolizei und des SS
- 3.) " " " der Ordnungspolizei
- 4.) " " " des F-Führungshauptamtes.

Im Auftrage des Reichsführers-
Abteilung eines Vermerks über den Vortrag des Reichsführer-
Leits Führer am 17.6.1941 auf dem Oberrheinberg, betr. ~~den Kampf~~
und Sicherungsablage mit der Bitte um Kenntnisnahme und um
zeitigen Verbleib.

1.00

F-Obersturabteilungsführer.

0

0

4

3

NS 19/

224

43

Abschrift.

Der Reichsführer-

SS/Bn. 39/144/43

Feld-Kommandostelle, den 18.6.1943.

Vortrag beim Führer am 13.6.1943
auf dem Obersalzberg"Bandenkampf und Sicherheitslage".

Bezüglich der Bandenverhältnisse im Generalgouvernement, in der Oberkain und in Russland habe ich dem Führer das Fernschreiben des Reichskommissars Seydewitz - Langhans vom 18.6., des Reichsstatthalters Dr. Kainar vom 17.6., das Fernschreiben des Generalgouverneurs Frank vom 18.6., sowie den in diesem Fernschreiben bekämpften Befehl vom 11.6.1943, sowie die Bandenlage im Generalgouvernement entsprechend der Karte vom 11.6.1943 vorgelegt. Ich habe dem Führer berichtet, daß die Gefahr besteht, daß ich persönlich bzw. die W und Polizei für die schwierige Bandenlage, die durch das Abziehen aller Kräfte an die Front im Winter 41/42 und 42/43 entstand, verantwortlich gemacht werden. Ich habe andernteils geltend gemacht, daß ich die feste Überzeugung habe, daß bei einem weiteren Überverfügungstehen der heute unter meinem Befehl vorhandenen Kräfte, einmal P-Kavallerie-Division, W-Brigade I, der im Kampf stehenden Polizei-Regimenter, sowie der mir jetzt zur Verfügung gestellten Polizei-Bataillone der Sicherungs-Divisionen und nach Wiederzurverfügungstellung des Polizei-Regimentes "Griese" in Marseille und des Gebirgs-Polizei-Regiments "Frank", daß ich für die Oberkain brauche, bis Ende des Jahres mit einer sicher sehr starken Herabminderung der Bandenaktivität, wenn nicht sogar in manchen Teilen mit einer völligen Befriedung rechnen ist.

Der Führer antwortete im einzelnen wie folgt:

1. Der Bandenkampf ist die Angelegenheit des Reichsführer-, der W und Polizei.

0

0

4

4

NS 191

2

2

4

16

444

- 2 -

247

2. Er bestätigte in klarster Form die Tatsache, daß der $\frac{1}{2}$ und Polizei, nachdem ihr die Kräfte weggenommen worden sind, aus dem Anwachsen der Bandengefahr nicht der geringste Vorwurf zu machen ist.

3. Er versprach, erneut nachzuprüfen, ob er die beiden Polizei-Regimenter "Franz" und "Griese" aus Finnland und aus Marseille uns zurückgeben könne.

4. Meinen Befehl vom 11.6.1943 hielt er voll und ganz für richtig, und beauftragte mich, dem Generalgouverneur mitzuteilen, daß dieser Befehl seine volle Billigung finde und es bei diesem Befehl bleibt.

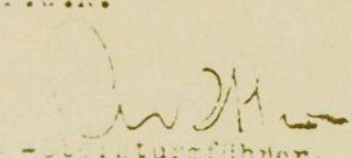
5. Der Führer sprach auf meinen Vortrag in der Judenfrage hin aus, daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3 bis 4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müßte.

6. Der Führer sprach klar aus, daß die Bandenbekämpfung und die Fragen der Sicherung auch im Generalgouvernement einzig und allein Angelegenheit und Aufgaben des Reichsführer- $\frac{1}{2}$ wären.

7. Der Führer lehnte jede Aufstellung von polnischen Formationen, wie sie im Anschluß an die Katyn-Propaganda von mancher deutscher Seite angeregt und gefordert wurden, kategorisch ab. Die Aufstellung galizischer Einheiten von Angehörigen des weißruthenisch-galizischen Volkes, das 150 Jahre zu Österreich gehört hatte, sei eine völlig andere Sache.

gez. H. Himmler

F.F.R.


- Stellvertreterführer.

MA 682 Nr. 258-259, Anstand für Zeitgedichte

Der Reichsführer -H
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern.

Berlin, den 28. September 1939.

BTa-205-

O.VuR.Org. P. 21/39.

Schnellbrief

S o f o r t !

=====

An

- die staatlichen Polizeiverwalter a) in Kattowitz -unmittelbar-
u. über das Polizeiamt in Beuthen sowie
über den Chef der Zivilverwaltung in Kattowitz,
b) in Bromberg
über die Polizeidirektion in Schneidemühl und
über den Chef der Zivilverwaltung in Danzig,
c) in Thorn,
über die Polizeidirektion in Schneidemühl und
über den Chef der Zivilverwaltung in Danzig
d) in Graudenz,
über den Chef der Zivilverwaltung in Danzig und unmittelbar an
H - Standartenführer M e y e r in Düsseldorf - Pol.Präsidium -
e) in Götenhafen -unmittelbar-
und über den Chef der Zivilverwaltung in D a n z i g,
f) in Posen, -unmittelbar-
und über den Chef der Zivilverwaltung in Posen,
g) in Krakau
über den Chef der Zivilverwaltung in Krakau und unmittelbar an
H - Gruppenführer Z e c h im H Hauptamt in Berlin SW.11
Prinz Albrechtstrasse,
über den Chef d. Zivilverwaltung h) in Łódź,
l) in Łódź, und unmittelbar an
Herrn Polizeipräsidenten Beckerle in Frankfurt/Main
i) in Warschau
über den Chef der Zivilverwaltung in Spala und unmittelbar an
Herrn Polizeipräsidenten C l a a s s e n in Münster/Westf.

Wie

641

~~28~~

258

Wie mir bekannt geworden ist, sollen die sicherheitspolizeilichen Kräfte im besetzten Gebiet zur Aufklärung der vielen Verbrechen der letzten Zeit bei einzelnen staatlichen Polizeiverwaltungen nicht ausreichen.

Wenn nach Ihrer Auffassung der kriminalpolizeiliche Einsatz in Ihrem Polizeibezirk unzureichend ist, ersuche ich, die zuständige Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei bei Ihrem Chef der Zivilverwaltung hiervon zu benachrichtigen.

Am Montag, dem 2. Oktober 1939, vormittags 10 Uhr findet im Hauptamt Ordnungspolizei in Berlin, Unter den Linden 74, Saal 70, eine Besprechung mit den zu den staatlichen Polizeiverwaltungen des besetzten Gebietes abgeordneten Leitern der Wirtschaftsabteilungen und der Polizeikassen und am Montag, dem 9. Oktober 1939, vormittags 10 Uhr, ebenda eine solche mit sämtlichen staatlichen Polizeiverwaltern des besetzten Gebietes und den Leitern ihrer Präsidialgeschäftsstelle statt.

Ich bitte, für eine rechtzeitige Entsendung der Beamten zu sorgen.

Die vorgesehenen Leiter der Wirtschaftsabteilungen in Graudenz und Gottenhafen sind von mir unmittelbar eingeladen worden.

Zusatz für K r a k a u , L o d z , W a r s c h a u .

Am Sonnabend, dem 7. Oktober 1939, vormittags 9 Uhr, findet beim Ministerialdirigenten B r a c h t im Hauptamt Ordnungspolizei in Berlin, Unter den Linden 74, eine Besprechung statt, zu der Sie erscheinen wollen.

Ausserdem findet am Montag, dem 9. Oktober 1939, vormittags 10 Uhr im Hauptamt Ordnungspolizei in Berlin, Unter den Linden 74, Saal 70, eine Besprechung mit den staatlichen Polizeiverwaltern des besetzten Gebietes und den Leitern ihrer Präsidialgeschäftsstelle statt, an der ich Sie bitte, ebenfalls teilzunehmen.

Im Auftrage

gez. B r a c h t .

B e g l a u b i g t :

Verwaltungsssekretär.



Chief of the Order Police
beim Reichsführer-SS
Eing. 4 OKT. 1939
31. 641 / 39. Ugn. *Th*

5. f. 22 P. 12
5/10
7/10

059

MP 682 Nr. 290-299, Justizrat für Zivilenstand
Sicherheitspolizei
Einsatzkommando 2
Gruppe 6

Krakau, den 22. September 1939.

Tgb.-Nr. Abt. II. 156/39

B.T. a 206

Vertraulich wurde mitgeteilt, dass in dem Keller des Hauses Zamkowastrasse 21 und in dem ihm gegenüber liegendem Hause ein grosser Bestand von Wertgegenständen, wie Pelze, Silber pp. von geflüchteten reichen Juden versteckt worden ist.

Es wird vorgeschlagen, den Keller des oben angeführten Hauses zu überholen und die Wertgegenstände sicherzustellen.

[Handwritten Signature]

Krim.-Obersekretär.

Krakau, den 23. September 39.

B e r i c h t

zur vorstehenden Meldung.

Bei den Ermittlungen im Hause Zamkowastrasse 21 wurde festgestellt, dass bei der dortigen Hauswirtin Witwe Lina H e u k o r n, geb. Haller, geb. 25.3.85 in Königshütte, ein grösseres Tuch- und Wollager vorhanden war. Es handelt sich um sechszehn in Sackkleinen eingenähte Anzugstoffballen pp., die in der Wohnung der Witwe H e u k o r n lagern. Weiter befinden sich in ihrem Kellerraum dreizehn bis fünfzehn grössere zugenagelte Kisten, in denen sich angeblich Wolle befinden soll. Eigentümer dieser Waren sind die Juden:

1. Sigmund B a l d i n g e r, geb. im Oktober

292

2. Josef B a l d i n g e r, geb. 6.7.1913,

3. J. H u p e r t.

Sämtliche vorstehend benannten Juden sind vor dem 1.9.39 mit ihrer Ware von ihrem Wohnort Bielitz nach Krakau geflüchtet und haben die Waren bei ihren Verwandten Lina H e u k o r n untergebracht. Josef B a l d i n g e r soll nach Lemberg geflüchtet sein, während Sigmund B a l d i n g e r und J. H u p e r t sich vor einiger Zeit wieder nach Bielitz begeben haben, um angeblich ein Transportmittel zu beschaffen, womit die Sachen wieder nach Bielitz geschafft werden sollen.

Die in der Wohnung und im Keller der H e u k o r n lagernde Waren wurden sichergestellt. Zur Fortschaffung sämtlicher Sachen ist ein grösserer Lastkraftwagen erforderlich.

Die H e u k o r n wurde verständigt, beim Erscheinen der Gebr. B a l d i n g e r bzw. des J. H u p e r t ^{hierfür} hierher zu schicken.

Gebr. B a l d i n g e r hatten in Bielitz, Allejac-Sulkowska 21, ein Tuchwarengroßgeschäft. Die Geschäftsbezeichnung des H u p e r t in Bielitz ist nicht bekannt.

In der vorstehenden Meldung ist weiter zum Ausdruck gebracht, dass auch in dem gegenüber liegenden Hause, Zamkowastrasse 12, Wertgegenstände pp. lagern sollen. Es wurde festgestellt, dass in dem betr. Hause ärmliche Familien ~~bezw.~~ Witwen wohnen. Unter diesen Einwohnern befinden sich keine Juden. Soweit die Mieter anzutreffen waren, wurden deren Räumlichkeiten durchsucht. Die Durchsuchungen waren ohne Erfolg. Von dem glaubwürdigen Kaufmann Johann S e y o n s, Zamkowastr. 20, wurden uns die Hinweise gegeben, dass bei der H e u k o r n Waren abgeladen seien. *Delong*

293

Jedoch hat er niemals wahrgenommen, dass in das Haus,
Zamkowastr. 22, Sachen geschafft sind. S e y o n s hält
dieses auch für ausgeschlossen.

W. Dep.
Kriminalsekretäre.

1. Reg. Abt. II zur Eintragung.

2. Dem Leiter der Abt. II,
SS-Hptstfhr. Dr. M e y e r,
zur geill. Kenntnis erwie und weiteren Entscheidung
vorgelegt.

Kr., d. 23.9.39

J. Schubert

Krim.-Obersekr.

N a c h t r a g

Bei der nochmaligen Nachprüfung der sich regelten Ballen
bezw. Kisten in Hause Zamkowastr. 21, wurde festgestellt, dass in
den Ballen Sommerzeugstoffe eingekant sind. In den einzelnen Bal-
len befinden sich 7 bis 8 Stück, von je ca. 7 - 15 m.
Uniformstoffe sind nicht darunter. Die im Keller lagernden Kisten
enthalten Wollspindel zur Anfertigung von Tuchen. Die drei vor-
stehend genannten Juden waren Pächter einiger Webstühle in Bielitz.

H. W.
Krim.- Sekretar.

294

Sicherheitspolizei
Einsatzkommando 2/I

Krakau, den 28. September 1939.
Pomorska 2

Tgb.-Nr. Abt. II 156/39.

An

den Chef der Zivilverwaltung

in K r a k a u.

Betr.: Beschlagnahmte Waren in Krakau von geflüchteten
Juden aus Bielitz.

Vorg.: Ohne.

Anl.: Eine.

Nach dem anliegenden Bericht wurden am 23.9.
1939 von der Sicherheitspolizei in der Wohnung und im
Keller der Jüdin Lina H e u k o r n, Krakau, Zamkowa 21,
sechszehn in Sackleinen eingenähte Anzugstoffballen und
ca. dreizehn grössere Kisten mit Wollspindeln beschlag-
nahmt.

Sämtliche Waren sind von den in dem Bericht na-
mentlich genannten Juden, die vor dem 1.9.39 von Bielitz
nach Krakau flüchteten, dort untergestellt. Der jetzige
Aufenthalt dieser Juden ist nicht bekannt. Angeblich
sollen sie sich inzwischen wieder nach Bielitz begeben
haben, um die Rückschaffung der Sachen zu veranlassen.

Es wird um Nachricht gebeten, ob die beschlagnahm-
ten Stoffe bzw. Wollspindeln von dort zu weiteren Ver-
wendung übernommen werden. Bei Abholung der Waren bitte
ich, vorher mit der Sicherheitspolizei in Verbindung zu
treten, da die Räumlichkeiten versiegelt wurden und die
Schlüssel sich hier in Verwahrung befinden.

Gef. der Zivilverwaltung
Befehl Nr. 156/39
Empf. 2 OKT. 1939
0578
JL. 156/39. Bgm.

1 *[Signature]*
[Signature]

291

1) Schreiben an den
Herrn Stadtkommandanten ^{offener} von Krakau,
zuhanden des Herrn Oberbürgermeisters Z ö r n e r .

Betrifft: Beschlagnahme Anzugsstoffballen in Krakau
von geflüchteten Juden aus Bielitz.

Anlage: 1 Vorgang

Nach Mitteilung der Sicherheitspolizei Einsatz -
kommando 2/I in Krakau wurden in der Wohnung und im Keller
der Jüdin Lina HEUKORN , Krakau, Zamkowa 21, 16 in
Sackkleinen eingenähte Anzugsstoffballen und etwa 13 grössere
Kisten mit Wollspindeln beschlagnahmt.

Ich bitte, die beschlagnahmten Waren zu Grosshandels-
preisen an einem verlässlichen Wiederverkäufer auszuhandigen
und diesem gleichzeitig eine angemessene Verdienstspanne -
20 - 25 % - festzusetzen.

Der angegebene Geldbetrag ist der Sicherheitspolizei anzugeben.

2) Kanzlei füge auf den Durchschlag des Schreibens zu 1)
hieszu:

An die Sicherheitspolizei,
Einsatzkommando 2/I

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom
28.9.1939 , Tgb.-Nr. Abt.II 156/39 mit der Bitte um
Kenntnisnahme.

3) Herrn Oberregierungsrat Schulte-Wissermann zur
Mitzeichnung.

4) z.d.A.

Der Chef der Zivilverwaltung

[Handwritten signature]

578/39	5/10
--------	------

*R 4
10
5/10*

290

MA 782 G82 Nr. 797/798, *Instanz für Zügel durch*
Chef der Sicherheitspolizei
B.Nr. PP (II) 148 139

Berlin, den 30.9.1939

BT a - 207-

S c h n e l l b r i e f
=====

- 1) an die Chefs der Zivilverwaltung,
- 2) nachrichtlich

an die Chefs aller Einsatzgruppen der
Sicherheitspolizei (einschliesslich
des Führers des Einsatzkommandos 16
D a n z i g),

Geheimes Staatspolizeiamt, II E,

an das Reichsarbeitsministerium,

an das Reichswirtschaftsministerium,
z.Hd. des Herrn Staatssekretärs Dr. Landfried.

[Von verschiedenen Seiten wurde gemeldet, dass vorwiegend
halbwüchsige polnische Elemente in den besetzten Gebieten ein
besonders provozierendes Benehmen an den Tag legen.

Der Reichsführer # und Chef der Deutschen Polizei hat
daher angeordnet, dass solche Elemente in Arbeitskolonnen zu-
sammengefasst werden, die unter strengster Beaufsichtigung
die Arbeit des von der Wehrmacht eingesetzten Reichsarbeits -
dienstes unterstützen und im weitgehendsten Maße zu Auf -

797

räumungsarbeiten usw. herangezogen werden.

Jch gebe hiervon Kenntnis mit der Bitte um weitere
Veranlassung.

Die Chefs der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei
in den besetzten Gebieten haben gleiche Mitteilung erhalten.]

gez. H e y d r i c h.



Beglaubigt:

Helldorn
Pol. Kzl. Sekr.

Chief der Polizei
bei der Reichsregierung
Eing. 9 OKT. 1939
Zl. 784 / 39. Dign. *D*

784.

I. zu möglichst bald befrist. Dummert:

(-)

5. 7.

20/10.
Gunn

22. 10. 22
ziff. 8
16

784/39

798

Verf.

I. Funkpruch:

ab
Berlin, den 19. Oktober 1939.

An den
SD-Führer bei der Einsatzgruppe IV
H-Obersturmbannführer Ehrlinger.

Aus dienstlichen Gründen wird gebeten, nach dem Verbleib folgender Personen Nachforschungen anzustellen:

Josef Kaznelson, 42 Jahre, Direktor der Nationalen Versicherungs Ass~~ur~~ance

seiner Frau Zlata, 39 Jahre alt, letzte Adresse: Hotel Bruhlowski, Fredery Strasse 12, ständiger Wohnort:

Otwock bei Warschau bei Astrachan Zerowskiego 22,

Gegebenenfalls kann Dr. Anastasy Landau nähere Auskunft erteilen.

Um baldige Hergabe des Nachforschungsergebnisses wird gebeten.

28.
II. Wiedervorlage am 26. 10. 39.

III. Zu den Akten von Ritgen.

I / II.
R 19/5

946

NSDAP Sicherheits-Dienst

Br.

Nachrichten-Übermittlung

Ausstelle

Aufgenommen				Beantwortet				Raum für Eingangsstempel
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
4.	NOV.	1939	1649					<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 0 auto; width: 150px;"> SD-Hauptamt 132966 - NOV. 1939 <i>111</i> </div>
von	durch			an	durch			
Jer.								
1636				Verzögerungsvermerk				
Nr. 6884								
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch								

E.-Gr. IV Nr 545.

Reichssicherheitshauptamt

z.H.v. Sturmbannführer R a u f f

my Rink

Betr.: dt. PT Nr 2636 vom 19.10.

[Es handelt sich nicht um Koznelson sondern um K o z n e l s o n.

K.u. seine Frau sind Palästenenser und engl. Staatsangehörige. Als Versicherungsdirektor ist er im internationalen Bräuheddr. Buch nicht angegeben. K. und seine Gesellschaft in Warschauer Versicherungskreisen unbekannt. K. wohnte nicht in Otwock, nur seine Frau als Erholungsaufenthalt in der Pension Liebernann, Otwock, Zetonskigo 22. Anschliessend wohnten beide im Hotel Beullewski Warschau. Hotel vollkommen zerstört. Beide vermutlich nach Palästina zurückgekehrt, da vorher entsprechende Ausserungen in Otwock. Ten jüd. Arzt Landau Warschau, Zorowin 42, Anton Koznelson angeblich vollkommen unbekannt.

Es wird weiter gefahndet.]

Der Führer der E.-Gruppe IV
i.V. gez. E h r l i n g e r
Obersturnbannführer.

Reg. II am: 6. NOV. 39.
Nr 6484 an: 1.1.11

945

R. F. 44

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen				Befördert				Raum für Eingangsstempel	
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit		
von			durch	an			durch		
1610 Nr. 6824				19. Okt. 1939 an EIV durch 72				<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> BSM Nr. 2636 </div>	
				Verzögerungsvermerk					
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch									

Berlin, den 19. Oktober 1939.

An den

SD-Führer bei der Einsatzgruppe IV

4-Obersturmbannführer Ehrlinger.

Aus dienstlichen Gründen wird gebeten, nach dem Verbleib folgender Personen Nachforschungen anzustellen:

Josef Kaznelson, 42 Jahre, Direktor der Nationalen Versicherungs Ass~~urance~~ ^{Wz}

seiner Frau Zlata, 39 Jahre alt, letzte Adresse: Hotel Bruhlowski, Fredery Strasse 12; ständiger Wohnort:

Otwock bei Warschau bei Astrachau Zerowskiego 22,

Gegebenenfalls kann Dr. Anastazy Landau nähere Auskunft erteilen.

Um baldige Hergabe des Nachforschungsergebnisses wird gebeten.

I. A.

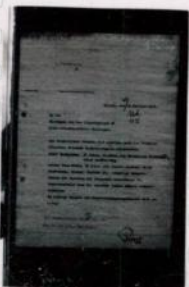
Ranz

4-Sturmbannführer.

656

AGFA L AGEPE FF

602



Das Landgericht.

Bromberg, den 22. Nov. 1939.

G e h e i m.

An

den Herrn Leiter
der Geheimen Staatspolizei

in Bromberg.

Der ehem. polnische Landrichter Jacob Sala aus Bromberg wurde am Sonnabend, den 18. Nov. 1939 von einem Ihrer Beamten zu einer Vernehmung weggeholt. Er ist bisher nicht zurückgekehrt. Hier war er lediglich aushilfsweise zu Informationszwecken tätig.

Es wird hiermit angefragt, ob noch mit einer Rückkunft des Sala zu rechnen ist.

Ich bitte, die Antwort auch unter "Geheim" zu erteilen.

Landgerichtsdirektor.

11.1 für den Gefangen
2.1 H. 1 M. (unbekannt)

Bra 22.11.39

0196

52

N. 3 g

Geh. Staatspolizei
Staatspolizeistelle Bromberg

Akt.-Nr. 11 C.- 459/39. g.

Bromberg, den 12.12.39.

~~G e h e i m~~

8
4. Dez. 1939

An das Landgericht

B r o m b e r g.

Betrifft: Landrichter Jacob S a l a aus Bromberg.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 22.11.39.

Beilagen: ./.

Mit einer Rückkehr des Richters Jacob S a l a ist
nicht mehr zu rechnen, da derselbe bereits evakuiert ist.

l. A.

gez. L e h m a n n

V.
1) Gef. f. m.
2) Z. s. Gef. m. a. l. l. m.
14.12.39

hw

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte.

Nr 48

0197

57

II 112

Hg/Pi

9.5.39

GEHEIME REICHSSACHE !!

Petr.: Verbindungen nach Polen

1. V e r m e r k :

II 112 hatte am 7.5. eine Besprechung mit SS-U' Stuf. Augsburg ueber Verbindungsmoeglichkeiten nach Polen. II 112 wies darauf hin, daB es darauf ankomme, in Polen Personen zu kennen, die genaue Auskuenfte zu einer vollstaendigen Erfassung des Judentums im Polen geben koennen.

SS-U' Stuf. Augsburg wies darauf hin, daB ihm als geeignetste Mann der Leiter des "Deutschen Volksverbandes in Polen", Wolff, erscheine, der ihm persoenlich bekannt ist, und fuer den er sich persoenlich verbuergt. Wolff habe in den letzten Jahren aus einer Organisation von 35 000 Mitgliedern eine solche mit 350 000 trotz dauernder Beobachtung durch die polnische Geheimpolizei aufgebaut. Die Mitglieder sind absolut verlaesslich und verfuegen ueber alle Unterlagen, die benoetigt werden im Falle eines Einmarsches. Wolff

B4 Hoffen-

BTa-210-

2.) Der Zentralstelle sind von saemtlichen Hauptabteilungen laufend die einschlaegigen Vorgaenge zur Kenntniss und eventuellen Verwertung zuzuleiten.

Die Zentralstelle fuehrt eine zentrale Kartei nach regionalen (Bezirke und Orte) und personellen (Personen, Personen-Verbaende, Institute) Gesichtspunkten. Da diese Kartei einem eventuellen Einsatzkommando zur Verfuegung gestellt werden muss, richten die Polen-Sachbearbeiter der einzelnen Hauptabteilungen ihrerseits fuer ihren Arbeitsbereich eine entsprechende Kartei ein, die auch im Falle eines Einsatzes bei den Hauptabteilungen bzw. einer im SD-Hauptamt bestehenden Zentralstelle verbleibt.

Fuer das Ost-Institut (Wenasee) uebernimmt die Aufgaben eines Polen-Sachbearbeiters und Verbindungsfueh_{rs} zur

Zentralstelle II P des SD-Hauptamtes, SS-Untersturmfuehrer A u g s -
t u r g.

Bla 2M

bei der Sicherheitspolizei und des SD

Umwandererzentralstelle Posen
Dienststelle Litzmannstadt

Litzmannstadt, den 1. Juni 1944

- I B -10¹⁹ -

) An das

Reichssicherheitshauptamt
- Ref. I A 4 c -

i n B e r l i n

Betrifft: Aufhebung der Abordnung des W-Untersturmführers Hein-
rich K i n n a zur Umwandererzentralstelle.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: 2.

W-Untersturmführer Heinrich Kinna wurde Anfang März 1942 vom Reichssicherheitshauptamt, Amt III B, (siehe beiliegen-
de Abschriften) zur hiesigen Dienststelle abkommandiert. Im Zuge
der Aktion des Generals von Unruh wurde W-Untersturmführer Kinna
am 27.4.1943 zum aktiven Dienst bei der Waffen-SS einberufen.

Ich bitte, die Abordnung des W-Untersturmführers Hein-
rich Kinna zur Umwandererzentralstelle aufzuheben.

Wiedervorlage 1.7.

Abschrift des Fs.-Erlasses v.
5.3.42 - III B 1 - Nr.37849 -
und Abschrift des Erl.v.31.3.42
- I A 4 -

I. V.

Pol.-Oberinspektor

Heime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Nachrichten-Uebermittlung

19 42

Entnommen Monat Jahr 18.3.1944	Raum für Eingangsstempel		Befördert			
	Der Chef des Sicherheitsdienstes Hermann Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda 18.3.44		Zeit	Tag	Monat	Jahr
durch [Signature]	18.3.44 44		an _____ durch _____			
Nr. 3073	Telegramm — Funkspruch Fernschreiben Fernspruch		Verzögerungsvermerk			

+++ BERLIN NUE NR . 23897 18.3.44 1145 = LIE =
 AN DEN BDS IN OSLO ,
 DIE KRIPOLEITSTELLE IN HANNOVER ,
 DIE UWZ . IN L I T Z M A N N S T A D T ,
 NACHRICHTLICH : DEM IDS IN BRAUNSCHWEIG . =
 DIE MIT ERlass VOM 11.7.1942 - ROEM . 1 A 1
 L . D NR . 4071/42 - VERFUEGTE ABORDNUNG DES
 SS - OBERSTUF . LUDWIG W I T T H I N R I C H ,
 UWZ . LITZMANNSTADT , ZUM BDS OSLO WIRD AUS
 GESUNDHEITLICHEN GRUENDEN MIT WIRKUNG VOM 1.4.44
 AUFGEHOBEN . -
 ALS ERSATZ WIRD MIT WIRKUNG VOM GLEICHEN TAGE DER
 SS - OBERSTUF . KRIM . OB . ASS . P I E T S C H ,
 KRIPOLEITSTELLE HANNOVER , BIS AUF WEITERES ZUM BDS
 OSLO ABGEORDNET . -
 P . IST ALS KOMMANDANT FUEH DAS POLIZEIGEFAENGNISSLAGER
 TROMSOE VORGESEHEN . -
 AUF BEF . BL . S . 282 UND 354/42 WIRD
 HINGEWIESEN . -
 EINKLEIDUNG UNTER VORLAGE DER REICHSKLEIDERKARTE IN
 BERLIN - NEUKOELLN , JAEGERSTR . 1-2 -
 MARSCHWEG UEBER G U E S T R O W , AB DORT
 WEHRMACHTSTRANSPORT . -

ZUSATZ FUER OSLO : ZUM BERICHT VOM 25.1.44 -
TGB . NR . ROEM . 1 A 1 - 0558/43 -
DER DIENSTANTRITT IST ZU MELDEN .-

ZUSATZ FUER BRAUNSCHWEIG : ZUM FS - BERICHT VOM
25.2.44 - NR . ROEM . 1 A 5 R / PH .-

RSA ROEM . 1 A 1 K L . D -

I . A . GEZ . GOTTWALD , SS - STUBAF

ler Chef der Sicherheit
und des SD
I A 1 d Nr. 4071/

In der Antwort vorstehendes Gefährlich
anzugeben.

An

die Umwanderer
in Litzen
den Befehlshaber
und des SD
in Oslo .

rich
wohnhaft
nung zum
rufen un
Unter Au
den Chef
fortiger
und des S

Di
hälthis)
Sicherheit

Zu
W
gers vorg

142

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
I A 1 d Nr. 4071/42

Bla 913
12
Berlin SW 11, den 11. Juli 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

19 42

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben.

Schnellbrief

Der Chef der Sicherheitspolizei u. des SD. Umwandererzentralstelle Wosen Dienststelle Litzmannstadt		
Eing. 147 42	Nr.	Sachbearbeiter

An

die Umwandererzentralstelle
in Litzmannstadt

den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

in Oslo.

Der 4-Obersturmführer (ndv.) Ludwig W i t t h i n
r i c h , geb. am 6. 11. 1890, in Guben, Pestalozzistr. 16
wohnhaft, ist am 30.3.1940 auf Grund der Notdienstverord-
nung zum Dienst in den bewaffneten Einheiten der 4 einbe-
rufen und später der UWZ Litzmannstadt zugewiesen worden.
Unter Aufrechterhaltung seiner Notdienstverpflichtung für
den Chef der Sicherheitspolizei wird Witthinrich mit so-
fortiger Wirkung dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD in Oslo zur Dienstleistung zugewiesen.

Die Vergütung (Notdienst ohne Beschäftigungsver-
hältnis) übernimmt ab 1.8.1942 der Befehlshaber der
Sicherheitspolizei und des SD in Oslo.

Zusatz für Oslo:

Witthinrich ist als Kommandant eines Häftlingsla-
gers vorgesehen. Der Dienstantritt ist mir anzuzeigen.

Im Auftrage:
gez. S c h u l z .



Beglaubigt:
Witthinrich
Büroangestellte.

BTa 214 3A

Litzmannstadt

25. Februar 1941

I/O.Ha./Ti.

An den
Führer des SS-Abschnitts XXXXIII

L i t z m a n n s t a d t

Betr.: SS-Angehöriger des Standortes Litzmannstadt
Bezug: Standortbefehl Nr.24, vom 14.2.41
Anl.: Ohne

Name: W i t t h i n r i c h

Vorname: Ludwig

SS-Nr.: 155 192

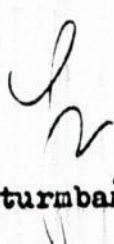
Geburtsdatum: am 6. November 1890

Dienstgrad: SS-Untersturmführer

Heimatinheit: 5/27. SS-Standarte

Beschäftigt bei : Chef der Sicherheitspolizei und des SD,
Umwandererzentralstelle Posen, Dienst-
stelle Litzmannstadt.

Wohnhaft in Litzmannstadt: Hermann Göring-Str.56


SS-Obersturmbannführer

Litzmannstadt 02,
Abhofach

22. Februar 1943

37a 215, 58

St./n. 1/5 1876/43

An den
H-Oberabschnitt S u d
M ü n c h e n

Betr.: H-Sturmabführer Kaspar Schwarzhuber,
H-Nr. 10098.
Anlg.: Ohne.

Es wird gebeten, den H-Sturmabführer Schwarzhuber,
H-Nr. 10098

zum H-Obersturmbannführer
zur Beförderung vorzuschlagen.


Begründung:

H-Sturmabführer Schwarzhuber, Träger des Goldenen
Ehrenzeichens der NSDAP und des Blutordens, ist seit
dem 14.11.1939 zur Dienstleistung zum Chef der
Sicherheitspolizei und des SD, Umwandererzentralstelle,
kommandiert.

Er hat im Warthegau zunächst aktiv an den Polenaus-
siedlungen teilgenommen, hat dann später die Errich-
tung von Polensammellagern erstmalig durchgeführt und
ist jetzt als Inspektor sämtlicher Polenlager der UWZ
eingesetzt.

Ab April 1941 wurde Schw. auf Grund seiner gründlichen
Kenntnisse der Umsiedlungsvorgänge und der Errichtung
von Lagern zur Einrichtung von Umwandererzentralstel-
len nach der Untersteiermark abgeordnet, wo er inner-
halb eines Jahres seine Aufgaben erfüllte.

Das Verhalten und Auftreten des Schw. ist das eines
gefestigten Nationalsozialisten, der die Beförderung
zum H-Obersturmbannführer verdient.


H-Obersturmbannführer

BTa 216

40

Heime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Litzmannstadt
Nachrichten-Uebermittlung

Eingekommen Tag Monat Jahr durch <i>Gr.</i>	Raum für Eingangsstempel	Befördert			
		Zeit	Tag	Monat	Jahr
		an _____ durch _____			
		Verzögerungsvermerk			
Nr. 3799	Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch				

DR. STL. POSEN NR. 5035 8.4.41. 1245 = KEL -
AN DIE STAPOSTELLE LITZMANNSTADT -
MIT DER BITTE UM S O F O R T I G E WEITERLEITUNG AN
DIE UWZ-ZENTRALSTELLE LITZMANNSTADT. - -
BETRIFFT: ABORDNUNG VON SS-FUEHERN. - -
VOM RSHA- BERLIN GEHT FOLGENDES FS. EIN:
" NACH EINER MIT SS-STUBAF. E I C H M A N N UND
SS- STUBAF. H O E P P N E R HEUTE DURCHGEFUEHRTEN
BESPRECHUNG WERDEN FUER EINEN SONDERAUFTRAG DRINGEND
2 SS-FUEHER DER UMWANDERERZENTRALSTELLE LITZMANNSTADT
RENOETIGT. NACH GRUNDSAETZLICHER ENTSCHEIDUNG DES CHEFS
DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD. UEBER DEN
SONDERAUFTRAG WIRD ERSUCHT, UMGEHEND DEN SS- STUBAF.
S C H W A R Z H U B E R UND DEN ZUR UWZ. KOMMANDIERTEN
SS- U. STUF. S E I D E L NACH GRAZ IN MARSCH ZU
SETZEN. DIESELBE N HABEN SICH DORT BEIM SD-ABSCHNITT
GRAZ, SS- STANDARTENFUEHER L U R K E R , GRAZ,
LECHGASSE 52, ZU MELDEN. " - -
ICH BITTE, DIE BEIDEN SS-FUEHER SOFORT IN MARSCH
ZU SETZEN. - -

DER INSP. DER SIPO. U. D. SD. POSEN
- GEZ. D A M Z O G +

zu B 7a 216-

r./Ti.Tgb.Nr
1/0.11.1/

der Sicherheitspolizei und des SD
Sondererzentralstelle Posen
Dienststelle Litzmannstadt

Litzmannstadt, den 18. April 1941 84

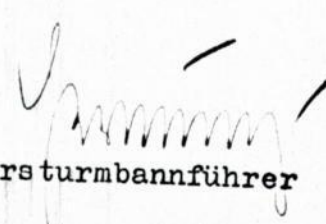
/Ti.Tgb.Nr. 3243/41

vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

In den
SS-Sturmbannführer S c h w a r z h u b e r
am H a u s e

Betr.: Ihre Abkommandierung zur vorübergehenden Dienstleistung
zum SD-Abschnitt G r a z
Bezug: Fernschreiben, Insp.d.Sipo.u.d.SD, Posen Nr.5035, v.8.4.41

Sie werden auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes B e r l i n
zur vorübergehenden Dienstleistung zum SD - Abschnitt G r a z
abkommandiert.


SS-Obersturmbannführer

B 217

Inspekteur

- 2 -

Posen,

27. März 1941.

H8/Schr.

W-Obersturmbannführer Krume

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

W-Obersturmbannführer Hermann Krume, 38.9-St. Posn.
W-Obersturmbannführer Max Andritsch, W-Abt. XII
W-Obersturmbannführer Reinhold Hohl, Führerreferent
W-Obersturmbannführer Hermann Münzner, OAB/Sturm
An das W-Obersturmbannführer Herbert Otto, W-Oberabschnitt Südwest
Reichssicherheitshauptamt III B
z.Hd. W-Obersturmbannführer Dr. E h l i o h
W-Obersturmbannführer Richard Charabais, W-49 W-St.
B-Organisation. Führer Walter Vogel, 46. W-Standard
W-Obersturmbannführer Ludwig Wittenrich, Z.b.V. 5/27

Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD, Posen, teilt mir mit, daß das W-Personalhauptamt über das SD-Hauptamt eine Beförderung des W-Sturmbannführer S c h w a r z h u b e r zum W-Obersturmbannführer abgelehnt hat, da Schwarzhuber bis jetzt noch nicht mit der Waffe gedient habe.

Sturmbannführer Schwarzhuber ist hauptamtlicher W-Führer beim W-Oberabschnitt Süd. Er ist im November 1939 durch Einberufungsbefehl (W-Brigadeführer B e r g e r) nach Posen abgeordnet worden und ist hier seit dieser Zeit bei der Aussiedlung der Polen tätig. Er ist z.Zt. Inspekteur der sämtlichen Litzmannstädter Lager, außerdem Vertreter von W-Obersturmbannführer K r u m e y in Litzmannstadt.

Ich bitte um Mitteilung, ob ich auf Grund dieser Verfügung Sturmbannführer Schwarzhuber zur freiwilligen Meldung an die Wehrmacht bzw. Waffenfreigabe kann. Bejahendenfalls bitte ich um Abordnung eines anderen W-Führers. Ich darf dazu gleichzeitig mitteilen, daß selbstverständlich außer W-Sturmbannführer Schwarzhuber auch die übrigen Führer der Allgemeinen W, es handelt sich dabei um:

- 2 -

74

W-Obersturmbannführer Hermann Krume, 88.W-St.Bremen,
W-Obersturmführer Max Andritzke, W-Abschn.XII
W-Untersturmführer Reinhold Hahn, Fürsorgereferent
W-Hauptsturmführer Hermann Münzner, OAE/Stammsturm
W-Untersturmführer Herbert Otto, RFW-W-Oberabschnitt
Südwest
W-Untersturmführer Hermann Püschel, Führer II/84
W-Hauptsturmführer Richard Skarabis, FI/49 W-St.
W-Untersturmführer Walter Vogel, 46. W-Standarte
W-Untersturmführer Ludwig Witthinrich, Z.b.V. 5/27

nach einer Freigabe von Schwarzhuber den Wunsch äußern werden, gleichfalls zum Waffendienst freigestellt zu werden. Die W-Führer haben im Übrigen wiederholt um ihre Freigabe gebeten, die bisher abgelehnt wurde.

Ich darf bitten, diese Frage zur grundsätzlichen Klärung C vorzulegen.

In diesem Zusammenhang darf ich nochmals bitten, daß Sie, wie Sie am 8. Januar in Berlin W-Standartenführer D a m z o g und mir mitteilten, die Frage aufrollen, ob der Dienst bei der UNZ. in den Wehrpaß eingetragen werden kann. Vielleicht wäre eine rückwirkende Zuteilung zur W-Kompanie Bernau möglich.

I.V.

W-Sturmbannführer.

Der Höhere SS- und Polizeiführer

Posen, den 11.11.39

P o s e n .

G E H E I M !

Betrifft: Ansiedlung von Balten- und Wolhyniendeutschen
und Evakuierung von Polen und Juden.

- 1.) Der Reichsführer-SS hat mich zum Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums für den Bereich des Reichsgaues "Warthe-Land" ernannt.
- 2.) Zur Durchführung der mir gestellten Aufgaben habe ich nachfolgende Stäbe gebildet :
 - a) Stab für die örtliche und berufliche Unterbringung der Balten- und Wolhyniendeutschen.
Leiter: Reichsamtseiter Dr. Derichsweiler
Vertreter : Reichsamtseiter Weber
Dienststelle : Posen, Reichsring 5, II
 - b) Stab für die Evakuierung und Abtransport der Polen und Juden in das Generalgouvernement.
Leiter: SS-Sturmabführer Rapp
Dienststelle: Posen, Ritterstr. 21, II.
- 3.) Die an der Durchführung der vorstehenden Aufgaben mitbeteiligten Dienststellen der Partei und des Staates werden von den Leitern der vorstehenden Stäbe, soweit noch nicht geschehn, gebeten, einen geeigneten Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.
- 4.) Der Reichsführer-SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums erwartet von allen in Frage kommenden Dienststellen, dass sie der grossen geschichtlichen Aufgabe der Festigung des Deutschtums im Reichsgau "Warthe-Land" ihr dringend notwendiges Interesse entgegenbringen und den von mir eingesetzten Stäben jede nur mögliche und denkbare Unterstützung gewähren.

Der Höhere SS- und Polizeiführer
gez. K o p p e

F.d.R.:

(-) podpis nieczytelny

Oberltn.d.Sch.P.

SS- Gruppenführer

Ruf 22-56

F. Des

Gegründet 1886

Sicherheitspolizei und des SD

Umwandererzentralstelle Posen

Umwandererzentralstelle Litzmannstadt

10. Oktober

40 - Fernschreiber 128421

Staatssicherheit

7. OKT 1942

A. 1

V.i.A.

bersturm-

3.9.1942 teile

1. Komman-

zum Befehls-

Zentralamt für

Mähren, Dienst

Umwandererzen-

amt, als aufge-

ststelle von

erung des

en und über

heitshauptamt

n.

e r

Litzmannstadt C 2, den 18. September 1942
Abholfach.

B Ta 219

148

1.) An das

Hpf. 26.9.42

He.

Reichssicherheitshauptamt

- Referat IV B 4 -

B e r l i n SW - 11


Prinz-Albrecht-Str. 8

Betr.: Aufhebung der Abordnung des ~~W~~-Obersturmführers
Herbert O t t o zur Umwandererzentralstelle.

Der ~~W~~-Obersturmführer Herbert O t t o ist seit Errich-
tung der Umwandererzentralstelle bei dieser Dienststelle einge-
setzt. Er ist seit Juni 1942 zur Zentralstelle für jüdische
Auswanderung-Prag abgeordnet worden. ~~W~~-Obersturmführer Otto
wird zur Umwandererzentralstelle nicht mehr zurückkehren, sodaß
die Aufhebung der Abordnung zur Umwandererzentralstelle erfor-
derlich wird.

Ich bitte daher, einen entsprechenden Erlaß zu übersenden.
Die Heimatdienststelle würde ich von hier aus in Kenntnis setzen,
damit die Gehaltsbezüge von seiner jetzigen Dienststelle angefor-
dert werden können.

2.) Wvl. 5.11.


- Obersturmbannführer.

Bia 249

NS 26

Name : *Otto*
Vorname : *Herbert*
Dienstgrad : *SS-Wstuf.*
Heimatsdienststelle : *Sicherheitsdienst RF SS*
Geb.Dt. : *9. 10. 01.*
Geb.Ort : *Breslau*
Rel.Bekanntnis : *SS.*
Staatsangehörigkeit : *Deutsch*
Erlornter Beruf : *Waffenmann*
Jetziger Beruf : *Waffenmann*
Ledig, verheiratet seit : *ledig*
Anzahl der Kinder : *keine*
Jetzige Wohnungsanschrift : *Bohmisches Linien 10*
Letzte Beförderung am : *21. April 1939*

Otto
.....
Unterschrift.

September 1942

Zweitabschrift.

Bla 220

141

I. d. M.

Reichsstatthalter im Warthegau
Leiter der Treuhandstelle Posen)
Sh.Nr.A III 680/42 Dr.T/Koe.

Posen, den 1.Sept.1942

ie Stellung
olgt. Veran
mögenswerte

über den
g der Staat
zuführen und
h z.berio

er
.-Insp.

An den
Höheren + und Polizeiführer
z.Hdn.v. -Obergruppenführer Koppe

P o s e n
Fritz-Reuter-Str.2a

Betr.: Ehemaligen jüdischen Besitz.

Ich bringe Ihnen folgenden Sachverhalt, den mir mein Kreisvertrauensmann aus Leslau berichtet, zur Kenntnis mit der Bitte zu erwägen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die abhandgekommenen Vermögenswerte meiner Dienststelle, die für die Verwertung dieser Objekte zuständig ist, zur Verfügung zu stellen:

Nach der Umsiedlung der Juden aus Lubranek (Krs.Leslau) durch die J wurden aus der Wohnung des Juden B u c h in der Hermann-Göring-Str.über 350 Paar langschäftige Stiefel, sowie mehrere Ballen Leder mit Lastkraftwagen abtransportiert. Die Waren gehörten einem polnischen Ledergroßhändler, der bis zu seiner Evakuierung das Haus bewohnt hat. Nach ihm hatte dort zunächst eine jüdische Schuhhändlerin und dann der Jude Buch gewohnt.

Am 27.oder 28.Mai 1942 erschien wiederum ein Kommando der J auf dem gleichen Grundstück und nahm erneut größere Mengen Leder, Stiefel und Schuhe (Herren- und Kinderhalbschuhe sowie Damenschuhe) und verschiedene Koffer, deren Inhalt unbekannt ist, mit.

Mitte Juni 1942 erschien erneut die J in Lubranek mit einem Lastkraftwagen und holte aus dem gleichen Grundstück Schuhe, Stiefel usw., auch dieses Mal in großen Mengen, ab. Der zuständige Amtskommissar teilte diesen Sachverhalt dem Kreisvertrauensmann mit. Er führte bei dieser Gelegenheit Klage über den erheblichen Mangel an Schuhwaren in seinem Amtsbezirk.

Die Evakuierung der Juden soll übrigens damals unter Leitung des J-Hauptsturmführers O t t o durchgeführt worden sein.

Ivh bemerke zu diesem Sachverhalt, daß der Reichsstatthalter im Zuge der Auflösung des Ghettos in verschiedenen Städten und der Überführung der Juden in das Ghetto in Litzmannstadt durch Erlaß vom 12.3.42 die Mitnahme der von den Juden für ihre Arbeit benötigten Maschinen und Handwerkszeuge in das Ghetto angeordnet hatte. Gegen diese Anordnung bestanden vom Standpunkt der HTO aus keine Bedenken, da die im Ghetto befindlichen Gegenstände in meiner Zuständigkeit verblieben.

./.

Bei den obenbezeichneten Gegenständen handelte es sich um ausgesprochene Handelsware, auf die sich der erwähnte laß des Reichsstatthalters zweifellos nicht bezog. Es fehlte daher an einer Rechtsgrundlage für die nach dem Bericht meines Kreisvertrauensmannes durch die W getretenen Maßnahmen.

Ich hatte zunächst den Sachverhalt dem Festigungskommissar als derjenigen Dienststelle, mit der ich laufend zusammenarbeite, mitgeteilt. Der Festigungskommissar stellt fest, daß der W-Arbeitsstab als die ihm unterstellte Stelle an der Evakuierung der Juden aus Lubranek unbeteiligt gewesen und somit für die fraglichen Vorfälle nicht verantwortlich sei. Der Festigungskommissar betrachtet daher die Angelegenheit für ihn als erledigt.

Als Leiter derjenigen Dienststelle, die das ehemals polische und jüdische gewerbliche Vermögen zu betreuen hat, ich meiner vorgesetzten Dienststelle sowie auch dem Rechnungshof des Deutschen Reiches über abhandengekommene Vermögenswerte, die der Zuständigkeit meiner Dienststelle unterlagen, Rechenschaft schuldig. Ich kann daher von einer Weiterverfolgung der oben geschilderten Angelegenheit nicht absehen. Aus diesem Grunde sah ich mich veranlaßt, den Vorgang nunmehr Ihnen zu Kenntnis zu bringen.

gez. Unterschrift.

Der Höhere W- und Polizeiführer
beim Reichsstatthalter in Posen
im Wehrkreis XXI
Tgb.-Nr. 2705/42

Posen, den 12. Sept.

An den
Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD
im Hause

zur Kenntnisnahme übersandt. Ich bitte Sie im Auftrage des Obergruppenführers, die Angelegenheit einer Nachprüfung zu unterziehen.

I. A. gez. Unterschrift
Hauptm. d. Sch. d. R.

SS-Obergruppenführer

An

SS-Obergruppenführer

K r u g

An

L i t W-Obergruppenführer

L i t

Adolf

Betrifft

Bezug:

BRUNZI

Im April

in Kul

W-Sonder

Am 24.

Leslau,

ist, er

brucht.

nommen.

Platz

nichts

Koffer

straße

Ich erk

geschic

irgend

Beglaub

W-Obergruppenführer

SS-Obersturmführer
Herbert Otto.

BTa 221
z.Zt. Prag - IV, den 18. Sept. 42.
Hotel Savoy. Keplerstrasse 6

Persönlich !
=====

An

SS-Obersturmbannführer
K r u m e y .

L i t z m a n n s t a d t .
=====
Adolf Hitlerstrasse 133.

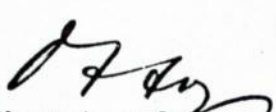
Betrifft: Ehemaliger jüdischer Besitz.

Bezug: dortg. Schreiben v. 15.9.42. Persönlich.

Im April 1942 führte ich die Transportabteilung des SS-Sonderkommandos in Kulmhof.

Am 24. April 1942 holte ich 72 Juden aus Lubranek Kreis Leslau ab. Diese Juden waren, soviel mir noch erinnerlich ist, entweder in einer Kirche oder einer Schule untergebracht. Von diesem Platz wurden die Juden von mir übernommen. Mit der Zusammentreibung der Juden nach diesem Platz habe ich nichts zu tun gehabt. Mithin ist mir auch nichts bekannt von einer grösseren Menge von Stiefeln, Koffer und Leder, so wie von dem Grundstück Hermann Göringstrasse oder dem Juden Buch.

Ich erkläre an Eides statt, dass ich weder mit der Schuhgeschichte selbst in Verbindung zu bringen bin, noch mir irgend etwas darüber bekannt ist.


SS-Obersturmführer.

Posen, den 26. September

Litzmannstadt C2
Abhofach

21. September 1942
Der Inspektor
Der Sicherheitspolizei und des SD
Litzmannstadt C2

/En.I/B Tgb.-Nr. 9048/42

An den
Inspektor der Sicherheitspolizei und des SD
H-Oberführer D a m z o g
P o s e n

Betr.: Ehemaliger jüdischer Besitz.
Vorg.: Dort, Schreiben 1472/42 M8/Sa vom 14.9.1942.
Anl.: 1. Die in der Anlage 1 aufgeführten Gegenstände sind als jüdischer Besitz in der Wohnung des H-Oberführers Otto, der z.Zt. nach Prag, zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ernannt ist, zur Kenntnisnahme.
Beiliegend: 2. Die in der Anlage 2 aufgeführten Gegenstände sind als jüdischer Besitz in der Wohnung des H-Oberführers Otto, der z.Zt. nach Prag, zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ernannt ist, zur Kenntnisnahme.

H-Obersturmbannführer

Der Inspekteur
der Sicherheitspolizei und des SD
Tgb.-Nr. 1472/42 M8/We.

Posen, den 26. September 1942

Urschriftlich g.R.

der Umwandererzentralstelle Posen
Dienststelle Litzmannstadt
z.Hd.v. W-Obersturmbannführer Krumey
Litzmannstadt

zurückgereicht.

Eine Klärung der Angelegenheit ist durch die Stellung
des W-Obersturmbannführers Otto keineswegs erfolgt. Ver-
sicherlich für den Verbleib der betreffenden Vermögenswerte
jüdischen Besitz ist und bleibt die UWZ.

Ich ersuche daher, eingehende Ermittlungen über den
Verbleib, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der Staat-
sicherheitspolizei- oder Kriminalpolizei durchzuführen und
das Ergebnis baldmöglichst ausführlich zu berichten.

gez. Damzog W-Oberführer
Beglaubigt: Sagel Pol.-Insp.

W-Obersturmbannführer

Ich darf bitten, die zuständige Stelle, das ist das
Sonderkommando, mit den notwendigen Ermittlungen zu
beauftragten.

W-Obersturmbannführer

31a-222-

Höhere SS- und Polizeiführer
P o s e n.

Posen, den 12.11.1939.

GEHEIM!

Betrifft: Abschiebung von Juden und Polen aus dem Reichsgau
"Warthe-Land".

- 1) Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angeordnet, dass aus dem ehemals polnischen Gebieten, die nunmehr zum Reich gehören,

- a) alle Juden und
- b) alle diejenigen Polen abgeschoben werden, die entweder zur Intelligenz gehören oder aber auf Grund ihrer nationalpolnischen Einstellung eine Gefahr für die Durchsetzung und Festigung des Deutschtums darstellen können. Kriminelle Elemente sind diesen gleichzustellen.

Ziel der Abschiebung ist :

- a) die Säuberung und Sicherung der neuen deutschen Gebiete,
- b) die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen.

Diesen Zielen muss die Evakuierungsaktion unbedingt entsprechen, grundsätzlich ohne Rücksicht auf alle Belange sonstiger Art.

Auf Grund einer Besprechung beim Generalgouverneur in Krakau erstreckt sich der Abtransport aus den "Werthegau" für die Zeit vom 15.11.1939 bis 28.2.1940 auf zunächst 200 000 Polen und 100 000 Juden.

Als Unterbringungsraum für die von hier aus Abgeschobenen sind die Bereiche südlich Warschau und Lublin bestimmt.

Es sind im Rahmen dieser Erstaktion abzuschieben aus den Landkreisen alle Juden, ausserdem aus den kleinsten Kreisen mindestens 2 000 Polen, aus den grösseren eine entsprechend höhere Zahl. Die nachfolgenden kreisfreien Städte haben zur Abschiebung bereitzustellen:

Posen :	etwa	35 000 Polen und alle Juden
Lodz :	"	30 000 Polen und etwa 30 000 Juden
Gnesen :	"	2 300 Polen und alle Juden
Hohensalza :	"	2 300 Polen und alle Juden

Die bei den kreisfreien Städten und Landkreisen für die Abschiebung von Polen und Juden in Aussicht genommenen Kontingente kommen innerhalb des unter Ziffer 2) genannten Zeitpunktes zum Abtransport. Mit den vorbereitenden Massnahmen ist umgehend zu beginnen. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass die Zahl der Abgeschobenen vorläufig grösser ist als die Zahl der umzusiedelnden Volksdeutschen aus dem Baltikum, Generalgouvernement und Wolhynien.

Die Säuberung und Sicherung des Bereiches ist mit allen Konsequenzen erst dann erreicht, wenn die geistig führende Schicht, die gesamte Intelligenz sowie alle politischen und kriminellen Elemente entfernt sind. Alle bewusst polnisch fühlenden Personen sind gleichfalls abzuschieben. Bei der Intelligenz braucht der Tatbestand der politischen oder deutschfeindlichen Betätigung nicht gegeben zu sein. Darüberhinaus muss der Gesichtspunkt der Schaffung von Wohn- und Arbeitsplätzen für die einwandernden Reichs- und Volksdeutschen in jeder Hinsicht berücksichtigt werden.

Bei der Feststellung der politisch gefährlichen Personen und Personengruppen sind alle in Betracht kommenden Anhaltspunkte mit zu bewerten. So unter anderem die Zugehörigkeit zu nationalen polnischen Verbänden, zu den politischen Parteien aller Richtungen, zu den politischen katholischen Geistlichen- und Laienkreisen usw. Für die berufliche Unterbringung der Volksdeutschen ist es dringend erforderlich, dass eine ausreichende Zahl von handwerklichen Betrieben und von Geschäften frei gemacht wird. Arbeiter der Faust, kleine Angestellte und Beamte, die nicht als bewusste Nationalpolen anzusehen oder kriminell vorbestraft sind, bleiben von der Evakuierung ausgeschlossen, da sie als Arbeitskräfte dringend benötigt werden. Die Landräte geben mir bis zum 18.11.1939 unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Grundsätze die Zahlen der aus ihren Bereichen abzuschiebenden bekannt.

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte überreichen mir bis zum gleichen Zeitpunkt ihre Stellungnahme zu den in Ziffer 4) in etwa genannten Zahlen. Die Festsetzung der endgültigen Kontingente der Abzuschiebenden erfolgt nach Eingang der Meldungen.

Gleichzeitig bitte ich um Herreichung einer Übersicht nach folgenden Gesichtspunkten :

I. Die Einwohnerzahlen der betreffenden Kreise, untergeteilt nach :

- a) Volksdeutschen
- b) Juden und
- c) Polen.

Die Erfassung der Polen ist wieder unterzuteilen nach Alteingesessenen und seit 1920 Zugewanderten.

II. Die politische Struktur der Kreise. Dabei ist auszugehen von der früheren und derzeitigen politischen Lage und besonders einzugehen auf die Mitgliederzahlen der nationalen politischen Verbände und der politischen Parteien der verschiedenen Richtungen.

III. Die wirtschaftliche und soziale Struktur der Kreise.

Dabei sind zu berücksichtigen die Berufsgruppen, Besitzverhältnisse und die Zahl der Mittelschüler, Gymnasiasten und Studenten.

Als Stichtag für die zahlenmässige Erfassung ist der 1.9.39 zu wählen.

Der Abtransport wird nach Möglichkeit so vor sich gehen, dass kreisweise die vollständige Abschiebung durchgeführt wird. Die Beförderung findet ausschliesslich durch Reichsbahn statt. Die bereitgestellten Züge fassen 900 bis 1 000 Personen.

Der Tag des Abtransportes mit den genauen Abfahrtszeiten wird rechtzeitig vorher mitgeteilt werden.

Für jeden Zug ist eine Begleitmannschaft in Stärke von etwa 6 Polizeibeamten und 30 Selbstschutzleuten zu stellen. Für die ausreichende Bewaffnung der Selbstschutzleute haben die örtlichen Polizeiorgane Sorge zu tragen.

Angestrebt wird, dass die Abschiebungsaktion in den Kreisen einige Tage vor der Einweisung der Baltendeutschen beginnt.

Die Leiter der Stäbe für die örtliche und berufliche Unterbringung der Volksdeutschen und für die Evakuierung der Juden und Polen erstatten mir über die einschlägigen Möglichkeiten umgehend Bericht.

Soweit die von den Polen zu räumenden Wohnungen nicht oder erst später von Baltendeutschen besetzt werden können, ist dafür Sorge zu tragen, dass sie ausreichend gesichert werden.

Ruf 22-56

Gegründet 1886

Ich halte es für zweckmässig, dass die Oberbürgermeister und Landräte Abstell-Lager für die abzuschiebenden Polen einrichten, um von dort aus den pünktlichen Abtransport mit den Zügen zu gewährleisten. Dabei darf sich jedoch die Unterbringung in einem solchen Lager nur auf ganz kurze Zeit erstrecken.

Die abzuschiebenden Polen und Juden dürfen mitnehmen :

- a) Verpflegung für die Zeit ihres Aufenthaltes im Abstell-Lager und die Zeit des Bahntransportes,
- b) einen Koffer mit den dringend notwendigen Kleidungs - und Ausrüstungsgegenständen,
- c) Bargeld ausschliesslich in polnischer Währung bis zur Höhe von 200 Zl. pro Kopf. Die Mitnahme von Wertpapieren, Devisen, Edelmetallen, Schmuckstücken und Kunstgegenständen ist verboten.

Bei Juden ist das Mitnehmen aller Gegenstände erheblich einzuschränken. Der Barbetrag darf bei ihnen 50 Zl. pro Kopf nicht überschreiten.

Die Sicherstellung derjenigen Barbeträge, Aussenstände und Bankkonten, die die für die Mitnahme genehmigten Summen übersteigen, erfolgt durch Überweisung der Oberbürgermeister und Landräte auf das Hinterlegungskonto " Zur Verfügung des Reichsstatthalters" bei der Bank für Handel und Gewerbe Posen.

Um zu vermeiden, dass durch die Abschiebung von Angehörigen lebenswichtiger Berufsgruppen Mißstände für die verbleibende Bevölkerung entstehen, werden die Oberbürgermeister und Landräte angehalten, alle erforderlichen Ersatzmassnahmen rechtzeitig zu treffen. Aufnahme der Verbindung zu den Präsidenten der Industrie- und Handels- und Handwerkskammer ist geboten.

Jede Evakuierung von Polen ist individuell vorzubereiten ; wahllose Massenräumungen von Stadtvierteln oder Strassenzügen haben zu unterbleiben, da dadurch auch ungefährliche Polen betroffen werden, die als Arbeitskräfte nicht zu entbehren sind.

Verantwortliche Träger der Evakuierungsmassnahmen sind für ihren Bereich die Oberbürgermeister und Landräte. Sämtliche Dienststellen der Partei und des Staates sind angehalten, für die Durchführung der vom Führer gestellten historischen Aufgabe jede notwendige Unterstützung und Mitarbeit zu leisten.

Ruf 22-56

Gegründet 1886

Ich betone in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass alle Kräfte, die den Oberbürgermeistern und Landräten durch die von mir gebildeten Stäbe für die örtliche und berufliche Unterbringung der Volksdeutschen und für die Abschiebung der Polen und Juden gegebenen - falls zur Verfügung gestellt werden, nur als Führer-Gehilfen anzusehen sind. Die Verantwortung liegt ausschliesslich bei den Trägern der befohlenen Massnahmen.

Ich halte es für erforderlich, dass die Oberebürgermeister und Landräte entsprechend der Regelung für die Unterbringung der Balten und sonstigen Volksdeutschen auch für die Evakuierung einen besonderen Arbeitsstab bilden, dem alle beteiligten Dienststellen der Partei und des Staates, insbesondere aber die Sicherheitspolizei, entsprechende Mitarbeiter abzustellen haben.

Der Höhere SS- und Polizeiführer

(-) podpis nieczytelny

SS- Gruppenführer

Befehl:

Im Zeichen:

Ruf 22-56

Gegründet 1886

F. Des.

Ludwig Burg, Polen-Ver.
Höhere SS- und Polizeiführer
P o s e n

B 19-223-
Posen, den 22.11.1939

42
Betrifft: Richtlinien über die Durchführung der
Polen und Juden-Evakuierung und deren
Abtransport an die entgeltigen Bestim-
mungsorte.

Bezug: Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers
betr. Abschiebung von Juden und Polen vom
12.11.1939.(G)

Zu Ziffer 2.

Die Reihenfolge der Transporte wird demnächst
bekannt gegeben. Durch die Oberbürgermeister bzw.
Landräte ist für die Eisenbahn Güterwagen ausrei-
chend Lagerstroh zur Verfügung zu stellen. Des-
gleichen Transportverpflegung, für die Kinder
Milch. Vor dem Transport ist den Angewiesenen
eine ausreichende warme Mahlzeit zu verabreichen.

Vorzusehen sind auch Behälter mit Deckel
zur Verrichtung von Bedürfnissen in den Waggons.

Für den Transport vom Lager zum Vorladebahn-
hof empfiehlt es sich, bei weiteren Entfernungen
Fahrzeuge bereit zu halten. In jedem Falle muß
für Ältere Gebrechliche Personen Fahrgeliegenheit
vorgesehen werden. Über den Abgang des Transports
ist fernmündlich Meldung zu erstatten (Telefon:
1994 Posen) unter Angabe der genauen Zeit und
Transportstärke.

Zu Ziffer 7.

Das Begleitkommando unter Führung eines
Offiziers oder eines erfahrenen Polizeimeisters
(SB) ist durch den örtlichen Polizeiführer zu
bestimmen. Unter Umständen kann Verstärkung a.d.D.
angefordert werden.

Über die Angaben des Begleitkommandos und
die zweckmäßige Durchführung des Transports.

Siehe Anlage 1. Transportanweisung.

Das Begleitkommando hat sich selbst zu verpflegen. Dauer bis 5 Tagen. Reisekosten sind unter Umständen vorher zu zahlen.

Ziffer 9.

- a) Die Ausweisung der Personen aus den Wohnungen, ihre Inhaftierung, die Sicherstellung des überzähligen Bargeldes, der Wertsachen, Devisen und sonstige Wertpapiere, hat durch den örtlichen Polizeiführer zu erfolgen. Zur Entlastung der Polizei werden im Bedarfsfalle Ordensjunker oder andere Gehilfen des Organisationsstabes auf Anforderung gestellt.
- b.) Über die sichergestellten Barbeträge, Wertsachen, Devisen und sonstige Wertpapiere ist die Bescheinigung gemäß Anl. 2 auszufüllen und durch den Eigentümer, den Pol. Beamten und einen weiteren Zeugen (Angeh.d. Organisationsstabes, Ordensjunker) zu unterschreiben. An Hand der Bescheinigungen erfolgt die Abgabe des Geldes bei einer Zentralsammelstelle. Diese hat den Empfang ebenfalls auf der Bescheinigung zu quittieren; sie verbleibt bei der Polizei-Dienststelle, welche die Beschlagnahme durchgeführt hat. Den die Räumung durchführenden Polizeibeamten sind Merkblatt und Bescheinigungen (Anlage 2, 3 und 4) mitzugeben. Diese Anlagen sind vorher genau mit den Beamten durchzusprechen.
- c) Kunstgegenstände sind in der Wohnung zu lassen.
- d) Ein verschließen der Behälter (Schränke usw.) und Abziehen der Schlüssel ist zu verhindern. Die Fenster sind zu verschließen, die Haupt-Gas- und Wasserhähne abzustellen.
- e) Lebendes Inventar (Hunde, Katzen, Vögel) sind bei den Nachbarn unterzubringen oder in einschlägigem Institute (Zoo) abzugeben.
- f) Die Wohnungen (Häuser) sind zu verschließen und

SS - und Polizeiführer
P o s e n

Posen, den 22. November 1939

45

Anlage 1

Transportanweisung

Für das Begleitkommando der Evakuierungszüge.

- 1.) Der Transportführer ist für die vollzählige und sichere Ankunft der Ausgewiesenen am endgültigen Bestimmungsort verantwortlich.
- 2.) Der Transport wird durch den Transportführer vom Lagerkommandanten übernommen. Eine Transportliste wird ihm übergeben.
- 3.) Die Begleitung des Transports vom Lager zum Abschiebebahnhof ist durchzuführen. Der transport erfolgt u.U. zu Fuß. Fahrzeuge zum Fortbringen von Kranken usw. sind auszunutzen. Ihre Gestaltung hat durch die Stadt zu erfolgen
- 4.) Für jeden Transport stehen z. Vfg. etwa 32 Wagen, davon 5 Personen Wagen. In jedem Wagen sind unterzubringen etwa 40 Personen. Die Personenwagen sind zur Unterbringung des Begleitkommandos und des Pflegepersonals (Krate, Sanitäter) sowie Älterer und Gebrechlicher bzw. kranker Personen vorgesehen.
- 5.) Der Transport ist im Zuge getrennt nach Personen männlichen und weiblichen Geschlechte unterzubringen. Knaben bis 12 Jahren können bei den Müttern verbleiben.
- 6.) Für den Transportzug ist ein geeigneter Mann als Transportältester zu bestimmen, zweckmäßigerweise im Einvernehmen mit dem Lagerkommandanten. Der Transportälteste bestimmt von sich aus die Wagonältesten; sie sind dem Transportführer für Sicherheit und Ordnung in den Wagen verantwortlich.
- 7.) Das Begleitkommando ist zweckmäßigerweise am Anfang in

Wartbrücken, den 15.12.1939.

der Mitte und an Ende des Zuges unterzubringen. Eine
Räumliche Trennung zwischen Transportierten und Begleit-
kommando ist unter allen Umständen durchzuführen.

- 8.) Bei jedem Halt ist die ausreichende Bewachung sofort
sicherzustellen. Außerstehende sind unter keinen Um-
ständen an den Zug zu lassen.
- 9.) Das Begleitkommando hat dafür Sorge zu tragen, daß die
Schmutzkübel am Bestimmungsort gereinigt, gesammelt und
der absenden Stelle wieder zugestellt werden.
- 10.) Am entgeltigen Bestimmungsort ist der Transport gegen
Empfangsbescheinigung abzuliefern. Sie ist dem Trans-
portbericht, der sofort auf dem Dienstwege dem Höheren
SS- und Polizeiführer einzureichen ist, beizufügen. Die
Transportliste ist an den Empfänger abzugeben.

Der Höhere SS- und Polizeiführer
In Auftrage:

Gen. Rapp
SS-Sturmabteilstführer.

A4 C4 B4

rer SS- und Polizeiführer
P o s e n

Posen, den 22. November 1939.

43

Anlage 3.

Merkblatt

für die Durchführung der Evakuierung von Juden und Polen.

- 1.) Bekanntmachung folgender Personen (Ausweisung) folgt Name und Beschlagnahme der Wohnung einschl. sämtlichen Mobiliars.
 - 2.) Es ~~sollen~~ mitgenommen werden:
 - a) vollständige warme Bekleidung,
 - b) pro Person eine Wolldecke, Steppdecke und dgl. keine Betten,
 - c) Verpflegung für mehrere Tage,
 - d) Ess- und Trinkgeschirr, Bestecke,
 - e) Ausweise Geburtsurkunden usw.
 - 3.) Es können mitgenommen werden:
 - a) pro Person 200 Zloti (kein deutsches Geld) Juden 50 Zloti pro Kopf,
 - b) pro Person ein Koffer mit den dringsten notwendigen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken (Wäsche, Handtücher, Seife usw.)
 - 4.) Es dürfen nicht mitgenommen werden:
 - a) Wertpapiere (Devisen, Sparkassenbücher, Bankkonten usw.)
 - b) Wertsachen, Gold- und Silbersachen von großem Wert, soweit sie nicht Gebrauchsgegenstände sind.
 - 5.) Bei Juden ist die Anzahl der mitzunehmenden Gegenstände erheblich einzuschränken.
 - 6.) Den Personen ist klarzumachen, das an der Tatsache der Ausweisung nichts zu ändern ist, und die Mitnahme der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände im eigenen Interesse liegt.
 - 7.) Lebendes Inventar (Hunde, Katzen, Vögel) darf keinesfalls mitgenommen werden.
 - 8.) Ein Verschließen der Behälter (Schränke usw.) und abziehen der Schlüssel ist zu verhindern.
-

A4 C4 B4

Bla 224

155

A b s c h r i f t .

Kr./En.

Litzmannstadt, den 6. Januar 1942

V e r m e r k .

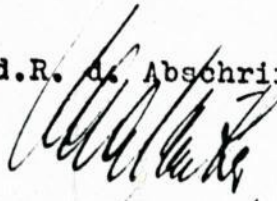
Auf Wunsch des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD, H-Oberführer D a m z o g , sollen soviel H-Führer ,
-Unterführer und -Männer als möglich für das Kommando
Lange von der UWZ abgestellt werden. Zur vorübergehenden
Dienstleistung beim Kommando Lange werden ab 8.1.1942 ab-
geordnet:

H-Obersturmführer	O t t o
$\text{H-Hauptscharführer}$	I s m e r
H-Scharführer	G o e d e
Krim.-Angestellter	G r e b e

Gez.: K r u m e y

$\text{H-Obersturmbannführer}$

F.d.R. d. Abschrift:


Pol.-Oberinspektor

A b s c h r i f t.

Der Inspekteur
der Sicherheitspolizei und des SD

P o s e n

Tgb.Nr.839/41 g. D/Gzl.

Posen, den 18.Dezember
Fritz-Reuter-Straße 2a

4-Oberstur
Herbert O

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle Posen
Dienststelle Litzmannstadt
z.Hd. von 4-Obersturmbannführer K r u m m,
in L i t z m a n n s t a d t

Betrifft: Abstellung von 4-Angehörigen für das Kommando
L a n g e .

Vorgang: Dort. Bericht vom 15.12.1941 - I/5 Kr./En. Tgb.
16595/41-.

Ich habe den 4-Hauptsturmführer Krim.-Kommissar L a n g
von der Abordnung der 3 4-Führer bzw. -Unterführer zu
Kommando unterrichtet. Eine Abordnung der 3 Genannten zu
Verpflichtung nach Posen erübrigt sich; die Verpflichtung
kann durch 4-Hauptsturmführer Krim.Kommissar Lange vor
werden.

Gez.: D a m z o g

F.d.R. d. Abschrift:

Pol.-Oberinspektor

I. Verwalt
II. Person

31a-226-
Höhere SS- und Polizeiführer
Reichsstatthalter in Posen
im Wehrkreis XXI

Posen, den 26. Januar 1940

Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums
für die Umsiedlung der Polen und
Juden

Erfahrungsbericht

über die Umsiedlung von Polen und Juden aus

dem Reichsgau " Wartheland "

I. Die Vorbereitungen.

1. Die Planungsarbeit für die Umsiedlung der Polen und Juden aus dem Warthegau in das Generalgouvernement setzte ein am 10.11.39, nachdem am 7. auf 8.11.39 die entsprechende grundsätzliche Vereinbarung zwischen SS- Obergruppenführer Krüger und SS- Gruppenführer Koppe getroffen worden war. Zu Grunde gelegt war eine Zahl von zunächst 300000 Abzuziehenden, die unter Mitwirkung der Oberbürgermeister und Landräte auf die einzelnen Städte und Landkreise strukturgemäß verteilt wurde.

2. Am 11.11.39 wurde für die Unterbringung der Baltendeutschen und für die Aussiedlung der Polen und Juden beim Höheren SS- Polizeiführer in Posen ein

Sonderstab für die Unterbringung der Baltendeutschen
(Reichsamtsleiter Dr. Derichsweiler) und ein

Sonderstab für die Aussiedlung der Polen und Juden

(SS- Sturmbannführer Rapp, Führer des SD- Leitabschnitts Posen gebildet.

Die Planung fand ihren ersten Niederschlag in einem grundsätzlichen Erlaß vom 12.11.39, welcher an sämtliche beteiligten Dienststellen versandt wurde (Reichsstatthalter, Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister, Landräte, Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei, Polizeipräsidenten und Dienststellen der Wirtschaft)

Dieser Arbeitsplan enthielt im wesentlichen folgende grundsätzliche Anordnungen.

a) Für die Umsiedlung vorgesehener Personenkreis.

Politisch belastete Polen (Angehörige der chauvinistischen politischen Parteien und Verbände).

Juden,

polnische Intelligenz .- soweit sie ihre Stellungen an Deutschen abgeben, dadurch persönlich und beruflich enturzelt und somit notwendig zum Staatsfeind werden mussten.

kriminelle und asoziale Elemente,

nach dem Weltkriege aus den östlichen Gebieten zugewanderte Kongresspolen (in den Westgebieten verhältnismäßig schwach vertreten, Intelligenz mit polnischem Heer geflüchtet, Zurückgebliebene: vorwiegend kleine Handarbeiter).

b) Ziel der Umsiedlung:

Die Säuberung und Sicherung des neuen deutschen Reichsgaues als Voraussetzung für die Festigung deutschen Volkstums und gleichzeitig.

die Schaffung von Unterkunft - und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Balten- und Wolhyniendeutschen. Dabei wurde auf die Bedeutung der Volkszugehörigkeit, die Notwendigkeit der individuellen Überprüfung jedes Einzel-falles und die erforderliche Rücksichtnahme auf unabkömmliche Arbeitskräfte besonders hingewiesen.

c) Die mit der Umsiedlung befassten Dienststellen:

Als verantwortliche Träger der Aktion wurden die OBERbürgermeister und Landräte eingesetzt, da nur sie sämtliche beteiligten Sonderdienststellen (Sicherheits- Ordnungs und Schutz-polizei, Gendarmerie, Volksdeutsche ,Kommissionen, Personenka-taster) örtlich zusammenfassen die technischen Mittel(Über-gangslager , Lebensmittel, Ausrüstung der Züge ,sanitäre Maß-nahmen) zur Verfügung stellen und damit insgesamt einen rei-bungslosen Ablauf der Aktion gewährleisten konnten.

3. Technische Anordnungen ergingen sofort anschließend :

am 16.11.39 Ausführungsbestimmungen über die Erfassung und individuelle Überprüfung der Abzuschiebenden,

am 18.11.39 Ausführungsbestimmungen über die kartei- und transportlistenmäßige Registrierung der Abzu-schiebenden (mit Vordrucken)

am 22.11.39 ein Sonderbefehl über die körperliche Durchsuchung auf Waffen, Wertsachen und überzähliges Geld(mit Vordrucken und Merkblättern)

am 22.11.39 eine Anweisung über Ausrüstung und Durchführung der Transporte,

- am 22.11.39 eine Anweisung über das Verhalten bei der Räumung von Wohnungen,
- am 24.11.39 ein Sonderbefehl über die Heranziehung der jüdischen Ältestenräte bei der Evakuierung von Juden,
- am 25.11.39 eine Sonderanweisung über die Errichtung von Prüfstellen für Zweifelsfälle (Volksdeutsche Kommissionen),
- am 1.12.39 eine Anordnung über die Erstellung von Vermögensverzeichnissen (mit Formularen)
- am 1.12.39 eine Sonderanweisung über die Behandlung geschlechtsskranker Personen,
- am 1.12.39 eine Anordnung über die Zurückstellung der bei der Reichsbahn angestellten Beamten und Arbeiter,
- am 4.12.39 eine Anordnung über die Meldung der Abgangs und Ankunftszeiten im Reichsgau Wartheland und in Generalgouvernement,
- am 7.12.39 eine Anweisung für die Transportführer, zwischendurch eine Reihe von Einzelanweisungen.

4. Ab 20.11.39 führen die SS- Führer der Sonderdienststelle zu allen Regierungspräsidenten, Oberbürgermeistern und Landräten , um sich von den örtlichen Vorbereitungen zu über zeugen und persönliche Anleitungen zu geben.

II. Der erste Nahplan

1. Die Anordnung, daß in der Zeit vom 1. bis 16.XII.1939 80 000 Polen und Juden in das Generalgouvernement abgeschoben werden müssen. lag am 28.11.39 hier vor.

a) Die Verteilung der Kontingente

erfolgte unter Zugrundelegung von Bevölkerungsstrukturforschungen und der Planung für die Baltenansiedlung.

Grundsätzlich erhielt jeder Landkreis mindestens einen Transportzug mit 1000 Personen zugewiesen. Grössere Landkreise und Städte und solche mit einer hohen Zahl jüdischer Einwohner bekamen entsprechend mehr Transportzüge zugeteilt.

b) Der Fahrplan

Ein genauer Fahrplan für die zunächst vom Generalgouvernement bekanntgegebenen Zielbahnhöfe wurde mit der Reichsbahndirektion Posen und über diese mit der Generaldirektion der Ostbahn in Krakau festgelegt.

Ergänzungen erfolgten jeweils nach Bekanntgabe weiterer Zielstationen.

o) Das Anlaufen des ersten Nahplans

48 Stunden nach Bekanntwerden des ersten Nahplans standen 8 Kreisen 11 Transportzüge zur Verfügung. Nachrichtenverbindung zu den Oberbürgermeister und Landräten im Warthegau und dem Höheren SS und Polizeiführer bzw. dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, den Distrikthefts bzw. SS- und Polizeiführern im Generalgouvernement war wegen der Kürze der Fristen nur durch Telefon, Telegramm und Blitz FS möglich. In dieser Weise wurden ständig sämtliche aufgeführten Stellen benachrichtigt.

(Tägliche Berichte an das Reichssicherheitshauptamt).

2. Der erste Nahplan wurde in der vorgeschriebenen Zeit erfüllt. Am 17.12.39 waren 80 Transporte mit insgesamt 87 883 Umsiedlern nach den Generalgouvernement aufgegebenen Zielstationen abgegangen.

b) Schwierigkeiten

- a) Der von der Reichsbahn entworfene Fahrplan konnte von ihr nicht eingehalten werden:

Von den 11 Zügen des ersten Durchgangs kamen erst nach 8 Tagen (nicht nach 4 - wie fahrplanmässig vorgesehen) 5 Züge wieder zurück. Der grössere Rest war durch die Generaldirektion der Ostbahn in Krakau und durch Dienststellen der Wehrmacht ohne vorherige Vereinbarung beim Rücklauf eigenmächtig für eigene Zwecke herausgezogen worden. Die Reichsbahndirektion Posen konnte den jeweiligen Verbleib der Züge nicht feststellen.

Da mit diesen 11 Zügen der Gesamttransport hätte durchgeführt werden sollen, war mit dem ersten Durchlauf bereits der Fahrplan umgeworfen. Der Ersatzgestellung von Zügen standen fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Zuverlässige Zugansagen konnten von der Reichsbahn nicht gegeben werden. Daher konnte die Ankündigung der Transporte an die Abgangsorte jeweils nur kurzfristig gegeben werden. Durch ständige persönliche und fernmündliche Verbindung wurden die Oberbürgermeister und Landräte über die jeweilige Lage unterrichtet.

b) Personelle und technische Mängel bei der Ostbahn:

Aus den Berichten der Transportführer (Anlage 1) geht hervor daß:

die Züge übermäßig auf Bahnhöfen und auf freier Strecke warten mussten,

Wieder umkehren häufig und wiederholt umrangierte wurden, falsch geleitet mussten,

ungeeignete Zielbahnhöfe anliefen,

das Bahnpersonal - fast nur Polen- mangelhaft unterrichtet und uninteressiert war, sogar den Dienst verweigerte bzw. den raschen Ablauf sabotierte.

c) Personelle und technische Mängel sonstiger Behörden im Generalgouvernement:

Gleichfalls den Transportberichten (Anlage 1) ist zu entnehmen daß, ungeeignete Zielbahnhöfe ausgewählt, die örtlichen Behörden nicht benachrichtigt und die vorbereitenden Maßnahmen unzulänglich waren, die Abnahme von Transporten deshalb wiederholt verweigert und im ganzen von den abnehmenden Behörden wenig Verständnis gezeigt wurde.

d) Die zeitweise Störung aller verfügbaren Nachrichtenverbindungen erschwerte häufig vereitelte gelegentlich rechtzeitige Verständigung.

Innerhalb des Warthegaues wurde Abhilfe durch Einrichtung eines motorisierten Kurierdienstes geschaffen.

e) Der Mangel an Personal und an technischen Hilfsmitteln:

brachte bei der Kürze zur Verfügung stehenden Zeit eine Überlastung sämtlicher Dienststellen mit sich. Es fehlte vor allem an reichsdeutschen Mitarbeitern bei sämtlichen beteiligten Dienststellen, an Lagern (durch Wehrmacht belegt), Kraftwagen für die Heranschaffung aus Landorten, Schreibkräften und Schreibmaschinen für die Aufstellung der notwendigen Transportlisten und sonstiger Verzeichnisse, Bewachungsmannschaften, präzisen Personenstandserhebungen u.ä.

f) Der grosse Umfang der zu überwindenden Schwierigkeiten

erklärt sich aus der Vielzahl der bei den Evakuierungsmaßnahmen notwendig beteiligten Stellen:

(die beim Höheren SS - und Polizeiführer geschaffene zentrale Planungs- und Leitstelle, die Landräte als örtliche Träger der Aktion, die Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD als örtliche Erfassungsstellen des für die Evakuierung im Frage kommenden Personenkreises, die Reichsbahn als Transportmittel, Polizei und Selbstschutz als ausführende Organe der

- Evakuierung und als Transportbegleitung)
sowie der Vielzahl der ineinandergreifenden Tätigkeiten:
(politische Vorbereitung der Evakuierung, ihre polizeiliche
Durchführung und schließlich Abschiebung der Evakuierten).

Komplikationen, die in einem Sektor auftraten, wirkten bei der Abhängigkeit aller Stellen von einander unmittelbar auf den Gesamtablauf der Aktion ein.

Schwierigkeiten, die bei dem raschen Ablauf der Aktion und den Hemmnissen der Nachrichtenübermittlung rechtzeitig bekannt geworden sind, wurden abzustellen versucht, soweit es personell und zeitlich irgendwie durchzuführen war.

III. Die Erfassung und Überprüfung der Abzuschiebenden. XX

Der erste Nahplan ging davon aus, daß zunächst diejenigen Elemente des Polentums, die eine unmittelbare Gefahr für das Deutschtum darstellen, abzuschieben sind. Der Inangriffnahme dieser sicherheitspolizeilichen Aufgabe standen die umfassenden Materialsammlungen der SD- und Staatspolizei- Dienststellen zur Verfügung.

a) Es wurden zunächst erfasst

die Angehörigen der führenden chauvinistischen polnischen Parteien und Verbände. (Kurzge Charakterisierung s. Anlage 2)

Aus diesem Personenkreis wurden wieder als erste diejenigen ausgewählt, die auf Grund ihrer geistigen und beruflichen Fähigkeiten Lebensstellungen innehatten, die unmittelbar durch Deutsche (besonders Balten- und Polhyniendeutsche) besetzt werden mussten.

Während die Erfassung dieser Personen umfangreiche Vorarbeiten erforderte, war

b) die Bestimmung der asozialen (schwer Vorbestrafte) judischen und kongresspolnischen Elemente wesentlich einfacher.

Eine positive Auslese wurde - soweit irgend möglich - intensiv vorbereitet durch die Kennzeichnung der Volksdeutschen und die Berücksichtigung lebenswichtiger wirtschaftlicher Belange.

a) Die Begriffsbestimmungen des Stammesdeutschen und Volksdeutschen

wurden - da Reichsanweisungen ausblieben - so festgelegt, daß für Stammesdeutschen die blutmässige Zugehörigkeit und für den Volksdeutschen das Bekenntnis zum Deutschtum während

der letzten 20 Jahre entscheidend war. Hierbei war wieder die Bestimmung des Volksdeutschen verhältnismässig leicht, da unmittelbar mit der Arbeitsaufnahme der SD - Einsatzkommandos an die Sammlung der notwendigen Unterlagen herangegangen worden war. Der Begriff des Bekenntnisses zum Deutschtum wurde ausserordentlich weit gefasst. Es genügte, daß die Familie bewusst deutsch geblieben war, ohne daß verlangt wurde, daß sie sich öffentlich für das Deutschtum eingesetzt, deutschen Organisationen angehört oder ihre Kinder in deutsche Schulen geschickt hatte. Wesentlich schwieriger war die Berücksichtigung der Deutschstämmigkeit bei denjenigen, die nicht gleichzeitig als Volksdeutsche im oben erwähnten Sinne anzusprechen waren, und zwar deshalb,

wahl im heutigen Warthegau gerade die deutschstämmigen Polen die - z.T. führenden - Träger der grosspolnischen, deutschfeindlichen Arbeit waren,

mindestens in der ehemaligen Wojewodschaft Posen fast alle Alteingesessenen im Reich verwandt und verschwägert sind,

die Alteingesessenen in den ehemals deutschen Gebieten von der allgemeinen Wehrpflicht erfasst und auch im Weltkrieg als Frontkämpfer verwendet worden waren,

Fast im ganzen Bereich des Warthegaues die deutsche Sprache beherrscht wird,

Mischehen relativ häufig waren,

eine überaus grosse Anzahl einwandfrei polnischer Elemente sich Bescheinigungen der verschiedensten (unzuständigen) Dienststellen zu verschaffen gewusst hatte, die irgendwie behauptete deutsche Stammes oder Volkszugehörigkeit vorbehaltlos beurkundeten (in Posen - Stadt etwa 40 000 solcher Bescheinigungen bei rund 6 000 anerkannten Volksdeutschen)

Die notwendige Klärung aller Zweifelsfragen wurde zu erreichen versucht durch:

Schaffung einer umfassenden Kartei über die politisch belasteten Personen,

Aufbau eines deutschen Volkskatasters, karteimässige Erfassung der Ukrainer und Russen,

Einrichtung einer umfassenden Rückstellungskartei für wirtschaftliche Unabhängigkeitserklärungen,

~~Heranziehung~~ Heranziehung volksdeutscher Kommissionen für die Überprüfung aller Zweifelsfälle.

Einrichtung einer zentralen und örtlicher Prüfstellen zur Bearbeitung aller Rückstellungs- und Entlassungsgesuche.

Die Erfassungsstelle Posen - Stadt wurde von der Zentralstelle selbst übernommen. Sie wurde ausgebaut zu einer Lehr- und Prüfungszentrale für das gesamte Erfassungswesen. Ehe eine Evakuierungskarte an die Polizeibehörde gegeben wird, läuft sie

- 1) durch die volksdeutsche Kartei
- 2) durch die Rückstellungskartei,
- 3) durch die Ukrainer- und Russenkartei und wird
- 4) einer volksdeutschen Prüfungskommission vorgelegt.

Darüber hinaus werden die Evakuierungskarten noch verglichen mit der Transportkartei (herausgezogen aus den Transportlisten der früheren Transporte).

Eine positive Auslese auf rassepolitischer Grundlage konnte bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und wegen des Mangels an Fachpersonal nur in einzelnen Zweifelsfällen vorgenommen werden.

b) Der Arbeitsanfall

wird ersichtlich aus den nachstehend aufgeführten Unterlagen:

1) Deutschstämmige Aufständische

Von rund 16 000 hier erfassten Aufständischen haben

1467 (davon 32 Führer) einen rein deutschen Familiennamen, von diesem haben

103 auch noch Ehefrauen mit rein deutschen Familiennamen.

1120 weitere Aufständische mit polnischen Namen haben Ehefrauen mit rein deutschem Familiennamen.

21/2% der Aufständischen sind im Altreich geboren,

2% in den ehemals russischen Gebieten, während der Rest =

95 1/2% in den ehemals deutschen Ostprovinzen geboren ist

2. Gesuche nationalpolnisch bzw. deutschfeindlich stark belasteter Personen oder deren Angehöriger

um Anerkennung als Volksdeutsche sind bei der "Deutschen Volksliste" (Posen - Stadt) in einer Zahl von 223 bei rund 6 000 anerkannten Volksdeutschen eingelaufen (s. Anlage 3)

In Anlage 3 werden weiterhin als Beispiel 14 Aufnahme-gesuche für den Grosspolnischen Aufständischenverband von solchen Personen vorgelegt, die jetzt sich um Aufnahme in die " Deutsche Volksliste " beworben haben.

3. Die Arbeit der Prüfstelle

geht aus Anlage 4 hervor.

Auf Grund von Rückstellungs - Nichtevakuierungs - und Entlassungsgesuchen wurden erneut 1436 Fälle aufgegriffen und eingehend geprüft (s. Anlage 4 .)

4. Mängel bei Dienststellen im Generalgouvernement.

die Durchführung der Aktion hemmten, sind Form von Ausszügen aus Transportberichten in Anlage 1 aufgezeichnet.

Nach Beendigung des ersten Nahplans hat sich das Entgegenkommen vieler Dienststellen des Generalgouvernements gegenüber Evakuierten geradezu katastrophal ausgewirkt. Ein überaus hoher Prozentsatz von Evakuierten wurde mit Urlaubsscheinen für die Dauer bis zu 4 Wochen in ihre ehemaligen "Wohnsitze " zur Regelung persönlicher Verhältnisse " u.ä. entlassen. Die Bescheinigungen waren zumeist ausgestellt von kommunalen und Kreisbehörden und Wehrmachtsdienststellen.

Die Rückkehrer belästigten einerseits die inzwischen in ihre Wohnungen eingewiesenen Volksdeutschen und beunruhigten vor allem andererseits die gesamte Bevölkerung durch ihr Wiedererscheinen und ihre Berichte .

Weiterhin wurden von Dienststellen des Generalgouvernements Gesuche Evakuierten um Herausgabe von Vermögensteilen und ganzen Vermögen zum Teil befürwortend hierher gegeben,.

Es kam sogar vor , daß eine Polin hier erschien und erklärte, sie sei im Generalgouvernement als Volksdeutsche anerkannt worden, dabei aber zugeb, daß sie bewusste Polin sei (s. Anlage 5)

Die Rückkehr von Evakuierten hatte einwandfrei den Zweck , vor der Evakuierung versteckte Wertsachen insbesondere grössere Geldbeträge abzuholen und unauffällig über die Grenze zu schaffen. Geeignete Schleichwege für die unbehelligte Rückkehr wurden offensichtlich den Polen rasch bekannt. Trotz wiederholter Einprüche vermochte das Generalgouvernement diesen Übelstand bei den untergeordneten Dienststellen nicht abzustellen.

Erfahrungsberichte über Vorbereitung und Durchführung des ersten Nahplans wurden an alle beteiligten Dienststellen mit dem Ziel gegeben , für die weiteren Transporte einen gemeinsamen Einsatz zur Ausschaltung aller Homnisse herbeizuführen.

Der Höhere SS - und Polizeiführer
I.A.

(-) R a p p

SS- Sturmbannführer.

Bla 227
Litzmannstadt

25. Februar 1941
189

I/O.Ha./Ti.

An den
Führer des SS-Abschnitts XXXXIII

L i t z m a n n s t a d t

Betr.: SS-Angehöriger des Standortes Litzmannstadt
Besuch: Standortbefehl Nr.24, vom 14.2.41
Anl.: Ohne

N a m e: K r o e g e r

Vorname: Peter

SS-Nr.: 347189

Geburtsdatum: am 24. Januar 1912

Dienstgrad: SS-Untersturmführer

Heimatinheit: Leitstelle SS/E/SS"DF", San. Insp. d. Waffen SS

Beschäftigt bei: Chef der Sicherheitspolizei und des SD,
Umwandererzentralstelle Posen, Dienst-
stelle Litzmannstadt.

Wohnhaft in Litzmannstadt: Hermann Göring-Str.56, W.6

2
SS-Obersturmbannführer

Abschrift.

B Ia 7228-

16

Der Beauftragte des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums
Planungsamt.

Tgb.-Nr.Pl 2/10/100

Krakau, den 17. November 1942.

B-etr.: Ansiedlungsgebiet Zamosc.

Bezug: -

Anlg.: 1.

An die

UWZ Litzmannstadt

z.Hd.v.SS-Obersturmbannführer Krume

Zweigstelle Zamosc

Zamosc /Distrikt Lublin

In der Anlage übersende ich die Anordnungen Nr. 1 - 5 Tgb.-Nr.Pl
2/10/100 zur Aussiedlung der polnischen und ukrainischen Bevölke-
rung aus dem Ansiedlungsgebiet und Übernahme der im Ansiedlungs-
gebiet liegenden Grossbetriebe mit der Bitte um Kenntnisnahme.

gez. W. Kuchenböcker

SS-Obersturmbannführer.

Z oryginalem zgodn



Zweitabschrift.

Tgb.-Nr. Bl 2/10/100

10. November 1942.

11

A n o r d n u n g 1G E H E I M !

Betr.: Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem Ansiedlungsgebiet Z.

In Ergänzung zu den allgemeinen Anweisungen des RSHA ordne ich an:

1./ Die polnischen Familien der Wertungsgruppen 1 und 2 werden grundsätzlich über die Rus-Aussenstelle Litzmannstadt geschleust und zur Eindeutschung gebracht. Soweit diese Familien nicht örtlich bereits vorgemustert sind, erfolgt ihre Ausmusterung im Sammelager. Soweit sich diese Familien in Berufen befinden, die für den Aufbau /vor allem Bauhandwerker jeder Art/ unbedingt benötigt werden, sind sie zunächst zurückzustellen.

2./ Von den Angehörigen der Wertungsgruppe 3 verbleibt ein Teil als Arbeitskraft in den Ansiedlungsdörfern. Dieses Arbeitskraftkontingent ist so festzusetzen, dass nicht nur die Durchführung der landwirtschaftlichen Arbeiten gesichert ist, sondern darüber hinaus die umfangreichen Aufbaumassnahmen /Wegebau, wasserwirtschaftliche Arbeiten, Umbauarbeiten usw./ im wesentlichen mit diesen Arbeitskräften in Angriff genommen werden können. Die Höhe des Arbeitskraftkontingents und die Zahl der für diese Zwecke zurückbleibenden Familien wird vom Planungsamt bestimmt. Grundsätzlich werden die Angehörigen dieser Teilgruppe aus den kleinbäuerlichen Familien ausgewählt. Die für die einzelnen Dörfer nötigen Arbeitsfamilien werden wohnungsmässig in diesen Dörfern belassen. Eine Bildung besonderer "polnischer Arbeiterdörfer" findet nicht statt. Die polnischen Arbeitserfamilien werden räumlich soweit als möglich in einem besonderen Dorfteil untergebracht. Soweit diese Massnahme nicht sofort durchgeführt werden kann, wird die endgültige Bereinigung im nächsten Frühjahr durchgeführt. Dabei werden die Wohngebäude der Polen, soweit sie sich in der Dorflage der deutschen Bauerngehöfte befinden, auf die für den polnischen Ortsteil bestimmte Stelle umgebaut. Für dieses Verfahren spricht nicht nur der Umstand, dass die Arbeiterkraft unmittelbar an der Arbeitsstätte ist, sondern auch bessere Überwachungs- und Sicherungsmöglichkeiten. Darüber hi-

naus ist es völkspolitisch gesehen zweckmässiger mit Familienarbeitsskräften /Tagelöhnern/ zu arbeiten, als den deutschen Bauern ausschliesslich auf fremdvölkische Knechte und Mägde angewiesen sein zu lassen.

3./ Ein weiterer Teil der Angehörigen der Wertungsgruppe 3 aus den Ansiedlungsdörfern wird auf Z-Höfe in die polnischen Dörfern eingesetzt, die im deutschen Ansiedlungsgebiet liegen. Für diese Zwecke kommen vor allem die guten Wirtschaftler der grösseren Höfe in Betracht. Sie erhalten bei der Neuverteilung in den Z-Dörfern grundsätzlich die gleichen Landflächen, die sie vorher bewirtschaftet haben. Bis zur Räumung der Z-Dörfer verbleiben diese Familien im Lager.

4./ Der Rest der Wertungsgruppe 3 aus den Ansiedlungsdörfern und die Angehörigen der Gruppe 3 aus den Z-Dörfern gelangen zum Arbeitseinsatz. Folgende Grundsätze sind massgebend:

- a/ Von den Angehörigen der Wertungsgruppe 3 werden die Kinder bis zu 14 Jahren in der Regel mit den Müttern und die über 60 Jahre alten Familienangehörigen ausgesondert und gemeinsam in sogenannten "Rentendörfern" angesiedelt, ebenso sämtliche Arbeitsunfähige, Kranke und Gebrechliche.

In den "Rentendörfern" werden die Obengenannten /Restfamilien/ zusätzlich untergebracht. Es werden dazu geeignete, rein polnische Dörfer ausgewählt. An eine Neuerrichtung von Dörfern oder die Räumung bestehender Dörfer zum Zwecke der Errichtung von besonderen "Rentendörfern" ist nicht gedacht.

Die in den "Rentendörfern" unterbrachten Restfamilien erhalten dort Wohnung und eine kleine Landfläche /grundsätzlich 1/2 ha/. Soweit noch Arbeitskräfte in dieser Bevölkerung vorhanden sind, kommen sie in erster Linie als zusätzliche Arbeitskraft für die Landwirtschaft in Betracht. Der Einsatz wird örtlich verschieden sein, unter Umständen kann er auch für geeignete gewerbliche Tätigkeit erfolgen.

Als "Rentendörfern" sind in den Distrikten Warschau und Radom zunächst solche Ortschaften auszuwählen, aus denen die jüdische Bevölkerung ausgesiedelt wurde. Die Restfamilien sind in die

jüdischen Wohnstätten einzuweisen. Die Landzuweisung für die Restfamilien wird bis zum Frühjahr durch die Landinspektionen durchgeführt.

- b/ Die arbeitsfähigen Angehörigen im Alter von 14-60 Jahren der Wertungsgruppe 3 werden ohne Anhang zum Arbeitseinsatz in das Reich vornehmlich für die Ablösung der jüdischen Rüstungsarbeiter in Berlin vermittelt.

5./ Wertungsgruppe 4.

- a/ Für die Angehörigen der Wertungsgruppe 4 unter 14 Jahren und über 60 Jahre sind dieselben Grundsätze wie für die Angehörigen der Gruppe 3 massgebend.
- b/ Die Arbeitsfähigen Angehörigen der Wertungsgruppe 4 im Alter von 14-60 Jahren werden in "Birkenau" eingesetzt.
- 6./ Bei der Durchführung der Aussiedlungsmassnahmen haben alle Gewaltmassnahmen gegenüber der auszusiedelnden Bevölkerung zu unterbleiben. Die Massnahmen sind mit grösster Ruhe und Sachlichkeit durchzuführen. Die ordnungsmässige Behandlung und Verpflegung in den Lagern muss unter allen Umständen sichergestellt werden. Bei der Mitnahme persönlicher Habe der einzelnen aussiedelnden Familien ist grosszügig zu verfahren.

- b/ Die Arbeitsfähigen Angehörigen der Wertungsgruppe 4 im Alter von 14-60 Jahren werden in "Birkenau" eingesetzt.

- 6./ Bei der Durchführung der Aussiedlungsmassnahmen haben alle Gewaltmassnahmen gegenüber der auszusiedelnden Bevölkerung zu unterbleiben. Die Massnahmen sind mit grösster Ruhe und Sachlichkeit durchzuführen. Die ordnungsmässige Behandlung und Verpflegung in den Lagern muss unter allen Umständen sichergestellt werden. Bei der Mitnahme persönlicher Habe der einzelnen aussiedelnden Familien ist grosszügig zu verfahren.

gez. K r ü g e r

SS-Obergruppenführer und
General der Polizei.



San John

Jan Schn

Zweitabschrift.

Tgb.-Nr.2/10/100

10. November 1942.

G e h e i m !A n o r d n u n g 1

Betr.: Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus dem Ansiedlungsgebiet Z.

In Ergänzung zu den allgemeinen Anweisungen des RSHA ordne ich an:

- 1./ Die auszusiedelnde ukrainische Bevölkerung ist im Distrikt Lublin wieder anzusiedeln.
- 2./ Für die Ansiedlung kommen die rein polnischen und vorwiegend polnischen Dörfer im ukrainischen Siedlungsgebiet in Betracht. Die ehemals deutschen Dörfer im ukrainischen Ansiedlungsgebiet werden nicht mit in die Ansiedlungsaktion einbezogen. Die dort eingewiesenen Warthegassiedler bleiben auf den ihnen zugewiesenen Betrieben.
- 3./ Die mir listenmässig zu benennenden Dörfer sind nach Hofzahl und Fläche durch das Planungsamt zu erfassen.
- 4./ Die ukrainischen Umsiedler erhalten jeweils dieselben Landflächen, die sie vorher besessen haben. Eine Vergrößerung der Betriebe findet nicht statt.
- 5./ Die Umsetzung der Bevölkerung wird dorfweise durchgeführt. Dabei ist der ukrainische Hauptausschuss einzuschalten.
- 6./ Die Umsetzung der Ukrainer, die ihren Hausrat mitführen können, findet insoweit ohne Inventar statt, als in den Ansiedlungsdörfern solches vorhanden ist und sichergestellt wurden.
- 7./ Die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung ist nach den bereits gegebenen Grundsätzen durchzuführen.

gez. K r ü g e r

SS-Obergruppenführer und
General der Polizei.

Z oryginalem zgody



Zweitab-schrift.

Tgb.-Nr.Pl 2/10/100

10 November 1942.

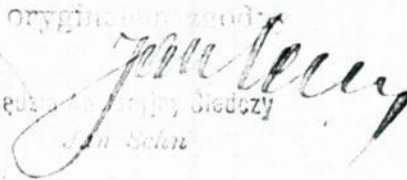
A n o r d n u n g 3G e h e i m !Betr.: Übernahme der im Ansiedlungsgebiet liegenden Grossbetriebe.

- 1./ Die im deutschen Ansiedlungsgebiet liegenden Grossbetriebe werden im Zuge der Ansiedlungsaktion übernommen.
- 2./ Die B-etriebe werden von mir beschlagnahmt. Die Beschlagnahme-verfügungen sind mir vom Planungsamt vorzulegen. Die Betriebe werden von mir zu Stützpunkten erklärt.
- 3./ Die seitherigen Eigentümer erhalten das seitens der Liegen-schaftshauptverwaltung festgesetzte übliche Deputat mit Wohnung. Soweit W-ohnung aus besonderen Gründen nicht auf dem Einzelbetrieb zur Verfügung gestellt werden kann, werden mehrere Familien in dem Wohngebäude eines Betriebes zusammengefasst.
- 4./ Anweisungen für die Bewirtschaftung und für die Vornahme ir-gendwelcher Veränderungen, für die Abziehung oder Zuweisung von Inventar und Vorräten ergehen ausschliesslich von dem Beauftragten für das Stützpunktwesen. Die ordnungsmässige Erfassung und vermö-gensrechtliche Übernahme der Betriebe durch die Liegenschafts-hauptverwaltung ist durch ihn durchzuführen.
- 5./ Die Landarbeiterfamilien der Grossbetriebe werden nicht aus-gesiedelt. Die Arbeitskraft muss für diese Betriebe unbedingt er-halten bleiben. Ein Austausch ständiger Familienarbeitskräfte ist - soweit erforderlich - späterhin durchzuführen.
- 6./ Die Verwaltung der Gutsbetriebe Zamoiski bleibt in der bishe-rigen Form bestehen, bis weitere Anweisungen seitens des RSHA erga-ngen sind. Dazu gehören nicht nur die in Eigenbewirtschaftung be-findlichen Betriebe, sondern auch die zur Zeit verpachteten Be-triebe.

gez. K r ü g e r

SS-Obergruppenführer und
General der Polizei.

Z originalen
Siedl. u. Ansiedl. Dienst
Siedl. u. Ansiedl. Dienst
Siedl. u. Ansiedl. Dienst



K o s t r z e w s k i

Josef

12.2.12.

Kaniak

Prof.

ja

Posen, Herderstr. 16/8 und Szamotolska 21.

Gegen alles deutsche und Germaninische
eingestellt "grosser" Vorgeschichtsforscher in polnischem Sinne.
Log ganz frei alle Kulturgüter den Polen an, die er ausgrub.
Berlin war für K. eine polnische Gründung.

Bereits dem Stadtkommissar zur
Evakuierung u. dem EK/VI
zur Festnahme gemeldet.

Lemke.

4)
7)
Posen, den . 28. 10. . . . 1939

Personalbogen

Name : Z u a n i e c k i

Vorname : Florian

Beruf : Prof.

Geboren am: 15.1.82 in: Puzatniki

Wohnort : Posen

Wohnung : Kerstchouska 19/2

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Boykot ierte deutsche are

Zeugen: Lange
Kager

0280

58

Dr Kuchma, Tadeus

D-fund (5)

Staatsanwalt 20.605. Jnesen.

Pocz. Glogaustr. 78/8.

Posen, den .27.. Oktober. . 1939

P e r s o n a l b l a t t

Name : K u c z m a Dr. ✓

Vorname : Tadeus

Beruf : Staatsanwalt

Geboren am: 20.6.05 in: Gnesen

Wohnort : Posen

Wohnung : Glogauerstrasse 78/8

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Aufständischer, hat sich deutschfeindlich
betätigt

*Zeugen:
Trute
Lange*

0282

58

12.
8)
Kucza, Br.

Tafelusz

20.6.65.

Gnesen

Vize-Staatsanwalt

led.

Lozen, Glogauerstr. 78/8

aufständischer, hat sich deutschfeindlich
betätigt.

Bereits dem Stadtkommissar zur
Evakuierung u. dem EK/V.
zur Festnahme gemeldet.

Trute. Largo.

Opis

Posen, den 27. Oktober 1939

Personalbogen

Name: K u c z m a Dr.

Vorname: Tadeus

Beruf: Staatsanwalt

Geboren am: 20.6.05 in: Gnesen

Wohnort: Posen

Wohnung: Glogauerstrasse 70/8

Staatsangh.:

Bemerkungen: Aufstaendischer, hat sich deutschfeindlich
betaetigt

Zeugen:

Trute

Lange

Zgodność odpisu z oryginałem,
znajdującym się w Sekcji Doku-
mentacyjnej Instytutu Zachodniego
pod sygn.: I.Z.Dok.I-8, niniej-
szym potwierdzam.

Poznań, dn. 3.II.49

Karol Marian Pospieszalski
/-/ Dr Karol Marian Pospieszalski
Członek Głównej Komisji Badania
Zbrodni Niemieckich w Polsce.



Schr.

0284

17

Posen, den . 27. Oktober. . 1939

P e r s o n a l b o g e n

Name : J a k u b s k i,

Vorname : Antoni

Beruf : Professor

Geboren am: 25.3.35 in: Danzig

Wohnort : Pos.

Wohnung : Dietrichstr. 13 W 6

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Bewusstlos in deutscher Form deutsche Studien. Er bekannte öffentlich, dass er Aufständischer Angehöriger sei.

*zeugen: Lange
Vogel*

SP 0285

Jakubski

Antoni

Professor

28.3.85 Lemberg

Poznań

Mistr. Eckardstr. 13/6

21.
J a k u b s k i

Antoni

29.3.85.

Lemberg

Prof.

ja

2

Posen, Dietrich Lohartstr. 13/6.

Benachteiligte in gemeiner Form deutsche
Studiker. Er bekundete, dass er Aufständischer Legionär sei.

Bereits dem Stadtkommissar zur
Evakuierung u. dem EK/Vi
zur Festnahme gemeldet.

Lange, Fogel.

SP 0288

Kalandyke

Stawislaw

Professor

24. 11 85 Kaimientz

Poznań,

Friedrichstr. 29.

23
Posen, den 27. Oktober . . 1939

P e r s o n a l b e g e n

Name : K a l a n d y k

Vorname : Stanislaw

Beruf : Professor

Geboren am: 24.11.85 in: Kamienitz

Wohnort : Posen

Wohnung : Friedrichstrasse 29

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Wissenschaftler, Physiker Boykott gegen das
Deutschtum

*Fugate
Lange*

25.

Kozy Lev

Bozent 25.3.00

Pren Burggrafening 23.

Posen, den 27. Oktober . . 1939

Personalbogen

Name : K o c z y

Vorname : Leo

Beruf : Dozent

Geboren am: 25.3.00 in:

Wohnort : Posen

Wohnung : Burggraferring 23

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Deutsche benachteiligt

*Zeugen: Fajel
Traute*

K o c e y

leo

25.3.00.

-

Leont

led.

Berch, Berelutr. 10.

Leutsche bameheiligt.

**Bereits dem Stalkommissar zur
Evakuierung u. dem EK/V.
zur Festnahme gemeldet.**

Fogel, Trute.

11
Kirch, Edward

Professor

2. 2. 78

Posen

Nehringa 6/i

Posen, den . 27. Oktober . 1939

P e r s o n a l b e g e n

Name : K l i c h

Vorname : Edward

Beruf : Professor

Geboren am: 2.2.78

in:

Wohnort : Posen

Wohnung : Nehringa 6/1

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Deutsche boykottiert

*zeugen : Lays
Fogel*

K l i c h

Edward

2.2.70.

-

Prof.

ja

-

Rosen, Wehringer tr. 6/1

Deutsche boykottiert.

Bereits dem Stadtkommissar z
 zur es/nahme gemeldet.

Lange, Fogel.

Kowalski Bolesław

Prof. 26 9. 45 Catene

Poen, Feldstr. 33

70

Konstante

typographisch
nicht offen

Typographische
Anordnungen

2

Posen, den .28. .Oktober . . 1939

P e r s o n a l b e g e n

Name : K o w a l s k i

Vorname : Bolesław

Beruf : Professor

Geboren am: 26.9.1895 in: Ostrowo

Wohnort : P o s e n

Wohnung : Feldstr. 33

Staatsangeh. :

Bemerkungen : Gynäkologe. Typischer Pole. Nur zuletzt
nichtöffentlich deutschfeindl. Äusserungen.

Zungen: Lunge
Vogel

Ziralski, Tedeusz

Przyt 14.9.94. Bindelsberg

Posen, Walij Wreón 15

36

Posen, den . . 28. 10. . . 1939

P e r s o n a l b e g e n

Name : Z u r a l s k i /

Vorname : Tedeusz

Beruf : Arzt

Geboren am: 14.9.94

in: Bischofsberg

Wohnort : Posen

Wohnung : Walv Wzow 15

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Nationaldemokrat, Hetzer

*zeugen: Lange
 Leubke
 Kugel*

sp 0301

11

Koczucik, Josef

Lehrer 13 2 84 Ostpreußen

Pöben Hordenstr. 26/9

Posen, den . 27. Oktober . 1939

Personalbogen

Name : Koczocik

Vorname : Josef

Beruf : Lehrer

Geboren am: 13.2.84 in: Ostpolen

Wohnort : Posen

Wohnung : Herderstrasse 26/9

Staatsangeh.:

Bemerkungen : Deutschfeindlich eingestellt

Zeugen:
Lange
Fagel

K o c z o c i k

Josef

13.2.64.

Gstpolon

Lehrer

ja

2

Foran, Verh. ratr. 26/9

Deutschfeindlich eingestellt.

Bereits dem Stadtkommissar zur
Evakuierung u. dem EK/VI
zur Festnahme gemeldet.

Lange, Edel.

Zalowska, Gabriela
Stellv. Dir. 25. 11. 94. Ostpolen

Papen, Fröbel str. 16 W. 12

Stellv. Dir.

Posen, den . 28. 10. . . . 1939

Personalbogen

Name : Z o l t o w s k a

Vorname : Gabriela

Beruf : Stellv.Dir.

Geboren am: 25.11.94 in: Ostnolen

Wohnort : Posen

Wohnung : Fröbelstrasse 16 W 12

Staatsangeh.:

Bemerkungen : deutschfeindliche Einstellung

Zeuge: Lemke

14

31a 230

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Döfen

Döfen, den 28. Mai 1942
Ritterstraße 21 a
Garnisonstr. 6261

B. Nr. II D - (6)

Bitte in der Antwort vorstehendes Aktenzeichen und Datum anzugeben.

Der Landrat
des Kreises Döfen
Eingeg. - 2 JUN 1942
Tab. Nr.

58
2

An

den Herrn Landrat

in Kosten

.....

Betrifft: [Schutzhäftling Stanislaus Szukalski, geb. am 29.4.1887 in Karlshausen, Fleischer und Gastwirt, verheiratet, zuletzt wohnhaft in Bärenhorst, Kreis Kosten.]

Vorgang: Ohne.

Anlagen: 1 Personalbogen.

Der Pole Stanislaus Szukalski wurde auf Grund des Erlasses vom 2.4.1940 - IV D 2 480/40 -, betreffend präventivpolizeiliche Maßnahmen, am 16.5.1940 festgenommen und am 23.5.1940 in das Konzentrationslager Dachau überführt. Am 3.9.1940 wurde er dem Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt.

In Verfolg einer von hier aus vorzunehmenden Nachprüfung der Schutzhaft bitte ich festzustellen und darüber zu berichten, welche Gründe für seine Festnahme vorlagen. Was ist in politischer, krimineller und sonstiger Hinsicht über Szukalski bekannt geworden? Zur Frage einer evtl. Haftentlassung bitte ich eingehend Stellung zu nehmen. Außerdem bitte ich, den beiliegenden Personalbogen ausgefüllt zurückzusenden.

Im Auftrage:
gez. Hoffstadt.

Beglaubigt:



Kanzleiangestellte.

Der Landrat
des Kreises Rothen

Ges. 3.: - L 2 -

Rothen (Reichsgau Wartheland), den
Fernruf 6 und 21

9. Juni 1942

60

An
den Gendarmerieposten
in Karlshausen.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung. Der Pole S. wurde festgenommen, da er zur polnischen Intelligenz zu rechnen ist. Weitere Gründe für seine Festnahme sind hier nicht bekannt. Ich bitte eingehende Feststellungen zu treffen und darüber zu berichten. An einer Haftentlassung habe ich kein Interesse. Ein Personalbogen ist beigelegt.

In Vertretung:

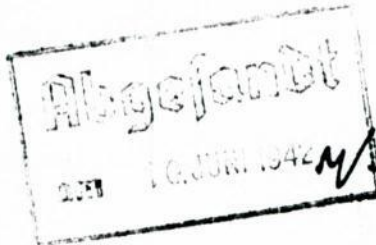
Mus

Erstg. am: 12. 6. 1942
Tgb. Nr. 184 / 154 2 F

Der Landrat
d. Kreises Kosten

- L 2 -

Kosten, den 9. Juni 1942



59

1.) An
den Gendarmerieposten
in Karlsruhen.

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnissnahme und weiteren Ver-
anlassung. Der Pole S. wurde festgenommen, da er zur polnischen
Intelligenz zu rechnen ist. Weitere Gründe für seine Festnahme
sind hier nicht bekannt. Ich bitte eingehende Feststellungen zu
treffen und darüber zu berichten. An einer Haftentlassung habe
ich kein Interesse. Ein Personalbogen ist beigelegt.

In Vertretung:

2.) Wv. am 22.6.1942

De

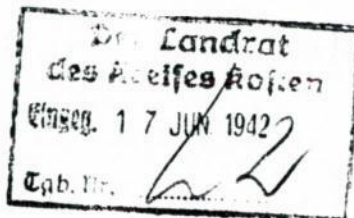
Ge

Gend.-Posten Karlshausen
Kreis Kosten
Reg. Bezirk Posen.
Tgb.Nr. 184/42.

Karlshausen, am 15. Juni 1942.

61

An den Herrn
Landrat
in Kosten.



Anlagen: 3.

Nach Ausfüllung des Personalbogens zurückgereicht.
~~Über~~ politischer, krimineller und sonstiger Hinsicht ist hier
gegen den polnischen Fleischer Stanislaus Szukalski
nichts bekannt. Ob er in polnischer Zeit eine politische
Funktion inne hatte, konnte nicht in Erfahrung gebracht
werden. Seine Familie ist derzeit in Karlshausen, Markt 1
wohnhaft.

Gesehen:

Lichter

Meister der Gend.
und Postenführer.

Langewitz-Sinnert
Bez. Obw. d. Gend.

Der Landrat
Kreises Kosten

Kosten, den

21. Juli 1942

- L 2 -

62



1.)
2.
17.42
An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Posen
in P o s e n .

Betr.: Schutzhäftling Stanislaus S z u k a l s k i , geb. am
29.4.1887 in Karlshausen, Fleischer und Gastwirt, ver-
heiratet, zuletzt wohnhaft in Bärenhorst, Kreis Kosten.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 28. Mai 1942 - II D (6) - .

- - - - -

Der Pole Stanislaus Szukalski wurde festgenommen, da er zur
polnischen Intelligenz gehörte und als politischer Führer
unter den Polen anzusehen war. In krimineller und sonstiger
Hinsicht ist über S. nichts bekannt geworden. An einer Haft-
entlassung habe ich kein Interesse. Der Personabogen ist aus-
gefüllt und wieder beigelegt.

In Vertretung:

2.) Z.d.A. 146/07

Reichssicherheitshauptamt

Berlin, den 6. Juni 1943

IV E 9 - 33041 g

"Als geheim"

an den Leiter der Staatspolizei(leit)stelle

in D ü s s e l d o r f

An alle Staatspolizei(leit)stellen.

die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD

in

Krakau pp.

nachrichtlich

den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD

in

Krakau, Prag, Kiew, Riga.

Betrifft: Polnische Spionage in der Widerstandsbewegung,
hier: Aufstellung eines Sonderkommandos beim
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des
SD. in Warschau.

Bezug: Ohne.

Anlagen: Keine.

Die Erfahrungen bei der Bekämpfung der polnischen Spionage im Rahmen der Widerstandsbewegung haben gezeigt, daß eine erfolgversprechende Abwehr die zentrale Bearbeitung aller derartiger Spionagevorgänge von Warschau aus, als dem Sitz der II. Abteilung der polnischen Spionageorganisation, zur Voraussetzung hat. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß bei Verratsfällen im Rahmen der polnischen Widerstandsbewegung die Verbindungen zu der polnischen Zentrale in Warschau liefen und daß die ermittelten polnischen Spionageagenten ihre Aufträge und Anweisungen auf direktem oder indirektem Wege aus Warschau erhielten.

326

Das augenblickliche Bild der Organisation des polnischen Spionagedienstes, der von Warschau aus geleistet wird, stellt sich etwa folgendermaßen dar:

Die Zentrale ist die II. Abteilung beim Hauptkommando der "polnischen Armee" im Gebiet des ehemaligen Polens, die unter dem Befehl des Generals R a k o n - R o w e c k i steht. Die II. Abteilung selbst ist in zwei Hauptreferate untergeteilt, und zwar in das "Referat West" mit Zuständigkeitsbereich für das ehemalige polnische und das westlich davon liegende Gebiet und das "Referat Ost" mit Zuständigkeitsbereich für das übrige östlich des Bug liegende Gebiet. - Nachdem es gelungen ist, den derzeitigen Leiter des Referats West in Warschau festzunehmen, besteht nunmehr die Möglichkeit, die II. Abteilung des polnischen Spionagedienstes weitestgehend aufzurollen und mit dem Kopf auch die einzelnen angeschlossenen Spionageorganisationen unschädlich zu machen.

Die Einsetzung des Sonderkommandos beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau soll der Durchführung der notwendigen Spionageorganisation dienen und gleichzeitig eine zentrale exekutive Bearbeitung und Auswertung aller bei den Ermittlungen anfallenden Erkenntnissen ermöglichen.

Im einzelnen wird folgendes bestimmt:

1. Das Sonderkommando führt die Bezeichnung "Sonderkommando IV E des Reichssicherhauptamts beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau".
2. Das Sonderkommando hat alles anfallende Material den örtlich zuständigen Dienststellen der Sicherheitspolizei zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zugänglich zu machen und ist berechtigt, im Interesse einer einheitlichen Ausrichtung der notwendigen Maßnahmen Angehörige des Kommandos bei den Ermittlungen zu beteiligen, soweit dies erforderlich erscheint.

327

3. Alle Dienststellen der Sicherheitspolizei haben bei Festnahmen polnischer Spionageagenten - ausgenommen Fallschirmagenten - dem Sonderkommando IV E in Warschau - unbeschadet der Berichterstattung an das RSHA. - durch FS. Mitteilung zu machen, sobald die begründete Annahme vorliegt, daß es sich um Spionage im Rahmen der polnischen Widerstandsbe-
wegung handelt. In derartigen Fällen ist einem Ersuchen des Sonderkommandos auf Übersendung von Vorgängen und ange-
fallenen Beweismaterial nachzukommen.
4. Um eine zentrale Bearbeitung der bei den einzelnen Dienst-
stellen der Sicherheitspolizei anfallenden Verratsfälle sicherzustellen, haben Vorführungen vor den Richter im
Einvernehmen mit dem Sonderkommando zu erfolgen, damit nicht
zusammenhängende Komplexe getrennt und von verschiedenen
Gerichten abgeurteilt werden.
5. Bezüglich der Berichterstattungspflicht in Landesverrats-
sachen an das RSHA bleibt es bei den geltenden Bestimmungen
mit der Maßgabe, daß das Sonderkommando gehalten ist,
darüber hinaus 14tägig einen besonderen Erfahrungsbericht
dem RSHA - Gruppe IV E - vorzulegen.
6. In allen Zweifelsfällen ist die Weisung des RSHA - Gruppe
IV E - einzuholen.

In Vertretung:

gez. M ü l l e r

Gheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
III - F 3/8 - Nr. 149/43 g

z.Zt. Ratingen, den 25. 9. Juli 1943

Abschriftlich

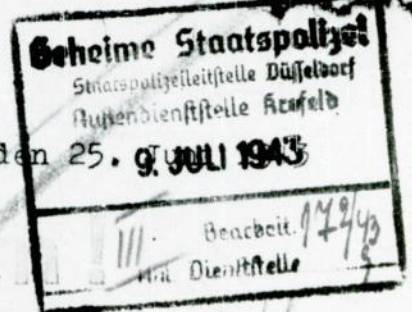
- a) den Außendienststellen und Grekos des Bereichs,
- b) L II, im H a u s e - mit 2 Abschriften
- c) III/4 - mit 1 Abschrift - .

Vorstehender Erlaß wird zur Kenntnisnahme und Beachtung
übersandt.

Im Auftrage:
gez. Dr. S c h m i t z

Beglaubigt:
Geschz. Ang.

Zur Dienstbesprechung
erledigt am: 22.7.43



Tgb. Nr. 122/43

328

III Teil des Kreises Prasnitz und Scharfenwiese im Grenzgebiet der alten Grenzen. Gegenüber dem Monat Oktober geringere Nachlass der Bandentätigkeit im westlichen Teil des Reg.-Bezirks, stärkeres Nachlassen der Bandentätigkeit im nördlichen Teil des Reg.-Bezirks.

Bandentätigkeit des "PZP" (AK):
In den Kreisen Sichelberg, Scharfattersburg keinerlei Auftreten national-polnischer Banden, in den übrigen Kreisen treten vereinzelte Überfälle und Morde an Polen, die im Verzicht standen, für deutsche Behörden zu arbeiten, sowie einige Versorgungsdiebstähle. Nach Zerschlagung der "PZP"-Bande "As" im Kreis Scharfenwiese (1456) kein nennenswertes Auftreten mehr von "PZP"-Banden in diesem Gebiet. Die im Oktober im Nordteil des Kreises Prasnitz festgestellte "PZP"-Bande "Naban", die im Zuge der "Barsa"-Aktion zur Aufstellung gekommen war, hat sich im Laufe des Monats November zum Teil selbst, zum Teil durch vorausgegangene Kampfhandlungen aufgelöst und kann bis auf geringe Reste als vernichtet angesehen werden. Im Gebiet von Schrenck (0476) vereinzelte Tätigkeit einer "PZP"-Bande unter Führung des "Kodyw"-Leiters des Kreises Mielau. "Kodyw"-Leiter wurde im November durch Sicherheitspolizei festgenommen, dazu eine Reihe der Mitglieder des "Kodyw"-Kommandos. Im Kreis Plöthen sowie dem restlichen Teil des Kreises Osterburg vereinzeltes Auftreten kleinerer "PZP"-Gruppen, unter denen sich zum Teil auch Versprengte aus Warschau und den Kampinos-Wäldern (035/036) befinden. In den Kampinos-Wäldern (035/036) haben sich nach dem Unternehmen "Sternschnuppe" nach VM-Angaben im Laufe des Monats November wieder einzelne kleinere AK-Gruppen eingefunden, die in diesem Waldgebiet in Bunkern hausen. Ausser Versorgungsüberfällen auf die polnische Bevölkerung nicht aktiv geworden. Stärke 100 bis 200 Mann (?).

"PFR" und "AL":

Im Gebiet östlich Sichelberg, weitere Tätigkeit der etwa 25 Mann starken "AL"-Bande, unter Führung des "PFR"-Funktionärs Lucian M a r k o w s k i. Bande setzt sich zum größten Teil aus einheimischen Bauern zusammen.

Im Gebiet Steinhausen-Reichenfeld (9342/0331) weitere Tätigkeit einer "AL"-Bande unter Führung von Josef und Jan R e p i n s k i. Stärke etwa 30 Mann.

Im Gebiet nördlich Hohenburg (0355) erneutes Auftreten einer im August zum Teil zerschlagenen Bande unter Führung von Stefan L e o n a r c z y k. Leonarczyk war ursprünglich krimineller Bandenführer, hat jedoch in letzter Zeit Anschluss an "PFR" und "AL" gefunden. Stärke der Bande etwa 30 bis 40 Mann.

Weitere, jedoch gegenüber dem Vormonat geringere Tätigkeit der "AL"-Bande im Nordostteil des Kreises Prasnitz. Stärke etwa 40 Mann. Stand mit F-Agenten laufend in Verbindung. Nach Zerschlagung der F-Agentengruppe merkliches Nachlassen der Tätigkeit.

Ausrüstung der "AL"-Banden:

KP, Gewehre, Handgranaten. KP zum Teil aus Versorgungsabwürfen durch russische F-Agenten erhalten.

Im Nordteil des Kreises Mielau, nördlich Schrensk (0476) und im Raum 0312 sowie im Gebiet südlich Hohenburg (0355) kleine kriminelle Banden, 5-10 Mann stark, die sich aus Arbeitsvertragsbrüchigen, flüchtigen Osterbeitern und Kriegsgefangenen zusammensetzen. Kriminelle Banden haben im allgemeinen nur Versorgungsüberfälle durchgeführt.

F-Agenten:

Von den im Raum 1458 festgestellten beiden F-Agentengruppen wurde eine Gruppe restlos vernichtet, die zweite Gruppe dürfte nach SS-Meldungen in östlicher Richtung abmarschiert sein und zurzeit im Gebiet von Kolno arbeiten.

Bei den im Raum 0485 und 1474 festgestellten F-Agentengruppen handelt es sich um ein- und dieselbe Gruppe. Gruppenführer ist Sowjetmajor O r l o w, der mit Funkerin und einer Begleitperson Anfang November durch Flugzeug nach Russland zurückgeholt wurde. Rest der Gruppe mit einem Funker im November vernichtet bzw. gefangen genommen.

Im Raum südöstlich Mielau festgestellte F-Agentengruppe bisher mehrfach durch Nahfeldpeilung angepeilt. Bisher eingeleitete Aktionen jedoch negativ verlaufen. Durch eigene VM-Gruppe konnte lediglich ein Osterbeiter festgenommen werden, der sich vorübergehend bei dieser Gruppe aufgehalten hat.

Die im Raum südöstlich Leisnau (9323) festgestellte F-Agentengruppe hat mit den restlichen Teilen nach vorausgegangener Aktion Ende Oktober Bezirk verlassen und befindet sich nach Peilergebnissen im Raum Leisnau-Leisnau, Reg.-Bez. Graudenz.

Die im Raum östlich Sichelberg festgestellte Gruppe wurde am 7.11.44 durch Gendarmerie und Wehrmacht versprengt, dabei wurden die Funkerin und zwei weitere Gruppenangehörige erschossen, zwei Mitglieder verbrannten in einer Scheune, ein Mitglied beim Überqueren eines Flusses ertrunken, zwei wurden festgenommen. Unter den Verbrannten befindet sich möglicherweise Führer der Gruppe. Gruppe war insgesamt 21 Mann stark und setzte sich zum Teil aus F-Agenten, zum Teil aus Partisanen und "PZP"-Angehörigen zusammen. Gruppe kommt aus dem Gebiet von Baranowitsche und hat sich im Zuge der Frontverlegung bis in den Miesitzener Raum abgesetzt. Sie ist in erster Linie Erkundergruppe gewesen, hat jedoch im September auf Veranlassung der "PER" Versorgungsabwurf mit etwa 100 kg Sprengstoff usw. im Südggebiet von Janowo (nördlich Mielau) erhalten. Sabotagematerial sichergestellt. Über den Verbleib des Restes der Gruppe Näheres zurzeit nicht bekannt.

Bei den Anfang November durch SS-Meldung im Raum südlich Plöhnen (0336) und nordöstlich Plöhnen gemeldeten F-Agentengruppen dürfte es sich um ein- und dieselbe Gruppe handeln, die inzwischen in das Gebiet östlich Schrottersburg abgewandert ist und dort nach Aussage festgenommener "PZP"-Angehöriger tätig ist. Suchaktion läuft zurzeit.

Bei den festgestellten F-Agentengruppen handelt es sich um Erkundergruppen. Bemerkenswert ist, dass alle bisher festgestellten F-Agentengruppen eng mit örtlichen Widerstandsgruppen der "PER" und des "PZP" (AK) zusammenarbeiten. Mit "PZP" arbeiteten die F-Agentengruppen im Kreise Praschnitz und Scharfenwiebe besonders eng zusammen. In diesen beiden Plöhnen war der "PZP"-Nachrichtendienst für die F-Agentengruppe eingespannt. Als Entgelt lieferten hierfür die F-Agenten Maschinengewehre, Gewehre und Munition, die durch Versorgungsabwürfe herbeigeschafft wurden. Im Kreise Sichelberg arbeiten die F-Agentengruppen besonders

mit Kreisen der "PPR" zusammen. Der "PZP" bzw. Vertreter der der AK angeschlossenen Bauern-Bataillone haben ebenfalls mit P-Agenten verhandelt. Die ostwärts Sichelberg festgestellte Gruppe hat ferner für die "PPR" Propagandamaterial und Sabotagematerial angefordert und geliefert. Sab.-Material
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Banden-tätigkeit im Reg.-Bez. Zichenau im Monat November gegenüber dem Vormonat nachgelassen hat, was insbesondere auf einige erfolgreiche Aktionen gegen den "PZP" (AK), die "PIR" und P-Agenten zurückzuführen ist.

sicher
gestell

Handwritten signature or initials

Der Chef der Zivilverwaltung
30206

Frankfurt/Oder, den 11.9.1939.

7

Vermerk: Über die am 11.9.1939 16 Uhr unter Leitung von SS-Oberführer Mehlhorn stattgefundene Besprechung mit dem Leiter der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei, SS-Oberführer Naumann.

Es wurde zunächst festgestellt, daß die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei, zu der sowohl die Staats- wie die Kriminalpolizei und der Sicherheitsdienst gehören, dem Chef der Zivilverwaltung untersteht. Innerhalb der Dienststelle des C.d.Z. werden die sicherheitspolizeilichen Aufgaben von der Polizeiabteilung bearbeitet. Als Dezernent der Sicherheitspolizei fungiert Reg.Ass. Dr. Jahr.

Die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei wird am 12.9.1939 morgens 6 Uhr zusammen mit dem Armeekommandanten und dem Quartiermacherstab nach Posen abrücken. Ein Nachschubkommando der Einsatzgruppe bleibt vorläufig in Frankfurt/Oder.

Gleichzeitig mit dem jeweiligen Einsatz der Landräte in die freiwerdenden Kreise wird der Einsatz einer Einheit der Sicherheitspolizei erfolgen. SS-Oberführer Naumann wird rechtzeitig über den beabsichtigten Einsatz der Landräte durch die Polizeiabteilung des C.d.Z. unterrichtet.

Die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei wird dem C.d.Z. täglich eine Stärkemeldung (einschließlich Zugang und Abgang) erstatten.

Die täglichen Stimmungsberichte werden von der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei unter dem Kopf des C.d.Z. abgegeben. Sie sind an den Militärbefehlshaber in Posen und in jedem Falle über den C.d.Z. zu richten. Alle Stimmungsberichte sind in 3facher Ausfertigung einzureichen.

v. 12.9.39

H. J. / Ge.

18.9.39

3) an ...

H. J.

Dr. J./Ge.

0449

56

Heime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr 7. Aug. 1942			Raum für Eingangsstempel Der Chef der Sicherheitspolizei u. des SD. Umwandererzentrale der Wehrmacht Strasselle Litzmannstadt		Befördert Zeit Tag Monat Jahr an durch			
Durch C. Wei.			Eing. Nr. Sachbearb.		Verzögerungsvermerk			
J. Nr. 8942			Telegramm — Funkspruch Fernschreiben Fernspruch					

+ BERLIN NUE 155 082 27.8.42 1010 =JO=

AN DEN SD-LEITABSCHNITT I N P O S E N .

UND I N D A N Z I G. ==

NACHRICHTLICH: DEN INSPEKTEUR DER SICHERHEITSPOLIZEI

U. D. SD - I N P O S E N - UND I N D A N Z I G. ==

AN DIE UMWANDERERZENTRALSTELLE

I N L I T Z M A N N S T A D T. ==

DER SS-HAUPTSTUF. ARTUR H A R D E R, SD-LEITABSCHNITT
POSEN UND DER SS-OBERSTUF. (NDV) MAXIMILIAN P E C H,
SD-LEITABSCHNITT DANZIG, WERDEN AUS DIENSTLICHEN
GRUENDEN MIT SOFORTIGER WIRKUNG ZUR DIENSTLEISTUNG BEI
DER EINSATZGRUPPE D. ABGEORNDET.-

DIE ABORDNUNG DES SS-H' STUF. H A R D E R ZUR UWZ.
LITZMANNSTADT, AUSSENSTELLE LISSA, WIRD GLEICHZEITIG
AUFGEHOBEN.-

MELDEORT: WOROSCHILOWSKI.- EINKLEIDUNGSORT

(FALLS EINKLEIDUNG NOCH INOTWENDIG): BERLIN,
KOCHSTR. 64.- AUF BEFEHLSBLATT S. 63 UND 110/42 WIRD
HINGEWIESEN.- DIE GENANNTE WERDEN BEI DER EINSATZGRUPPE
D. ALS DEUTSCHTUMSREFERENTEN VERWENDET.=

RSHA. ROEM. 1 A 1 KL. D - NR. 9746/42 KL. B

- V. 26.8.42 - I. A. GEZ. DR. TRAUTMANN -+

520213

Ludwig, Folio Nr. 57

Bia 235

Der Inspektor der Ordnungspolizei
und des SD. in Polen

20. September 1943

I A 1 Az. 11 b Wo/Dr.
Tgb.Hr.

Einschreiben:

An das
Reichssicherheitshauptamt
- I A 1 -
B e r l i n

Betr.: Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse mit Schwertern an den H-Hauptsturmführer Arthur Harder, geb. 19.9.1910 in Frankfurt/Main, Heimatdienststelle: SD-Leitabschnitt Polen, s.Zt. abgeordnet zum sicherheitspolizeilichen Osteinsatz - BGS. Kiew, Sonderkommando H-Standartenführer Blobel -

Dem H-Hauptsturmführer Harder wurde am 30.1.42 das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern verliehen. Wegen ~~unrechtmäßig~~ H. laufenden Ermittlungsverfahrens wegen Sachbeschädigung wurde die Aushändigung des Kriegsverdienstkreuzes vom IdS. Polen zurückgestellt. Nach Abschluß des Verfahrens wurde Harder gemäß Verfügung des Chefs der Sipo u.d. SD v. 21.4.42 mit einem strengen Verweis bestraft. Am 3.12.42 mußte gegen Harder erneut ein Ermittlungsverfahren wegen „Kriegswirtschaftsvergehen und Diebstahls eingeleitet werden“, dessen Ermittlungen s.Zt. noch laufen.

Einerseits hat Harder die Auszeichnung für die seit Beginn des Krieges gezeigte Einsatzbereitschaft während des Polenfeldzuges und der nachfolgenden Sondereinsätze erhalten und auch verdient; andererseits kann ich ihn wegen seines späteren Verhaltens, welches im Verlaufe eines Jahres zu 2 Verfahren gegen ihn Anlaß gab, nicht für würdig befinden, das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern zu erhalten.

Dem Vernehmen nach soll Harder von seiner jetzigen Einsatzdienststelle zur Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes vorgeschlagen werden. Um eine Doppelverleihung zu vermeiden, übersende ich anliegend das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit

- 2 -

Schwertern mit Besitzurkunde und bitte, das weitere von dort
zu veranlassen. :Kr.

In Vertretung:

Anlagen: - 2 -

gez. Stoßberg

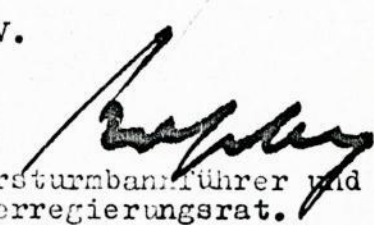
4-Obersturmbannführer und
Oberregierungsrat.

An die
Umwandererzentralstelle Litzmannstadt
4-Obersturmbannführer Krumei - persönlich -
L i t z m a n n s t a d t
mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

24.9

63

I.V.


4-Obersturmbannführer und
Oberregierungsrat.

0212

57

Ludwig kugl, Film No. 54 / B1a 236

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Nachrichten - Übermittlung

15
v. 12. Sept. 1941

A b s c h r i f t

N.-Ü. Nr. 03976

+ BERLIN NUE 145 410 12.9.41 1505 = SCHU
AN DIE UMWANDERERZENTRALE LITZMANNSTADT
BETR!: W-USTUF! E R T L ? DRESDEN
VORG!: DORT.FS. NR. 8640 VOM 1.9.1941.-

AUF DAS DORTIGE FS. WIRD MITGETEILT? DAS DER OBENGENANNT
IN EIGENER ZUSTÄNDIGKEIT ANGEFORDERT UND EINGESTELLT WERDEN
KANN, DA ES SICH BEI ERTL UM KEINEN SD'-ANGEHÖRIGEN HANDELT.

RSNA - ROEM. 1 A 4 - I. A. GEZ: SCHUBERT, W-USTUF.

LITZMANNSTADT, DEN 19. SEPT. 1941

0463

34

210

Litzmannstadt, den 1.9.44

Fernschreiben

An das
Reichssicherheitshauptamt Berlin
Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr.8

Betr.: $\frac{1}{4}$ -Hauptsturmführer E r t l. Dresden A 16,
Scharnhorststr.6 /Stammsturm 46 $\frac{1}{4}$ -Standarte.

Es wird gebeten, $\frac{1}{4}$ -Hauptsturmführer E r t l zur
Dienstleistung bei der UWZ Posen Dienststelle Litzmann-
stadt auf eigenen Wunsch abzukommandieren.

Umwandererzentrale
Dienststelle Litzmannstadt

gez.: P ü s c h e l

i.V.:
 $\frac{1}{4}$ -Obersturmführer

0464

B

113
211 12

Heime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr 25. Aug. 1941 durch <i>FA</i>	Raum für Eingangsstempel	Befördert Zeit Tag Monat Jahr an durch
Nr. 5 69	Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	Verzögerungsvermerk

SS-OA ELBE 100 25/8 1025 =WO=
 UMWANDERERZENTRALSTELLE DRESDEN, DEN 25.8.41.
 AN DIE STAPOSTELLE LITZMANNSTADT Z. HD. SS-OBERSTURM-
 BANNFUEHRER K R U M E Y UMWANDERERZENTRALSTELLE
 L I T Z M A N N S T A D T . =====

SS-HAUPTSTURMFUEHRER E R T L WIRD IM LAUFE DIESER
 WOCHEN VON DER WAFFENMACHT ENTLASSEN. SEINE EINBERUFUNG
 KANN NUR DURCH DAS REICHSICHERHEITSHAUPTAMT ERFOLGEN.
 OBERABSCHNITT U. ERG.-STELLE SIND DAFUER NICHT MEHR
 ZUSTANDIG. DIE EINBERUFUNG SOLL NACH MOEGLICH-KEIT AM
 3.9.41. ERFOLGEN.

(arte)

DIE ANSCHRIFT DES SS-HAUPTSTURMFUEHRERS ERTL LAUTET:
 DRESDEN-A 16, SCHARNHORSTSTR. 6.

GEZ. V O G E L SS-OBERSTURMFUEHRER.

0465

SP

2

Bydgoszcz, dnia 16 kwietnia 1947r.

Sprawa Sondergerichtu p. Do Dencwicki i Tar.

W y p i s

z akt Dziarnowski Merian z Torunia

*akta zeznaje nie
w Prokuraturze S. H.*

zeszyt XLV -

raport sekretarza policji kryminalnej Jabsa:

Toruń, den 24.4.1941.

B e r i c h t

*Bydgoszcz
H. V. 450
D. P.*

Nach einem Erlasse vom Jahre 1939 wurde die polnische Intelligenz nach
Besetzung dieses Gebietes festgenommen und in das Konzentrationslager
Sachsenhausen und Oranienburg bei Berlin untergebracht.-----

/-/ Jabs
Krim. Sekr.

Abschrift.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle P o s e n .
Abt. II B 417/40.

Posen, den 25.4.1940.

20

- An
- a) die Herren Landräte des Bezirks,
 - b) nachrichtlich den Stapo-Aussendienststellen
in Samter, Lissa, Kosten, Jarotschin.

Betrifft: Aufenthalts- und Redeverbote.

Vorgang: ohne

Anlage: 1

In der Anlage übersende ich die Abschrift eines Erlasses
des Reichssicherheitshauptamts vom 19.3.1940 - IV A 4 b - 110/40 - betr.
Aufenthalts- und Redeverbote für die Pfarrer Kurt S c h a r f , Erich
A n d l e r , Willi P r a e t o r i u s und Wilhelm N i e s e l zur
Kenntnissnahme.

Im Auftrage:
gez. W o l f

Begl.: gez. Kirchner
Kanzleiangestellte.

Reichssicherheitshauptamt
IV A 4 b - 110/40.

Berlin, den 19. März 1940.

An alle Staatspolizei(leit)stellen.

Betrifft: Aufenthalts- und Reichsredeverbot für die Pfarrer Kurt
S c h a r f , geboren am 21.10.02 in Landsberg/Varthe, wohn-
haft in Sachsenhausen-Nordbahn, Kaiserin-Augusta-Str. 4,
Erich A n d l e r , geb. am 27.11.94 in Zempelburg wohn-
haft in Buckow, Märkische Schweiz, Königstr. 57.
Willi P r a e t o r i u s , geb. am 28.5.84 in Berlin,
wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West, Ringstr. 36,
Wilhelm N i e s e l , geb. am 7.1.03 in Berlin, wohnhaft in
Berlin-Lichterfelde-West, Garde-Schützen-Weg 126.

Vorgang: Ohne.

Auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze
von Volk und Staat vom 28.2.33 (RGBl. I S. 83) verhängte ich
hiermit über die obengenannten Pfarrer wegen der staatsab-
träglichen Tätigkeit ein Aufenthaltsverbot für die Stadt
Berlin sowie ein Redeverbot über das gesamte Reichsgebiet.

In Vertretung :
gez. Schellenberg.

55 008870

Indringung, Film Nr. 55

BIA 239

A b s c h r i f t .

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Posen
- II B - 1 Nr. 581/41 g -

Posen, den 16. Oktober 1941

An
die Herrn Landräte des B e z i r k s
nachrichtlich
den Aussendienststellen des Bezirks.

Betrifft: Polnisch-katholische Kirche im Reichsgau Wartheland.
Vorgang: Meine Verfügungen vom 9.7. und 30.9.41 - II B 1 - Nr.
581/41 geh.

Nach Durchführung der Aktion gegen die polnisch-katholische Kirche sind nach hier durch die Herren Landräte, Amtskommissare und Gendarmen Anfragen verschiedener Art eingegangen. Zur allgemeinen Orientierung und Beachtung der offenstehenden Fragen wird von mir folgendes angeordnet:

1. Die bisher von den jeweiligen polnisch-katholischen Geistlichen bewirtschafteten Felder sind, einschliesslich der eingebrachten bzw. der noch einzubringenden Ernte, dem ~~Orts- bzw. dem Kreis-~~bauernführer zur Verwaltung zu übergeben.
2. Der vorhandene Viehbestand in den einzelnen Probsteien pp. ist, soweit nicht schon erfolgt, gleichfalls dem ~~Orts- bzw. dem Kreis-~~bauernführer gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen.
3. Eine vermögensrechtliche Übertragung zu Ziffer 1 u. 2 ist mit meiner Sicherstellungsverfügung nicht verbunden.
4. Sämtliche eingehende Post an die bei der Aktion festgenommenen Geistlichen einschliesslich der Post an das jeweilige Pfarramt ist an die Staatspolizeileitstelle in Posen weiterzuleiten. Dieserhalb wurde das Erforderliche bei der Reichspostdirektion in Posen veranlasst.
5. Die in den Wohnungen und Probsteien der festgenommenen Geistlichen vorhandenen Kirchenbücher, der Schriftverkehr der Pfarrer mit anderen kirchlichen Stellen sowie sonstige wichtige Papiere sind durch die jeweiligen zuständigen Gendarmarieposten einzuziehen, in Kisten zu verpacken und bei dem zuständigen Landrat sicherzustellen. Von dort wird das eingezogene Material zu gegebenen Zeit durch die Staatspolizeileitstelle zwecks Sichtung und Abgabe an andere Stellen.
6. Die vorhandenen Bücherbestände in den früheren Wohnungen der Festgenommenen sind gleichfalls einzuziehen, in Kisten zu verpacken und vorläufig, bis zur Abholung durch die hiesige Dienststelle, bei dem zuständigen Landratsamt sicherzustellen. Sofern grössere Bibliotheken festgestellt werden, sind diese sicherzustellen und umgehend nach hier zu melden.
7. In den geschlossenen Kirchen, Pfarrwohnungen und Pfarrhäusern vorgefunden Bestände an Wachskerzen, Leinwand und Kirchenwäsche sind umgehend - spätestens bis zum 30.10.1941 - zu sammeln und bei den zuständigen Gendarmarieposten sicherzustellen. Wachskerzen, Leinwand und Kirchenwäsche werden der Wehrkreisverwaltung XXI zur Verfügung gestellt und von dieser Stelle demnächst durch LKW. abgeholt.

0095

8. Über die noch in den geschlossenen Kirchen vorhandenen Messgewänder, Teppiche, Heiligenbilder, Schnitzereien usw. wird zu gegebener Zeit verfügt.
9. In den Kirchen, die bereits vor der durchgeführten Aktion geschlossen wurden, ist in dem gleichen Sinne, wie oben angeführt, zu verfahren. Die in diesen Kirchen noch vorhandenen Kelche und Monstranzen sind einzuziehen und bei dem zuständigen Landrat bis zur Abholung von hier sicherzustellen.
10. Die an den Pfarrhäusern und Kirchen angebrachten Siegel der Staatspolizeileitstelle Rosen können für die Durchführung der angeordneten Massnahmen erbrochen werden. Ich bitte dafür Sorge zu tragen, dass die Pfarrhäuser und Kirchen wieder versiegelt und verschlossen werden. Sofern zwischenzeitlich in die freigewordenen und versiegelten Pfarrwohnungen durch den SS-Arbeitsstab Rückwanderer eingesetzt wurden, erübrigt es sich, die Wohnungen zu verschliessen und zu versiegeln.

Über die zu Punkt 7 angeordneten Massnahmen ersuche ich bis zum 5.11.1941 genau um Vollzugsmeldung. Hieraus muss hervorgehen:

- a) Der Ort, wo die Kerzen und die Leinwand sichergestellt wurden,
- b) Die Anzahl - Gewicht - der gesammelten Kerzen und der Leinwand.

Vorgesehen ist, dass in den Kreisen nur noch je eine Kirche offengehalten werden soll. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, verzichtet die polnisch-katholische Bevölkerung keinesfalls auf den sonntäglichen Gottesdienst. Um nun zu verhindern, dass die polnisch-katholische Bevölkerung des Sonntags in die eine offenstehende Kirche zieht, hat der Herr Reichsstatthalter angeordnet, dass den in den Kreisen verbliebenen polnisch-katholischen Geistlichen zu gestatten ist, in den verschiedenen polnisch-katholischen Kirchen der Landkreise Gottesdienst abzuhalten. Welche Kirchen zu diesem Zwecke von Fall zu Fall geöffnet werden können, bleibt dem dortigen Ermessen überlassen. Zu diesem Zweck können einige Kerzen in den Kirchen zurückgelassen werden.

gez. B i s c h o f f .

Beglaubigt:
gez. Unterschrift.
Kanzleiangestellte.

Reb. Org.

Reb. Org.

Reb. Org.

Reb. Org. Rosen

Reb. Org. 2

Am 3.11.41

Reb. Org.

Gend.-Posten Moschin
Kreis Schrimm
Reg.-Bez. Posen
Tgb.-Nr. 776/43

Landratsbeschl. Fahn No 55
Moschin, den 12. September 1943. *Bla 240*

29

Betrifft: Polnische Widerstandsbewegung in Moschin; hier:
Vergeltungsmaßnahme auf Anordnung des RFH.
Bezug: Diesseitige Berichte vom 2. 2. 1943 Tgb. Nr. 97/43, und
vom 3.3.43 Tgb. Nr. 215/43 u.v. 10.4.43, Tgb. Nr. 335/43.

Am Donnerstag, den 9. September 1943 wurden im Gend.
Postenbereich Moschin und Brodenkirch von der Geheimen Staats-
Polizei Posen, in Zusammenarbeit mit dem Gend. Posten Moschin,
die Angehörigen der im Januar, März und April 1943 festgenommenen
Mitglieder der polnischen Widerstandsbewegung festgenommen.
Nach Angaben der Geheimen Staatspolizei Posen erfolgten die Fest-
nahmen als Vergeltungsmaßnahmen auf Befehl des RFH. Außer den
Angehörigen der Sonderbehandelten Mitglieder der polnischen
Widerstandsbewegung wurde der noch vorhandene Rest der polnischen
Intelligenz mit festgenommen.

Festgenommen wurden insgesamt in Moschin und Umgegend
188 erwachsene Personen und 48 Kinder im Alter bis zu 16 Jahren.
Sämtliche festgenommenen Personen wurden sofort von der Geheimen
Staatspolizei nach Posen überführt und sollen während der Dauer
des Krieges in einem Konzentrationslager untergebracht werden.
Die Kinder wurden sofort dem polnischen Jugendverwahrlager in
Litzmannstadt zugeführt.

Die hierdurch leergewordenen Wohnungen wurden verschlos-
sen, das anfallende lebende Inventar wurde auf Anordnung der Ge-
heimen Staatspolizei im Einvernehmen mit der Kreisbauernschaft,
des H-Einsatzstabes und des Bürgermeisters der Stadt Moschin so-
fort verwertet. Anfallendes Großvieh wurde der Reichsland über-
geben.

Alle anderen Gegenstände wurden vorläufig sichergestellt.

V e r t e i l e r :

BdO. in Posen	1
Kommandeur d. Gend. in Posen	1
Gend. Hauptmannschaft in Posen..	1
Gend. Kreis Schrimm	2
Landrat in Schrimm	1
Gend. Posten Moschin	1

Gend.-Abteilung Moschin

Kreis Schrimm

Reg.-Bez. Posen

Tgb.-Nr. 767/43

Benkenhüh
Meister der Gend. u. Postenfürher

Gend.-Kreis Schrimm

Eing. 14. SEP. 1943

Tgb. Nr. *776*

Meister der Gend. u. Postenfürher.

0145

Der Chef der Sicherheitspolizei
un-d des SD
IV B 4 a 3666/42g /1505/.

Berlin, den 31. Oktober 1942.

Blitz-FS:

G E H E I M !

An den

Reichsführer-SS

z.Zt.Feld-Kommandostelle

Betrifft: Evakuierung von Polen im Distrikt Lublin /Zamosc/ zur
Platzschaffung für die Ansetzung von Volksdeutschen.

Bezug: Weisung vom 3.10.1942 in Krakau.

Mi der angeordneten Evakuierung von Polen im Distrikt Lublin /Zamosc/ die zeitlich von der Heranbringung der zur Ansetzung gelangen Volksdeutschen abhängt, wird voraussichtlich Mitte November begonnen werden. Zur Durchführung des Vorhabens, mit der die Umwandererzentralstelle Litzmannstadt - Zweigstelle Zamosc - beauftragt wurde, darf unter Bezugnahme auf die von Reichsführer am 4.10.1942 in Krakau erteilten Weisungen im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen folgender Vorschlag mit der Bitte um Genehmigung unterbreitet werden.

- 1./ Die polnischen Familien der Wertungsgruppen I und II werden ausgesondert und nach Litzmannstadt zur Eindeutschung bzw. Feinmusterung gebracht. Ein kleiner Teil dieser Familien wird für die Besetzung der durch Zusammenlegung kleiner und größeren polnischen Betrieben entstehenden sogenannten "Z-Höfe", soweit Umsiedler z.Zt. nicht vorhanden sind, zurückgelassen.
- 2./ Von den Angehörigen der Wertungsgruppen III und IV werden die Kinder zusammen mit den über 60 Jahre alten Polen ausgesondert und gemeinsam, also im allgemeinen Kinder mit Grosseltern, in sogenannte "Rentendörfer" verbracht. Auch die nicht arbeitsfähigen kranken und gebrechlichen Polen unter 60 Jahre werden in "Rentendörfer" überstellt. Die Altersgrenze für die Kinder wäre auf 14 Jahre /nicht 10 Jahre/ festzulegen, da Kinder unter 14 Jahren nicht in Arbeit in das Altreich vermittelt werden können. Bei dieser Regelung kann von der vorgesehenen Unterbringung der Kinder in erst noch zu beschaffende Kindererziehungslager und die damit verbundene gänzliche Tren-

nung von der Familie Abstand genommen werden. Nach Auffassung aller beteiligten Stellen - wie auch des Höheren SS- und Polizeiführers, SS-Obergruppenführer Krüger, und des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD - würde eine Überführung der Kinder in Erziehungslager zu einer ausserordentlichen Verstärkung des polnischen Widerstandswillens im allgemeinen und zu einer verstärkten Tätigkeit der polnischen Widerstandsbewegung im besonderen führen. /Es wird ohnedies ausser eine sehr geringe Zahl der Polerkinder, deren Eltern in die Wertungsgruppen III und IV eingestuft werden, für eindeutschungsfähig befunden werden./

- 2.
- 3./ Die Unterbringung in die sogenannten "Rentendörfer" ist so geplant, dass die in Betracht kommenden Polen in bereits vorhandene, nur von Polen besiedelte Dörfer zusätzlich untergebracht werden. Ähnliche Massnahmen wurden bisher bereits im Warthegau im Rahmen der örtlichen Verdrängung von Polen durch Schaffung von "Polenreservaten" erfolgreich durchgeführt.
 - 4./ Die von 14 bis 60 Jahre alte arbeitsfähigen Angehörigen der Wertungsgruppe III werden, ohne arbeitsfähigen Anhang, zum Arbeitseinsatz in das Reich vermittelt. Im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz werden sie als Ersatz für die noch im kriegswichtigen Arbeitseinsatz stehenden Juden verwendet.
 - 5./ Die Angehörigen der Wertungsgruppen IV im Alter von 14 bis 60 Jahren werden in das KL Auschwitz abgeführt.

Von einer Abschiebung bestimmter Teile von Polen im Rahmen dieser Aktion die Ukraine, die sich im Hinblick auf die starke Bandentätigkeit zweifellos gefährlich auswirken und teilweise eine zahlenmässige Verstärkung der Banden mit sich bringen würde, könnte bei der vorgeschlagenen Erfassung und Behandlung abgesehen werden.

Ich bitte um Weisung.

RSHA IV B 4 a 3666/42g /1505/

1.V. gez.: M ü l l e r
SS-Gruppenführer.

2. Original an zrodny
[Stempel: Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete]
[Signature]

Personalstand

der Referate IV 1, IV 2 und IV N
gem. Geschäftsverteilungsplan.

Referat IV 1, IV 2 und IV N:

Fuchs, Paul H-Sturmführer Zimmer 313 Tel. 172

IV 1/2 Gest.

Tippenhauer	Hermann	H-Scharführer	"	312	"	174
Pfleger	Walter	H-Sturmann	"	310	"	178
Roske	Friedrich	H-Scharf.	"	310	"	178

IV 1/2/N Tgb.

Neumair	Martin	H-O-Scharf.	"	311	"	162
Priller	Franz	H-O-Scharf.	"	311	"	152
Janus	Max	H-Rottenf.	"	311	"	162

IV 1/2/N Reg.

Decker	Hans	H-St-Scharf.	"	104	"	240
--------	------	--------------	---	-----	---	-----

IV 1/2/N Kzl.

Mathei	Ilse	Kzl.-Ang.	"	315	"	170
Kuhn	Hildegard	Kzl.-Ang.	"	315	"	170
Schneider	Edith	Kzl.-Ang.	"	312	"	174

IV 1 a

Knauf	Ernst	H-U-Sturmf.	"	401	"	138
Matschke	Alfred	H-St-Scharf.	"	406	"	137
Köppler	Paul	H-Scharf.	"	408	"	165
Hellersen	Heinrich	H-Scharf.	"	404	"	133
Kuhnert	Horst	H-Scharführer	"	408	"	165
Klingbeil	Karl	H-UScharf.	"	404	"	133
Brubacher	Otto	H-UScharf.	"	404	"	133
Kunkel	Max	H-Mann	"	408	"	165
Wanko	Hugo	H-Mann	"	408	"	165
Ledwig	Alcis	H-UScharf.	"	406	"	137
Mörus	Eugen	H-Rottenf.	"	409	"	135
Wresky	Gertrud	Kzl.-Ang.	"	404	"	133
Meinko	Wanda	Kzl.-Ang.	"	405	"	135

IV 1 b

Speetzen	Wilhelm	H-St-Scharf.	"	327	"	136
Balhorn	Herbert	H-St-Scharf.	"	326	"	155
Anders	Herbert	H-St-Scharf.	"	323	"	154
Schütz	Robert	H-St-Scharf.	"	322	"	217
Rössler	Kurt	H-H-Scharf.	"	325	"	156
Jessa	Kurt	H-H-Scharf.	"	324	"	219
Appelt	Herbert	H-Scharf.	"	331	"	152
Manowky	August	H-Scharf.	"	326	"	155
Hartwig	Eduard	H-Scharf.	"	324	"	219
Galerian	Artur	H-Scharf.	"	325	"	156
John	August	H-U-Scharf.	"	327	"	155

Polen
KdS Radom
119 z/oR

Jungton	Adolf	W-U'scharf.	Zimmer	327	Tel.	136
Machnik	Alois	W-Rottenf.	"	322	"	217
Heine	Otto	W-U'scharf.	"	327	"	136
Hube	Leo	W-Sturmann	"	323	"	154
Rinas	Maria	Kzl.-Ang.	"	326	"	155
Ballmann	Olga	Kzl.-Ang.	"	326	"	155

IV 1 c

Urban	Franz	W-St-Scharf.	"	409	"	135
Trompeta	Stanislaus	W-Rottenf.	"	409	"	135

IV 2

Laubner	Wilhelm	W-St-Scharf.	"	317	"	163
Gorgoasch	Johannes	W-Scharf.	"	317	"	163

IV 2 a

Walter	Ernst	W-O-Scharf.	"	316	"	261
Horn	Erich	W-O-Scharf.	"	320	"	177
Kemp	Erich	W-Scharf.	"	316	"	261
Paduch	Alfred	W-U'scharf.	"	320	"	177
Lehmann	Richard	W-Mann	"	316	"	261
Kurzyca	Gottfried	W-Mann	"	320	"	177
Paasche	Helma	Kzl.-Ang.	"	317	"	163

IV 2 b

Veesser	Franz	W-O-Scharf.	"	319	"	176
Hess	Hans	W-Scharf.	"	319	"	176

IV N - Vertreter

Flath	Ludwig	W-U-Sturm.	"	304	"	171
-------	--------	------------	---	-----	---	-----

IV N - Kanzlei -

Lux	Marga Mel.	Kzl.-Ang.	"	304	"	171
Scheifzcyk	Ingeborg	Kzl.-Ang.	"	305	"	111
Gladisch	Gertrud	Kzl.-Ang.	"	305	"	111

IV N a

Jetter	Gottfried	W-O-Scharf.	"	2	"	268
Thams	Georg	W-O-Scharf.	"	2	"	268
Pinter	Alois	W-U-Scharf.	"	4	"	268
Cizinsky	Hans	W-U-Scharf.	"	4	"	268
Höppner	Else	Kzl.-Ang.	"	1	"	210
Hermann	Johanna	Kzl.-Ang.	"	1	"	210

IV N b

Bachmann	Werner	W-St-Scharf.	"	301	"	115
Gampe	Hermann	W-Scharf.	"	301	"	115
Fikus	Franz	W-O-Scharf.	"	309	"	143
Gebauer II	Hebbert	W-Scharf.	"	302	"	114
Falkowsky	Stefan	W-Scharf.	"	302	"	114
Schmidt I	Heinrich	W-Scharf.	"	309	"	143
Watzlawek	Wilhelm	W-Scharf.	"	308	"	113
Schmidt II	Alfred	W-U-Scharf.	"	308	"	113
Schmidt III	Herbert	W-U-Scharf.	"	308	"	113
Schmeide	Bruno	W-Rottenf.	"	301	"	143

Polen
KdS Radom
117 z/oR

25

IV N c

Kreitner	Hans	W-St'Scharf.	Zimmer 111	Tel.	269
----------	------	--------------	------------	------	-----

IV N c - Kartei -

Krohn	Hermann	W-U'Scharf.	"	104	"	240
Schwartz	Wilhelm	W-Scharf.	"	101	"	284
Pohl	Adolf	W-U'Scharf.	"	101	"	284
Klecha	Walter	W-U'Scharf.	"	102	"	283
Jordan	Elisabeth	Kzl.-Ang.	"	102	"	283
Ryll	Julia	Kzl.-Ang.	"	102	"	283

IV N c -Auswertung-

Berger	Richard	W-St'Scharf.	"	320	"	177
Bangert	Gustav	W-H'Scharf.	"	110	"	250
Guggenberger	Andreas	W-O'Scharf.	"	107	"	264
Mitterlechner	Franz	W-S'Scharf.	"	106	"	265
Pachner	Karl	W-O'Scharf.	"	106	"	265
Ascherl	Karl	Wm.d.Schupo	"	106	"	265
Dlahosch	Berthold	Wm.d.Schupo	"	106	"	265
Bahs	Bruno	W-Scharf.	"	110	"	250
Volters	Bernhard	W-Scharf.	"	110	"	250
Reif	Jacob	W-O'Scharf.	"	110	"	250
Weber	Ernst	W-Scharf.	"	111	"	269
Kranich	Alois	W-O'Scharf.	"	110	"	250

IV N c -Übersetzungsbüro-

Dank	Johann	W-H'Scharf.	"	107	"	264
Baron	Hilde	Kzl.-Ang.	"	305	"	111
Müller II	Stefan	W-Scharf.	"	202	"	263
Gebauer I	Max	W-Scharf.	"	201	"	117
Arnhold	Arnhold	W-U'Scharf.	"	201	"	117
Neldner	Harry	W-U'Scharf.	"	201	"	117
Reiher	Stefan	W-Rottenf.	"	202	"	263
Bechtloff	Artur	W-Sturmn.	"	202	"	263
Pratki	Otto	W-Mann	"	202	"	263
Brandt	Eugen	W-Rottenf.	"	202	"	114

IV N d

Kurlanda	Rudolf	W-O'Scharf.	"	108	"	266
Hösbacher	Franz	W-U'Scharf.	"	108	"	266
Siebeneichler	Bruno	W-U'Scharf.	"	108	"	266
Müller I	Franz	W-Scharf.	"	108	"	266
Jentter	Paul	W-U'Scharf.	"	332	"	152
Wieczorek	Paul	W-Rottenf.	"	332	"	152

IV P / P. Lang

Matejko	Thina	Kzl.-Ang.	"	309	"	116
Müller	Nika	Kzl.-Ang.	"	309	"	116

Polen
KdS Radom
114 z/oR

$B\bar{I}a$

191-